

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	20
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	22
Wasser & Meere	25

VERBÄNDE



Thema. Nachwuchsförderung	28
DNR intern	29
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	37
Erlebnisorientierung: Nachhaltig(er)leben	

THEMEN DES MONATS

Gentechnik

Vom Wald zur Genbaumplantage

Gentechnisch veränderte Bäume sollen den wachsenden Bedarf an Papier und Agrosprit decken

Seite 2

Energieeffizienz

Die „verfügbarste“ Energieform

Die Kampagne „energieeffizienz – jetzt“ will Potenziale in Haushalten und Unternehmen erschließen

Seite 4

Klimapolitik

Orwell in Grün

Demokratische Rechte lassen sich auch im Namen des Klimaschutzes beschneiden

Seite 6

Interview: Fahrradförderung

„Das Rad muss in den Alltag“

Würde der Nationale Radverkehrsplan umgesetzt, könnten viel mehr Fahrräder über Deutschlands Straßen rollen

Seite 23

THEMENHEFT

Quecksilber

Beilage

Gentechnik

Vom Wald zur Genbaumplantage

Gentechnisch veränderte Bäume sollen den wachsenden Bedarf an Papier und Agrosprit decken

Während alle über Genmais und -soja reden, werden in aller Stille gentechnisch veränderte Bäume entwickelt und freigesetzt. Mehr Zellulose sollen die Superbäume haben und natürlich für große Plantagen geeignet sein. Der Marktführer ArborGen hat für seine Freisetzungen keine Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgelegt. Das ist kein Wunder, denn die ökologischen Auswirkungen kennt niemand. ■ VON URSULA GRÖHN-WITTERN, BUKO AGRAR-KOORDINATION

Die Debatte um gentechnisch veränderte Ackerpflanzen und Nutztiere beschäftigt weite Bevölkerungskreise. Wenig ist dagegen über gentechnisch veränderte Bäume bekannt. Still und leise wird geforscht, was sicher auch daran liegt, dass man Bäume nicht direkt im Körper aufnimmt. Trotzdem geschieht weltweit Besorgniserregendes. Mehrere Hundert Freisetzungen fanden seit 1988 statt.

Auf internationaler Ebene waren sich die Vertragsstaaten der UN-Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) auf ihrer achten Vertragsstaatenkonferenz (COP 8) vor zwei Jahren in Brasilien einig,

„Eukalyptus ist der perfekte neoliberale Baum. Er wächst schnell, bringt schnellen Profit auf einem globalen Markt und zerstört die Erde.“

Jaime Avilés in „La Jornada“, Mexiko

dass vom Anbau genveränderter Bäume soziale und ökologische Risiken ausgehen und dass das Vorsorgeprinzip angewendet werden muss. Bis 2008 sollten deshalb keine Genbäume angebaut werden. Versuche wurden erlaubt.

Die Hoffnung, dass sich die COP 9 im vergangenen Mai zu einem Moratorium durchringen könnte, war jedoch gering. Letztendlich wurde in Bonn nur beschlossen, dass jeder Staat selbst über den Anbau entscheiden kann. Da Baumsamen mühelos Grenzen überwinden, ist das kein wirklicher Schutz. Außerdem gab es einen Beschluss zur UN-Klimarahmenkonvention, wonach der Anbau gentechnisch veränderter Bäume als CO₂-Senke nach dem Kyoto-

Protokoll angerechnet werden kann. Diese Entscheidung hat tief greifende Folgen für Wälder und die Menschen, die in ihnen leben. Sie subventioniert Unternehmer aus dem Norden, die riesige Landflächen im Süden erwerben, um darauf Gentech-Bäume zu pflanzen.

Weniger Lignin, mehr Zellulose

Die Forschung baut auf den Erfahrungen mit landwirtschaftlichen Nutzpflanzen auf und sucht nach ähnlichen Eigenschaften für Bäume, also Insekten- und Herbizidresistenz. Hinzu kommt der Versuch, Bäume mit geringem Ligningehalt und höherem Zellulosegehalt zu züchten. Beides ist interessant für die Papier- und Ethanolproduktion. Lignin ist das, was Holz zu Holz macht: Es verleiht den Pflanzen Festigkeit und schützt gegen Krankheiten und Schädlinge. Durch das Lignin wird aber die Ethanolherstellung energieaufwendiger. Ligninärmere Bäume werden allerdings empfindlicher gegenüber Sturm sein – und vor allem anfälliger für Krankheiten und Schädlinge. Deshalb will man sie gleich insektizid- und herbizidtolerant machen.

Der weltweit wachsende Bedarf an Papier soll dagegen mit zellulosehaltigeren Bäumen besser gedeckt werden. Befürworter argumentieren, dann müssten Wälder nicht weiter gerodet werden. Belegt ist das nicht. Klar ist jedoch, dass der Pestizidverbrauch steigen wird, wenn man herbizidresistente Bäume pflanzt. Es werden keine neuen Wälder entstehen, sondern riesige Monokulturen, in denen keine andere Vegetation geduldet wird.

Anders als die meist einjährigen Agrarkulturen leben Bäume viel länger und

produzieren über viele Generationen hinweg Samen und Pollen, die kilometerweit verbreitet werden und vielen Tieren als Nahrung dienen. Eine Abschätzung der Auswirkungen auf die Umwelt ist deshalb ungleich langwieriger und schwieriger, ihre Biologie und Genetik sind schlechter erforscht. Generell verfügen Bäume über den gleichen Satz an Genen wie krautige Pflanzen, nur die Regulation der Lebensdauer und der Holzbildung ist anders.

Vor allem Pappeln und Eukalyptus, aber auch Obstbäume

Der erste Freisetzungsversuch in der EU fand 1988 in Belgien mit Pappeln statt. Neben dem Ligningehalt wurde dort auch an der Fähigkeit der Bäume gearbeitet, Schwermetalle aufzunehmen, um damit Böden zu sanieren. Inzwischen gab es Freisetzungen mit Pappeln in Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Spanien, den Niederlanden, Schweden und Belgien. Hinzu kam Eukalyptus in Großbritannien, Spanien und Portugal. Unter den insgesamt 50 Freisetzungen in der EU waren außerdem Apfel, Kirsche, Pflaume, Birke, Fichte und Kiefer. Alle sind für den großflächigen Anbau in Monokulturen vorgesehen.

In Deutschland gab es bisher vier Freisetzungen, darunter einen Versuch der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft im Hamburger Vorort Großhansdorf. Genbäume können nach Angaben der Forscher nur im Freiland getestet werden, weil Bäume im Gewächshaus nicht lange genug und nicht unter echten Bedingungen wachsen.

Zum kommerziellen Anbau zugelassen sind bisher genveränderte Pappeln

in China und Papaya in den USA. China pflanzte mehr als 1,4 Millionen Hektar sogenannte Bt-Pappeln mit Genen aus dem im Boden lebenden Bakterium *Bacillus thuringiensis* an. Wo sie stehen, ist nicht bekannt. Großflächigen Anbau gibt es auch in Brasilien, Peru, Argentinien und Südafrika.

Der Anbau der in den USA zugelassenen Gentech-Papaya hat auf Hawaii den Markt für gentechnikfreie Papayas zerstört, weil es zu Auskreuzungen kam. Es entstand millionenschwerer Schaden für die Anbauer, die ihre Ernte nicht mehr nach Japan und Europa exportieren können.

In Deutschland wird seit 2003 am Institut für Obstzüchtung in Dresden-Pillnitz an Apfelbäumen geforscht. Die geplante Freisetzung stieß auf massive Kritik wegen der offensichtlich leichtfertigen Behauptung, Auskreuzungen und das Keimen von Apfelsamen aus zufällig weggeworfenen Kerngehäusen gebe es nicht. Der Anbau erfolgt nun in Freilandkäfigen, die mit einem insektensicheren Drahtgeflecht umgeben sind. In Pillnitz befindet sich ein Teil der deutschen Genbank für Obstbäume. Bei der Forschung geht es um die Stabilität von unterschiedlichen veränderten Genomen über längere Zeit.

Ökologisch und sozial riskant

Die Konkurrenz von Agrarkraftstoffen zu Nahrungsmitteln lässt sich auch mit gentechnisch veränderten Bäumen nicht vermeiden. Plantagen mit schnell wachsenden Bäumen werden den Druck auf das Land, auf dem sie angelegt werden sollen, nicht verringern. Oft heißt es, Plantagen für den wachsenden Bedarf an Papier und Kraftstoff könnten auf „ungenutzten“ oder „unternutzten Flächen“ angelegt werden. Doch solche Flächen gibt es nicht. Land, das dem ungeübten Auge als Brache erscheint, als nicht genutzt – weil Anbau oder Beweidung vorübergehend ausgesetzt sind – oder als leer – weil keine Menschen zu sehen sind –, wird von Nomaden, Tierhaltern, Sammlern, marginalisierten Landnutzern und Landlosen durchaus genutzt. Brachen sind zudem ökologisch sinnvoll. Werden diese Flächen zu Plantagen, ver-

lieren dort Menschen, Tiere und Pflanzen ihre Lebensgrundlage. Eukalyptusplantagen sind biologisch so gut wie tot und werden deshalb als „grüne Wüsten“ bezeichnet.

Im Rahmen des Kyoto-Protokolls zur Treibhausgasreduzierung werden in Entwicklungsländern häufig Aufforstungsprojekte durchgeführt. Diese „Senkenprojekte“ dürfen auch Gentech-Plantagen sein – sogar ohne Einwilligung der betroffenen Staaten. So entstehen Plantagen, die noch dazu die Umwelt schädigen – während „Aufforstung“ suggeriert, dass neue Wälder wachsen. Auch hier liegt eine Ursache für das Interesse an Genbäumen.

Wie die Bodenorganismen auf einen veränderten Ligningehalt reagieren, kann man nur vermuten. Die organische Substanz würde sich leichter zersetzen, es würde also schneller CO₂ freigesetzt werden. Ob Bodenmikroorganismen die Gentech-Eigenschaften auch auf andere Organismen übertragen, weiß niemand.

Die Gefahr einer Auskreuzung von transgenen Eigenschaften bei Bäumen besteht ebenso wie bei landwirtschaftlichen Pflanzen, sie ist nur weniger untersucht. Wind und Tiere transportieren Samen und Pollen kilometerweit. Ein Auskreuzen auf natürliche Verwandte im Wald wäre nicht sichtbar und unter Umständen erst spät spürbar. Befruchtende Insekten werden die gentechnisch veränderten Pollen aufnehmen und weitertragen. Dass Zellen mit Insektizidwirkung vor allem den Bienen und Schmetterlingen nicht gut bekommen werden, ist stark anzunehmen.

Die unkontrollierte Ausbreitung durch Pollen und Früchte wollen die Genforscher, wie bei den Kulturpflanzen auch, mit sterilen Pollen oder Samen verhindern. Um effektiv zu sein, müsste eine solche Technologie aber 100-prozentig funktionieren. Das tut diese „Terminator-technologie“ aber nicht. Es ist auch nicht sicher, ob die Wirkung tatsächlich jahrelang anhält. Von anderen Gefahren, etwa dass diese Eigenschaft auf nicht veränderte Bäume übergeht und sie steril macht, ganz zu schweigen.

Firmen, Forschungsinstitute und Universitäten arbeiten heute in Netzwerken zusammen. Firmen fördern die Arbeit der

Universitäten und Institute, deren Professoren schreiben industriefreundliche Artikel, arbeiten in Thinktanks und treffen auf Konferenzen Gleichgesinnte.

Netzwerke aus Industrie und Forschung

Eines der größten und aktivsten Unternehmen ist ArborGen. Die US-Firma wurde 1999 von den drei Holzriesen Fletcher Challenge, International Paper und Westvaco sowie dem neuseeländischen Biotech-Unternehmen Genesis gegründet. ArborGen will sich so schnell wie möglich ganz vorn auf dem Markt für Forstbiotechnologie platzieren. An Gentech-Bäumen arbeiten außerdem das Global Network for Forest Science Cooperation IUFRO, die Firmen Horizon2 (Neuseeland), GenFor (Chile), Aracruz (Brasilien), Nippon Paper und Oji Paper (Japan) sowie die Universitäten von North Carolina und Oregon (USA) und im britischen Oxford.

ArborGen hat für seine freigesetzten Entwicklungen keine Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgelegt. Doch nach den bisherigen Erfahrungen mit Genpflanzen muss das Vorsorgeprinzip unbedingt auch bei gentechnisch veränderten Bäumen angewandt werden. Bis gesicherte Erkenntnisse über Risiken und Gefahren vorliegen, darf es keine Freisetzungen geben. Ob es bei Bäumen schwerer ist, in geschlossenen Systemen zu arbeiten, darf dabei keine Rolle spielen. Die Methode Versuch und Irrtum ist unvermeidbar. Forst- und Obstbäume dürfen nicht dem Gewinnstreben der Agroindustrie überlassen werden.

- ▶ www.umweltinstitut.org (Gentechnik – Bäume)
- ▶ www.wrm.org.uy (Stop GE Trees)
- ▶ Lang, C.: Gently modified trees. The ultimate threat to forests. World Rainforest Movement, Montevideo 2004, 102 S., ISBN: 9974-7853-1-6. www.chrislang.org/2004/12

Die Agraringenieurin Ursula Gröhn-Wittern arbeitet für die Agrar-Koordination der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) in Hamburg.

Kontakt: Tel. +49 (0)40 / 392526, E-Mail: ursula.groehn-wittern@bukoagrar.de, www.bukoagrar.de



Energieeffizienz

Die „verfügbarste“ Energieform

Die Kampagne „energieeffizienz – jetzt“ will Potenziale in Haushalten und Unternehmen erschließen

Alternative Energien gelten als Königsweg zur Reduzierung der Treibhausgase. Doch auch sie wollen oft nur den bestehenden Energiehunger stillen. Effizienzmaßnahmen vor allem für stromverbrauchende Geräte werden noch viel zu wenig beachtet. Eine Kampagne des Deutschen Naturschutzrings will das jetzt ändern. ■ VON KLEMENS GIELES, DNR

Die Erwärmung der Atmosphäre ist spürbar, in veränderten Wetterlagen, in der Wanderung der Klimazonen, dem Abschmelzen der Eisflächen, sich ausbreitenden Gesundheitsgefahren und veränderten physikalischen Umweltbedingungen. Während es noch einige Zeit dauern wird, bis alternative Energiequellen so weit erschlossen sind, dass sie einen Großteil der Energieversorgung übernehmen können, brauchen wir nicht tatenlos zuzusehen, wie sich die Lebensbedingungen auf unserem Planeten verschlechtern.

Alle sind für Energieeffizienz, aber wer kauft sie?

Vor drei Jahren vereinbarten Mitgliedsverbände des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und andere namhafte Umweltorganisationen eine Initiative für mehr Energieeffizienz in den Sektoren Gebäude, Kraft-Wärme-Kopplung und Verkehr (siehe Kasten). Das Konzept wurde jedoch von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt nicht wie erhofft gefördert und musste in seinem Umfang reduziert werden. Mittlerweile erfährt die Kampagne aber starken Rückenwind durch die Beschlüsse der Bundesregierung, durch europäische Regelungen wie die EU-Ökodesignrichtlinie, durch den Sachverständigenrat für Umweltfragen und andere Organisationen.

So beschreibt die Effizienzstrategie der Bundesregierung Maßnahmen bei der Nutzung von Energie in Gebäuden, in Fahrzeugen, in der Industrie und durch hoch effiziente Kraftwerke. Dadurch sollen die jährlichen Energiekosten in Deutschland bis 2020 um mehr als 20 Milliarden Euro sinken. Der Energiemix der Zukunft besteht für die Bundesregierung aus Ener-

gieeffizienz und erneuerbaren Energien.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen nannte in seinem Gutachten 2008 die Steigerung der Energieeffizienz eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Klimastrategie. Außerdem sei dies der profitabelste Weg. Bei den Energieverbrauchenden Geräten wird der „Top-Runner“, das beste auf dem Markt befindliche Gerät, als immer wieder zu erreichender Standard favorisiert. Die europäische Ökodesignrichtlinie für Energieverbrauchende Produkte soll schneller, anspruchsvoller und zunächst mit Ausrichtung auf Energieeffizienz umgesetzt werden.

Die ungenutzten wirtschaftlichen Potenziale zur Energieeffizienzsteigerung zeigen, dass die Marktakteure noch nicht ausreichend auf die schwindenden Energievorräte reagieren. Verbraucher sind schlecht über den Stromverbrauch von Haushalts- und Bürogeräten informiert.

Um Energieeffizienzmaßnahmen in Haushalten und Unternehmen durchzusetzen, muss schnell gehandelt werden, wenn die gesteckten Klimaziele noch erreicht werden sollen. Dafür plant die Kampagne einige besondere Aktionen.

EcoTopTen hat Produktinformationen, die im Laden fehlen

Der Bündnispartner Öko-Institut hat auf seiner Webseite www.ecotopten.de Produktempfehlungen für verbrauchsarme Geräte und energieeffizientes Verbraucherverhalten veröffentlicht. In zehn Produktfeldern wie Wohnen, Mobilität, Ernährung oder Strombezug können sich die Verbraucher die Produktinformationen und -empfehlungen holen, die sie in den Geschäften nicht erhalten. Welches Haus-

haltsgerät ist am energieeffizientesten? Wie kann das Gerät möglichst energieeffizient betrieben werden? Welche Technik steckt dahinter und was kostet der Betrieb über ein Jahr hinweg?

In den Produktempfehlungen der EcoTopTen-Macher steckt noch mehr als Energiebetrachtungen. Zum Gesamtergebnis tragen auch Folgekosten, ökologische Mindestkriterien, Preisobergrenzen, Qualitätsurteile und Referenzprodukte, die die EcoTopTen-Kriterien nicht erfüllen, bei.

Marktanalysen zeigen: Im Angebot sind vor allem Stromfresser

In eine ähnliche Richtung arbeitet der Kooperationspartner BUND. Mit seinen Marktanalysen liefert er Informationen zum Stromverbrauch einzelner Gerätegruppen. Die kürzlich veröffentlichte Marktanalyse zu sparsamen Kühlgeräten hat das enorme Einsparpotenzial von rund 50 Prozent in dieser Warengruppe gezeigt. Ein günstiges, als sparsam angepriesenes Gerät entpuppt sich im Betrieb allzu oft als echter Stromfresser – und die werden überwiegend angeboten.

Die Marktanalyse des BUND zeigte dann auch, dass sparsame Geräte auf dem Markt gar nicht angeboten oder die vorhandenen Angebote den Verbrauchern nicht vermittelt werden. Im Juni dieses Jahres waren drei Elektromarktketten, drei Versandhäuser und vier Onlineshops untersucht worden. Das Ergebnis: Die Hälfte der Kühl-Gefrier-Kombinationen erfüllte nicht die Anforderungen der Effizienzklasse A+. Der Anteil der effizientesten A++-Geräte lag meist unter zehn Prozent.

Das ist allerdings auch verständlich, wenn man sich die Preise der energieeffi-

zienten Geräte anschaut. Sie liegen doppelt bis dreimal so hoch wie die der energieintensiven Billiggeräte. Für einen Haushalt mit geringem Einkommen eine kaum zu überwindende Kaufbarriere. Umso erfreulicher ist es, dass es dem BUND gelang, mit MediMax, Electronic Partner, Innova, Quelle, Neckermann und Otto gleich sechs Handelsunternehmen dafür zu gewinnen, im September insgesamt rund 30 A++-Kühlgerätemodelle zum Teil günstiger anzubieten oder die Altgeräte beim Kunden kostenlos abzuholen.

In diesem Sinne setzt sich der BUND für ein Marktanreizprogramm ein. Ein

„energieeffizienz – jetzt!“

Die Kampagne „energieeffizienz – jetzt!“ für Haushalte und Unternehmen arbeitet mit einem Kaleidoskop von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Vornehmlich Strom verbrauchende Geräte und Betriebsabläufe stehen im Blickpunkt des Kampagnen-Bündnisses aus vier Umweltorganisationen und dem Öko-Institut.

- ▶ DNR, Projektkoordinator Klemens Gieles, Mainaschaff, Tel. +49 (0)6021 / 449949-11, E-Mail: kgieles@pfpune.de
- ▶ Öko-Institut e. V., EcoTopTen, Dr. Dietlinde Quack, Freiburg/Br., Tel. 0761 / 45295-48, E-Mail: d.quack@oeko.de
- ▶ BUND, Christian Noll, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-436, E-Mail: christian.noll@bund.net
- ▶ Deutsche Umwelthilfe, Simone Naumann, Berlin, Tel. +49 (0)170 / 8592137, E-Mail: naumann@duh.de
- ▶ B.A.U.M. e.V., Dieter Brübach, Hannover, Tel. +49 (0)511 / 16500-21, E-Mail: b.a.u.m.hannover@t-online.de
- ▶ www.energieeffizienz-jetzt.de

Die Kampagne „energieeffizienz – jetzt!“ will die enormen Einsparpotenziale beim Betrieb von Elektrogeräten bei Verbrauchern und in Unternehmen mobilisieren und damit die Klimabilanz Deutschlands deutlich verbessern.

Energieeffizienzfonds aus den Erlösen des Verkaufs von CO₂-Emissionsrechten in Höhe von 300 bis 500 Millionen Euro, der auch schon bei den Regierungsparteien auf dem Programm stand, soll dafür sorgen, dass der Kauf effizienter Geräte gefördert werden kann.

Auch bei der EU-Gesetzgebung tut sich etwas. Zurzeit wird in Brüssel die Ökodesignrichtlinie 2005/32/EG über Verbrauchsvorgaben für energiebetriebene Produkte beraten. Der BUND beobachtet das Gesetzgebungsverfahren, um zu erreichen, dass die Energieeffizienzpotenziale voll ausgeschöpft werden. 80 Prozent aller Umweltauswirkungen eines Produktes werden nämlich bereits durch seinen Aufbau festgelegt. Allein durch strengere Vorgaben beim Gerätedesign kann ein Viertel der gesamten CO₂-Reduktion erreicht werden, die sich die EU bis 2020 vorgenommen hat.

Korrekte Kennzeichnung ist das A und O

Ein weiteres Arbeitsfeld der Kampagne ist die Energieeffizienzkennezeichnung im Handel. Diese Aufgabe hat der Bündnispartner Deutsche Umwelthilfe (DUH) übernommen. Oft erhalten Verbraucherinnen und Verbraucher im Geschäft oder im Internet keine Informationen zum Energieverbrauch eines Gerätes, entweder weil das vorgeschriebene EU-Label fehlt oder unvollständig ist oder weil kein Ansprechpartner anwesend ist. Für die private Stromrechnung kann das entscheidend sein, denn bis zu 45 Prozent des Stromverbrauchs in deutschen Haushalten sind auf den Betrieb von Kühlschrank, Waschmaschine & Co. zurückzuführen.

Nach dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz sowie der zugehörigen Verordnung und der zugrunde liegenden EU-Richtlinie 92/75/EWG müssen größere Elektrohaushaltsgeräte nach einem standardisierten Messverfahren einer Energieeffizienzklasse auf einer Skala von A bis G zugeordnet werden. Für den niedrigsten Verbrauch steht dabei A++. Die Effizienzklasse kann der Verbraucher am Label ablesen, wie es auch auf der Startseite von www.energieeffizienz-jetzt.de abgebil-

det ist. Die Kontrolle über die Einhaltung dieser Regelungen liegt bei den Ländern, wird aber in der Praxis kaum ausgeübt.

Im Rahmen der Kampagne wird die Einhaltung der Kennzeichnungsregelungen durch Vorortbegehungen und Internetrecherchen überwacht. Bei Verstößen reagieren die Handelsunternehmen oft prompt mit der korrekten Auszeichnung. Selten muss die Klagebefugnis des Partners DUH eingesetzt werden.

Coaching und Qualifizierung für Betriebe

Ein Arbeitspaket für Unternehmen hat der Kooperationspartner B.A.U.M. e.V. geschnürt. Der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management hat ein betriebliches Energieeffizienzprogramm (B.E.E.) entwickelt. Es hilft Unternehmen durch Coaching und Qualifizierungsmaßnahmen eigene Effizienzpotenziale offenzulegen und zu nutzen. Dazu gehört auch ein Energiecheck. In dem Qualifizierungsprogramm können Mitarbeiter über einen Zeitraum von sechs Monaten berufs begleitend einen zertifizierten Abschluss als Energieeffizienzmanager erwerben. Dabei erhalten sie von Fachleuten ein Coaching für ihre Arbeit im Unternehmen, einschließlich der Unterstützung vor Ort.

Im August hat sich das Kampagnenbündnis mit seinen ersten Ergebnissen in Berlin der Presse vorgestellt. Nun geht es darum, die breite Öffentlichkeit für die Nutzung der „verfügbarsten Energieform“, der Energieeffizienz, zu gewinnen. Dabei können die Mitgliedsverbände des DNR die Energieeffizienzlawine auch bei den nicht organisierten Verbrauchern ins Rollen bringen.

Der Biologe, Bauingenieur und selbstständige Unternehmensberater Klemens Gieles aus Aschaffenburg ist Projektkoordinator der DNR-Kampagne „energieeffizienz – jetzt!“.

Kontakt:
Tel. +49 (0)6021 /
44994911, E-Mail:
kgieles@pfpune.de,
www.energieeffizienz-jetzt.de



Klimapolitik

Orwell in Grün

Demokratische Rechte lassen sich auch im Namen des Klimaschutzes beschneiden

Das Weltklima muss stabilisiert werden – endlich haben das auch Politikerinnen und Wirtschaftsführer auf dem Plan. Doch Umweltbewegte könnten sich zu früh freuen. Solange sie nicht auch gesellschaftliche Veränderungen einfordern, kann der Klimawandel als bloßes Daten- und Sicherheitsproblem abgehandelt werden. Dann passen plötzlich sogar der Handel mit „Verschmutzungsrechten“ und das Bloßstellen von „Klimasündern“ zusammen. ■ VON NIELS BOEING

Es ist noch nicht lange her, dass der ökologische Umbau der Industriegesellschaft als Anliegen sogenannter Gutmenschen verblasste. Die vermeintliche Revolution eines sozialen Internets erschien aufregender, der „Krieg gegen den Terror“ dringlicher als sich den Kopf über Ressourceneffizienz oder biologische Landwirtschaft zu zerbrechen. Das ist vorbei. Das Thema Nachhaltigkeit hat, 16 Jahre nach der Rio-Konferenz, wieder den politischen Mainstream erreicht. Schaut man allerdings genauer hin, welche Überlegungen hierzu kursieren, kann man am Horizont eine beunruhigende Entdeckung machen: ein sich ausweitender Kontrollzwang, in dem sich Computernetzwerke und ökologische Korrektheit mit Überwachungsphantasien und dem Traum vom gläsernen Kunden kreuzen. Allen Strängen ist nämlich eines gemeinsam: Die Rettung der kapitalistischen Welt wird vor allem als ein Problem der Datenerfassung begriffen.

Vorliebe für technische Lösungen

KlimaforscherInnen etwa weisen immer wieder darauf hin, dass das Datenmaterial für ihre Computermodelle noch viel zu lückenhaft sei. Zwar können sie dank mehrerer Erdbeobachtungssatelliten seit Anfang der 1990er-Jahre den Anstieg des Meeresspiegels und das Schmelzen der polaren Eisschilde inzwischen genau nachvollziehen. Aber das Ozean-Messnetz auf der südlichen Halbkugel müsse dringend ausgebaut werden, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Weltmeere besser zu verstehen, mahnen die ForscherInnen.

Auch die Energieeffizienz wird zunehmend unter dieser Perspektive wahrgenommen. In den Medien werden seit einiger Zeit „intelligente Stromzähler“ (smart meters) als technische Lösung für effizientere Stromnetze angepriesen. Diese sollen den Energieversorgern per Datenkabel melden, wie viel Energie ein Haushalt zu einem bestimmten Zeitpunkt tatsächlich benötigt. Damit soll die „letzte Meile“ der Energieversorgung in eine exakte Bedarfsplanung der Erzeuger einbezogen und Energieverschwendung verhindert werden.

Ein Sensornetz, dem nichts entgeht

Das ist nur ein Beispiel für die Hoffnungen, die IngenieurInnen und WissenschaftlerInnen in den konsequenten Ausbau von Sensornetzwerken stecken, um mehr über Energieverbrauch, Schadstoffbelastung oder die Veränderung anderer relevanter Umweltparameter zu erfahren. Hier trifft sich die aktuelle Umweltdebatte mit der seit Jahren in der Computerindustrie beschworenen Vision des „Ubiquitous Computing“ – der allgegenwärtigen Verfügbarkeit von Computerdiensten. „Ein Planet voller verlinkter Chips sendet einen unaufhörlichen Strom kleiner Nachrichten aus, die sich zu einer Kaskade höchster Sensibilität verdichten“, beschrieb der kalifornische Internetguru Kevin Kelly das Konzept bereits 1997.

Das konnte man damals noch als Geschwafel der überdrehten „New Economy“ abtun. Doch der Aufbau eines planetaren Sensornetzes, dem nichts entgeht, das bis in die letzte private Nische vordringt, inspiriert längst auch die Sicherheitsorgane

des Westens. Den expliziten Brückenschlag zwischen Terrorüberwachung und Ökologie lieferte vor einem Jahr eine Studie des US-Militärs. Ihr Titel: „Die nationale Sicherheit und die Bedrohung durch den Klimawandel“. Der könnte „Bedingungen schaffen, die den Krieg gegen den Terrorismus verlängern“, heißt es darin.

Diese Wendung hat es in sich, denn hier kommen zwei Themen zusammen, die von einem latenten Gefühl der Bedrohung geprägt sind. Beide haben das Zeug, Denunziation und Überwachung zu fördern, weil sie einem ähnlichen Denkmuster folgen: lückenlose Aufklärung im Kampf gegen einen diffusen Feind.

Verschmutzungsrechte statt Bürgerrechten

Es gibt noch eine dritte Mitspielerin mit einer Leidenschaft fürs Datensammeln: die Privatwirtschaft. Aus den akribisch erhobenen Kundendaten – im Onlinehandel oder über sogenannte Kundenkarten – werden Verbraucherprofile erstellt, um noch mehr Waren zu verkaufen. Das überschreitet im Falle des „Scoring“, bei dem demografische Daten wie der Wohnort über den Bezahlmodus entscheiden, auch schon mal die Grenze der Legalität. Gemacht wird es trotzdem. Die technische Infrastruktur, mit der Verbraucherdaten verarbeitet werden, soll nun auch für die Reduzierung von CO₂-Emissionen genutzt werden: mit der „CO₂-Card“.

Basierend auf den Arbeiten von ÖkonomenInnen des Londoner Instituts Lean Economy Connection, wird die Idee hierzulande von der Aachener Stiftung Kathy Beys verfochten. Das soll folgendermaßen

gehen: Jedem Bürger und jeder Bürgerin wird ein CO₂-Konto zugeteilt, auf dem sich ein Jahresguthaben von zwei Tonnen CO₂ befindet. Das entspricht der Menge, die jede WesteuropäerIn maximal ausstoßen dürfte, um den Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre nicht weiter zu steigern.

Jedes Mal, wenn Benzin getankt oder eine Fahrkarte gekauft wird, wird neben dem Geldbetrag auch automatisch der damit verbundene CO₂-Wert vom persönlichen Klimakonto abgebucht. Ist das Konto leer, bleibt entweder auch der Tank leer oder man kauft von anderen deren überschüssige Kohlendioxidguthaben. Diesen Vorgang wickelt eine neu zu schaffende Behörde ab, die natürlich mit Banken und Kreditkartenfirmen vernetzt sein muss. Hielt sich der Staat bislang zumindest aus dem alltäglichen Konsumrausch heraus, wird er hier direkt eingebunden, wird eine weitere Zugriffsmöglichkeit auf die BürgerInnen geschaffen.

Moralisieren und kontrollieren

Es ist schon erstaunlich: Indem der Klimawandel zum Daten- und Sicherheitsproblem wird und gleichzeitig ein Verschmutzungs-„Recht“ zur konsumierbaren Ware, soll der Kapitalismus gerettet werden. Erleichtert wird diese Tendenz auch durch eine langsam einsetzende Selbstkontrolle von BürgerInnen, wenn persönliche CO₂-Emissionen auf einmal mit Schuldgefühlen verknüpft sind. Sicher ist ein persönlicher Low-Carbon-Lifestyle zunächst einmal plausibel. Aber ist er nicht am Ende eine Symptombekämpfung? Das Onlinemagazin WorldChanging hat diesen Zweifel noch radikaler formuliert: „Die ganze Idee, dass eine Änderung unseres Lebensstils in Richtung Nachhaltigkeit die Welt transformieren könnte, ist verfehlt.“ Wo es auf einen systemischen Umbau der Zivilisation ankomme, sei persönliche Tugendhaftigkeit reine Augenwischerei – und oben drein „nervig“.

Gerade diese Tugendhaftigkeit ist geeignet, schleichend die Akzeptanz drastischer Überwachungsmaßnahmen von einer Seite auszuweiten, die BürgerrechtlerInnen bislang nicht im Blick hatten. Die Video-

überwachung des öffentlichen Raums wird inzwischen achselzuckend hingenommen. Sie diene ja nur der Erhöhung unserer Sicherheit. Es sei doch eine gute Sache, wenn Kriminelle schneller dingfest gemacht werden können, hört man selbst von gemäßigten ZeitgenossInnen.

Durchgreifen im Namen der Erde?

Eine Überwachung im Namen der Umwelt wird auf noch weniger Widerstand treffen. Sie dient ja der Rettung der Erde. Dann können endlich die großen, aber auch die kleinen UmweltsünderInnen sofort erkannt werden. Dass in der Umweltbewegung auch ein potenziell totalitäres Element angelegt ist, darauf wurde schon in ihren Anfangstagen hingewiesen. Damals spukte die Idee einer wohlwollenden Ökodiktatur durch wirre Köpfe. In der Gemengelage, die durch Klimawandelberichte und den 11. September entstanden ist, gewinnt die Vorstellung plötzlich wieder an Brisanz.

Angenommen, Datensammelei und Selbstkontrolle würden irgendwann tatsächlich die CO₂-Emissionen der Industrieländer stabilisieren – was passiert danach? Ähnlich wie bei Steuern, die einmal eingeführt und nie wieder zurückgenommen werden, könnten sich kulturelle Verhaltensweisen einschleifen, die ebenfalls irreversibel werden. Die Fixierung auf das CO₂-Äquivalent von allem und jedem hat das Zeug, einen neuen moralinsauren Muff hervorzubringen, dem die Ferne, das Fremde und das Ausschweifende von vornherein verdächtig sind. Das wäre ganz im Sinne christlicher und anderer FundamentalistInnen.

Niels Boeig hat Physik und Philosophie studiert. Er lebt als Wissenschaftsjournalist in Hamburg. Sein Text erschien zuerst in sul serio 14 (2008) „Wem gehört der Klimawandel?“ (www.sul-serio.net).

Kontakt:

Tel. +49 (0)40 /
688732-50,

Fax -51, E-Mail:
nbo@bitfaction.com,
www.bitfaction.com



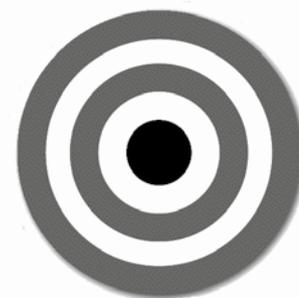
KURS ZUKUNFTSPILOTEN

Das Qualifizierungsprogramm für junge Umweltengagierte

- ▶ 10 Monate studien- und berufsbegleitende Qualifizierung für erfolgreiches umweltpolitisches Engagement
- ▶ 16 junge Engagierte aus verschiedenen Hintergründen der Umweltbewegung
- ▶ 6 Seminare zu methodischen Aspekten umweltpolitischen Engagements
- ▶ Teamarbeit zu aktuellen umweltpolitischen Themen
- ▶ Praxisprojekt im Rahmen einer Umweltorganisation oder selbstorganisiert
- ▶ Netzwerk: lebendiger Austausch mit über 100 anderen TeilnehmerInnen und AbsolventInnen des Kurs ZukunftsPiloten

Neuer Kurs
ab Januar 2009

Jetzt bewerben!
Bewerbungsschluss: 17.11.2008



Der Kurs ZukunftsPiloten ist ein Programm des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und der Bewegungsakademie e.V.

Kontakt:

Kurs ZukunftsPiloten, c/o Bewegungsakademie,
Artilleriestr. 6, 27283 Verden.
Tel.: 04231-957595, Fax: 04231-957.400,
E-Mail: info@zukunfts-piloten.de

www.zukunfts-piloten.de

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallpolitik

Neue Deponieverordnung

■ Ende September hat die Bundesregierung eine Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts vorgelegt. Mit der neuen Verordnung werden drei bisher geltende Verordnungen zusammengeführt: die Deponieverordnung, die Abfallablagerversordnung und die Deponieverwertungsverordnung. Außerdem sollen drei Verwaltungsvorschriften aufgehoben werden. Bundestag und Bundesrat müssen noch zustimmen.

Neben der Zusammenführung sollen auch mehr Freiräume zum Einsatz der besten technischen Lösung für den jeweiligen Standort sowie für weniger zeitaufwendige Stilllegungskonzepte geschaffen werden. Gleichzeitig soll damit dem EU-Recht Genüge getan werden. „Wir haben das über die Jahre gewachsene, zersplitterte Deponierecht zu einer übersichtlichen Regelung zusammengeführt“, sagte Umweltminister Sigmar Gabriel. „Die Anwendung wird damit für Behörden und Betreiber sehr viel leichter.“ [jg]

► www.bmu.de/abfallwirtschaft

Neu: Themenhefte

Liebe Leserinnen und Leser, mit dieser Ausgabe erhalten Sie das erste DNR-Themenheft, das nun zweimal im Jahr als kostenlose Beilage zu *umwelt aktuell* erscheinen soll. Im Themenheft ist Platz für einen tiefgründigen Blick auf den jeweiligen Schwerpunkt – diesmal Quecksilber. Die Themenhefte sind Nachfolger der DNR-Sonderhefte, die bis 2007 erschienen sind. Alle sind auch digital unter www.eu-koordination.de zugänglich. Wir wünschen angenehme Lektüre und neue Erkenntnisse.

[Redaktion und Herausgeber]

EU-Abfallpolitik

Rahmenrichtlinie noch 2008 – Umsetzung später

■ Das Bundesumweltministerium (BMU) erwartet eine endgültige Verabschiedung der EU-Abfallrahmenrichtlinie noch in diesem Jahr, nachdem die zuständigen Gremien sich im Sommer auf einen Kompromiss geeinigt hatten. Deutschland plane, die Vorlage möglichst vollständig umzusetzen, so das Ministerium. Probleme bereite allerdings der Zeitrahmen von zwei Jahren, um das Regelwerk ins deutsche Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz einzuarbeiten. Wegen der Bundestagswahlen im nächsten Jahr könne die konkrete Gesetzesarbeit erst in der nächsten Legislaturperiode beginnen.

Die zuständige Berichterstatterin des EU-Parlaments Caroline Jackson (Konservative, Großbritannien) findet laut Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily einige Elemente des ausgehandelten Kompromisses „zutiefst unbefriedigend“. Beispielsweise sei aus dem abgeschwächten Text nicht mehr zu entnehmen, ob das Recyclingziel von 50 Prozent bis 2020 nun für jede einzelne der aufgeführten Stoffgruppen wie Glas, Papier, Metall- und Plastikabfälle gelte oder für alle vier zusammen. Genauso sei bisher noch nicht klar, ab wann ein Stoff seine Abfalleigenschaften verliere und somit nicht mehr unter die strengen Abfallregeln falle. Die EU-Kommission müsse die konkrete Umsetzung mit den Mitgliedstaaten klären, meinte Jackson anlässlich der Jahreskonferenz der Europäischen Föderation der Entsorgungswirtschaft (FEAD) im September.

Eine Kommissionsprecherin erklärte, dass Detailvorschläge im nächsten und übernächsten Jahr zu erwarten seien. Auch an Leitlinien und Indikatoren werde gearbeitet. Außerdem soll noch vor Ende des Jahres ein Grünbuch über organische Abfälle erscheinen. [jg]

► BMU, Dr. Frank Petersen, Referat WA II 3, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 99305-2560

► FEAD-Konferenzbericht: www.fead.be/?page=paris-2008

Altbatterien

20 Länder setzten EU-Vorschriften nicht um

■ Im Jahr 2006 haben EU-Parlament und Ministerrat beschlossen, die Vorschriften für die Sammlung und das Recycling von Altbatterien zu ändern. Nach der Richtlinie sind künftig die Hersteller für das Abfallmanagement der von ihnen in Verkehr gebrachten Batterien verantwortlich. Entsprechend dem Grundsatz der Herstellerverantwortung müssen sie die Kosten für Sammlung, Behandlung und Recycling von Altbatterien tragen. Doch erst sieben Staaten haben diese Vorschriften in nationales Recht umgesetzt, in vier weiteren geschah dies unvollständig. 16 Länder haben die Umsetzung überhaupt noch nicht zu friedensstellend auf den Weg gebracht, dazu gehört auch Deutschland.

Die überarbeitete Richtlinie schreibt vor, dass bis 2012 mindestens ein Viertel der jährlich anfallenden Gerätebatterien eingesammelt werden müssen. Diese Quote steigt bis 2016 auf 45 Prozent. Die Verwendung von Quecksilber und Kadmium wurde eingeschränkt. Industrie- und Fahrzeugbatterien dürfen nicht mehr deponiert oder verbrannt werden. [jg]

► Internetseite der EU-Kommission zu Batterien: www.europa.eu/environment/waste/batteries

Gesundheitspolitik

Skandal um Bisphenol A

■ Der Umweltverband BUND hat ein Verbot von Babyflaschen aus Polycarbonat gefordert. In Polycarbonat ist die hormonell wirksame Substanz Bisphenol A enthalten. Diese kann schon in sehr geringen Dosen den Hormonhaushalt von Menschen beeinflussen und steht im Verdacht, die Spermienqualität herabzusetzen. Bei Ungeborenen, Säuglingen und Kleinkindern kann Bisphenol A Schäden bei der Gehirnentwicklung verursachen.

Das Umweltbundesamt (UBA) warnt schon seit mehreren Jahren vor mögli-

chen Gesundheitsgefahren. Doch im letzten Jahr, so kritisiert der BUND, habe die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit „auf Basis von der Chemieindustrie finanzierter Studien“ die Grenzwerte für die maximal erlaubte Tagesaufnahme von zehn auf 50 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht heraufgesetzt. Andere Studien legten einen täglichen Toleranzwert von 0,025 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht zugrunde, schreibt das UBA in einem Informationsblatt. Das Amt rät Schwangeren und Eltern von Kleinkindern, auf Polycarbonat-Kunststoffe, die Bisphenol A enthalten können, zu verzichten.

Polycarbonat ist eine der meist verwendeten Chemikalien. Europäische Unternehmen verbrauchen jährlich 1,15 Millionen Tonnen des Plastikgrundstoffes. [jg]

- ▶ BUND, Heribert Wefers, Chemieexperte, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586482, www.bund.net
- ▶ www.umweltbundesamt.de/gesundheit/telegramm/Ausgabe04-2008.pdf

Internationaler Meeresschutz

TBT weltweit verboten

■ Mitte September ist ein weltweites Verbot für Schiffsanstriche mit dem hochgiftigen Biozid Tributylzinn (TBT) in Kraft getreten. Der International Convention on the Control of Harmful Anti-Fouling Systems on Ships (AFS-Konvention) sind bisher 34 Länder beigetreten. TBT verursacht schwere Missbildungen und Fortpflanzungsstörungen bei Schnecken und Muscheln. Zudem gelangt das langlebige Gift in die Nahrungskette.

Sieben Jahre hat es gedauert, bis die AFS-Konvention rechtlich umgesetzt werden konnte. Der WWF kritisierte die lange Dauer. Auch Deutschland hat erst spät unterzeichnet: im Juni dieses Jahres. Bereits Anfang der 1980er Jahre waren die Auswirkungen des Giftes bekannt geworden. [jg]

- ▶ WWF, Stephan Lutter, Meeresschutzexperte, Hamburg, Tel. +49 (0) 162 / 2914425, www.wwf.de

Luftqualität

Feinstaub schadet Föten

■ Nach einer Schweizer Studie kann zu viel Feinstaub in der Luft schon ungeborene Kinder im Mutterleib schädigen. Die Studie wurde Anfang Oktober auf dem europäischen Lungenkongress in Berlin vorgestellt. Die Universität Bern hat den Zusammenhang zwischen Lungenleiden und Luftverschmutzung bei 241 Neugeborenen untersucht. Dabei wurden Ozonwerte, Stickstoffdioxid und Feinstaub in der Größe bis zehn Mikrometer in der Atemluft am Wohnort der Schwangeren einbezogen und nach der Geburt die Atemfunktion der Babys analysiert. Kinder von Müttern, die in der Nähe von Hauptverkehrsstraßen leben, atmeten tendenziell schneller und hatten eine größere Neigung zu Atemwegserkrankungen. Die Zusammenhänge sind noch nicht vollständig geklärt, aber die Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Grenzwerte für Luftverschmutzung gesenkt werden müssen. Bisher war man davon ausgegangen, dass Luftverschmutzung erst für ältere Kinder zum Problem werden kann. [jg]

- ▶ Universitätskinderklinik Bern, Pädiatrische Pneumologie, Philipp Latzin, Tel. +41 (0)31 / 6329581, E-Mail: philipp.latzin@insel.ch

Quecksilber I

Weltweite Regeln in Sicht?

■ Zahlreiche Nationen haben Unterstützung für eine weltweite Regelung der Quecksilbernutzung signalisiert. Die zuständige Arbeitsgruppe des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) berichtete im Oktober von 90 Staaten, die ein globales Übereinkommen mittragen würden. Allerdings seien einige große Länder wie die USA, China und Indien weiter für freiwillige Regelungen. Der Bericht soll beim nächsten Treffen des höchstrangigen UNEP-Entscheidungsorgans, des Governing Council, im Februar vorgelegt werden. Er enthält sowohl Optionen für eine rechtlich verbindliche Konvention als auch

für freiwillige Maßnahmen. Beide Optionen enthalten Bedingungen für den weltweiten Handel und die Reduktion sowie Verbote von Quecksilberemissionen in die Atmosphäre.

Das Anti-Quecksilber-Bündnis „Zero Mercury“ aus Umwelt- und Gesundheitsverbänden fordert einen weltweit verbindlichen Vertrag. Das Schwermetall Quecksilber ist hochgiftig und führt zu erheblichen Umwelt- und Gesundheitsschäden. [jg]

- ▶ Bericht des UNEP-Arbeitsgruppentreffens: www.iisd.ca/download/pdf/enb1672e.pdf
- ▶ DNR, Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177584, E-Mail: florian.noto@dnr.de
- ▶ www.zeromercury.org

Quecksilber II

Kraftwerk vergiftet Ostsee

■ Eine Studie des Hamburger Ökopol-Instituts für den WWF hat ergeben, dass das geplante Steinkohlekraftwerk im vorpommerschen Lubmin große Mengen an Schwermetallen in die Umgebung abgeben würde. Besonders die Ostsee werde mit hochtoxischem Quecksilber aus der verbrannten Kohle belastet. Hinzu kämen Kohlendioxid, Feinstaub und Stickoxide. Das dänische Betreiberunternehmen Dong sei nicht bereit, statt Billigkohle wenigstens quecksilberarme Kohle einzusetzen, kritisierte der Autor der Studie Christian Tebert. Der WWF sieht trotz veränderter Planungen von Dong „keine Entwarnung für das Giftkraftwerk“, das im Seebad Lubmin die Umwelt erheblich mit Giften belasten werde. Der Kraftwerksbau erhöhe die Menge Quecksilber, die aus Deutschland über die Luft in die Ostsee gelange, auf 310 Kilogramm im Jahr, so der WWF. Das entspreche mehr als dem Zehnfachen der heutigen Menge. Die Bundesrepublik werde damit ihre internationalen Zusagen zum Ostseeschutz brechen.

Anti-Kohle-Initiativen demonstrierten im Oktober vor dem Landtag in Schwerin gegen das geplante Kraftwerk. [jg]

- ▶ www.wwf.de/presse (13.10.2008)

soziale technik
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 17 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 18,- (für Studierende € 13,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien

soziale technik
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



3/08 20 Jahre IFZ

Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abobestellungen:
Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274
E-mail: waechter-r@ifz.tugraz.at
Web: www.ifz.tugraz.at/sote

Schadstoffpolitik auf dem Meer

Bald weniger Schwefel aus Schiffsdieseln

■ Umweltorganisationen haben die Beschlüsse der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) zur Absenkung des Schwefelgehalts in Schiffskraftstoffen begrüßt. Während eines Treffens Mitte Oktober in London einigten sich RegierungsvertreterInnen auf neue Grenzwerte bis 2020. Derzeit gilt ein Grenzwert von 4,5 Prozent. Dieser fällt 2012 auf 3,5 Prozent. Wenn eine Überprüfung 2018 erfolgreich ist, sinkt der Grenzwert 2020 schließlich auf 0,5 Prozent. Das überarbeitete Gesetz tritt im Juli 2010 in Kraft. Die Regierungen einigten sich zudem auf strengere Normen für Stickstoffoxidemissionen bei neuen Schiffsmotoren und auf den endgültigen Entwurf einer neuen IMO-Konvention zum Recycling von Schiffen. Das neue Gesetz hierzu tritt im Mai 2009 in Kraft. Überarbeitete Richtlinien für Abgasreinigungsverfahren und die Handhabung von flüchtigen organischen Verbindungen nahmen die Regierungen ebenfalls an.

Dem europäischen Umwelt- und Verkehrsverband T&E gehen die Vorlagen nicht weit genug. Es mangle an wesentlichen Fortschritten zur Bewältigung der weltweiten Treibhausgasemissionen aus der Schifffahrt, so der Dachverband. [kj]

- ▶ T&E, Brüssel, Tel. +32 (0)2/ 50299-09, Fax -08, www.transportenvironment.org

EU-Chemikalienpolitik

Schwarze Liste zu kurz

■ Ein Expertenausschuss aus den EU-Mitgliedstaaten hat eine Liste von 15 besonders besorgniserregenden Substanzen veröffentlicht, die möglicherweise einer speziellen Genehmigung nach der EU-Chemikalienverordnung REACH bedürfen. Dies sei die erste Liste dieser Art, meldete der Informationsdienst ENDS Europe Daily. Sie umfasse unter anderem Weichmacher und das bromierte Flammschutz-

mittel BHCDD. Seit die Liste im Amtsblatt veröffentlicht wurde, müssen Hersteller auf Anfrage binnen 45 Tagen die Öffentlichkeit informieren, ob die Substanzen in ihren Produkten enthalten sind.

Umweltverbände haben eine Schatzenliste von 267 Chemikalien erstellt, die im Verdacht stehen, sich im Körper anzureichern, Krebs zu erregen, das Erbgut zu schädigen oder die Fortpflanzung einzuschränken. Sie fordern, gefährliche Stoffe vollständig zu ersetzen und für mehr Substanzen eine Informationspflicht vorzuschreiben.

Bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) sind inzwischen rund 40.000 Substanzen vorregistriert. Bis zum 1. Dezember müssen Hersteller und Importeure Chemikalien registrieren lassen, wenn sie in den Genuss einer zeitverzögerten Vollregistrierung kommen wollen.

Im EU-Amtsblatt wurde eine Liste mit Stoffen veröffentlicht, die von der REACH-Registrierungspflicht ausgenommen sind, darunter Lactose, CO₂ und Neon. [jg]

- ▶ ECHA-Liste: www.echa.eu/doc/press/pr_08_34_msc_identification_svhc_20081009.pdf
- ▶ Schattenliste: www.chemsec.org/list
- ▶ Liste mit REACH-Ausnahmen: www.eur-lex.eu (Amtsblatt L 268/15)

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Alternative Nobelpreise

Mutige Frauen

■ Die Stiftung Right Livelihood Award hat im Oktober in Stockholm die diesjährigen „Alternativen Nobelpreise“ an vier Frauen vergeben. Eine von ihnen ist Monika Hauser aus Köln, Gynäkologin und Gründerin von medica mondiale. Die Stiftung zeichnete sie aus „für ihren unermüdlichen Einsatz für Frauen, die in Krisenregionen schrecklichste sexualisierte Gewalt erfahren haben“. Die Right Livelihood Awards ehren in diesem Jahr VorkämpferInnen für unabhängigen Journalis-

lismus, Frieden und soziale Gerechtigkeit. Zusammen sind sie mit umgerechnet rund 210.000 Euro dotiert.

Zu den Preisträgerinnen gehören außerdem Amy Goodman, Gründerin und Moderatorin der US-Nachrichtensendung Democracy Now!, und Asha Hagi aus Somalia für ihren Einsatz für die Mitwirkung von Frauen am Friedensprozess ihres Landes. Die Inderin Krishnammal Jagannathan und ihr Mann Sankaralingam mit ihrer Organisation LAFTI erhalten den Preis für „die Verwirklichung der Gandhischen Vision sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger menschlicher Entwicklung“.

Die schwedische Right Livelihood Award Foundation vergibt seit 1980 Preise an Menschen, die praktische und beispielhafte Ideen für die dringendsten Herausforderungen der Zeit verwirklichen. Die Preisverleihung findet am 8. Dezember im schwedischen Reichstag statt. [kj]

► Right Livelihood Award Foundation, Stockholm, Tel. +46 (0)8 / 70203-40, Fax -49, E-Mail: info@rightlivelihood.org, www.rightlivelihood.org

Millenniumsentwicklungsziele

Noch viel zu tun gegen Armut

■ Im September haben die Vereinten Nationen die bisherigen Fortschritte bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) bilanziert. Danach ist die Welt dabei, wenigstens die Hälfte der von Armut betroffenen Bevölkerung bis 2015 auf einen „besseren Weg“ zu bringen. Weitere Positivmeldungen im UN-Zwischenbericht betreffen Erfolge bei der Einrichtung von Grundschulen und im Kampf gegen AIDS sowie Verbesserungen bei der Schuldenlast der Entwicklungsländer.

In anderen Bereichen sind die Ziele laut Bericht nicht erreicht worden. Ein Viertel aller Kinder in Entwicklungsländern ist unterernährt. Noch immer leben 2,5 Milliarden Menschen ohne Zugang zu sanitären Anlagen. Ein Drittel der Stadtbevölkerung in Entwicklungsländern lebt in Slums. Die CO₂-Emissionen sind weiter gestiegen.

Das Ziel, den Anteil der Bevölkerung, die von weniger als einem Dollar täglich leben muss, zu halbieren, ist in der Subsahararegion Afrikas kaum mehr erreichbar.

Die Nichtregierungsorganisationen im Bündnis „Deine Stimme gegen Armut“ legten einen Schattenbericht zum deutschen MDG-Engagement vor. Der Bericht kritisiert, dass die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit mit 0,37 Prozent des Bruttonationaleinkommens weit von den versprochenen 0,7 Prozent entfernt sind. Deutschland müsse den EU-Stufenplan einhalten. Weiter verlangen die Verbände den Abbau von EU-Agrarsubventionen und eine Unterstützung der Entwicklungsländer beim Schutz ihrer Märkte vor dem „Freihandelsdogma“ der Welthandelsorganisation. Weder die Förderung der Bildung im Allgemeinen noch die Förderung von Frauen und Mädchen seien in der deutschen Entwicklungshilfe genügend berücksichtigt. Auch müsse Deutschland noch mehr Treibhausgase reduzieren und seinen fairen Anteil in die UN-Klimafonds zahlen, um arme Länder gegen den Klimawandel zu unterstützen. [jg]

► UN-Zwischenbericht: www.kurzlink.de/mdg2008
 ► Deutscher NGO-Schattenbericht: www.kurzlink.de/mdg-ngo2008

KLIMA & ENERGIE

EU-Klima- und Energiepaket

„Super Tuesday“ im Umweltausschuss

■ In der Abstimmung über drei von vier Gesetzesvorschlägen des EU-Klima- und Energiepaketes hat der Umweltausschuss des Europaparlaments Anfang Oktober die Gesetzesvorschläge der EU-Kommission bestärkt. Beim Emissionshandel forderten die Parlamentarier strenge Auflagen für die Industrie. Die Mehrheit im Ausschuss sprach sich trotz starken Drucks der Industrie dafür aus, dass Stromkonzerne

CO₂-Emissionsrechte ab 2013 komplett ersteigern sollen. Die verarbeitende Industrie soll zunächst nur 15 Prozent dieser Emissionszertifikate ersteigern müssen, bis 2020 dann 100 Prozent.

Die Abgeordneten stimmten auch dafür, dass energieintensive Betriebe wie Stahl- und Aluminiumwerke, die besonders von Wettbewerbsnachteilen auf dem internationalen Markt betroffen seien, bis zu 100 Prozent ihrer Emissionsrechte kostenlos erhalten sollen. Die Branchen sollen aber erst bestimmt werden, wenn ein internationales Klimaschutzabkommen verabschiedet ist. Bei dessen Zustandekommen soll das EU-Ziel, bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, automatisch auf 30 Prozent erhöht werden. Umweltverbände lobten, dass der Ausschuss vor allem in diesem Punkt dem Vorschlag der EU-Kommission folgte. Einige EU-Staaten versuchen derzeit für das 30-Prozent-Ziel neue gesetzliche Hürden durchzusetzen.

Es gab aber auch Kritik. Greenpeace monierte, dass die Abgeordneten der Finanzierung von zwölf sogenannten CCS-Projekten zustimmten: Bis zu zehn Milliarden Euro sollen Kraftwerke erhalten, die die CO₂-Abscheidung und Speicherung testen. Mit einem Blankoscheck für CCS bleibe man im Kohlezeitalter stehen, sagte Joris den Blanken von Greenpeace.

Der Umweltausschuss lehnte auch Pläne von EU-Umweltkommissar Stavros Dimas ab, einigen osteuropäischen Staaten Ausnahmen bei der Emissionsminderung in Sektoren ohne Emissionshandel zu gewähren und ihnen sogar einen erhöhten CO₂-Ausstoß zu erlauben. Zudem forderte er Sanktionsmechanismen für das Verfehlen nationaler Reduktionsziele.

Bis Jahresende will die EU ihr Klimapaket unter Dach und Fach bringen. Nach der Abstimmung im Umweltministerrat am 20./21. Oktober (nach Redaktionsschluss) soll ein sogenannter Trialogprozess beginnen: Vertreter von Umweltausschuss, EU-Kommission und Ministerrat sollen sich über strittige Punkte einigen. Wird ein Kompromiss erreicht, wird erwartet, dass Parlament und Rat die Richtlinien Anfang Dezember durchwinken. ►

Neben der Lastenverteilung und der Verteigerung im Emissionshandel wird auch darüber gestritten, was mit dem Erlös der versteigerten Zertifikate geschehen soll. Der Umweltausschuss will das Geld komplett in Klimaschutzmaßnahmen fließen lassen, die Hälfte davon in Entwicklungsländer. Deutschland und andere Mitgliedstaaten sind gegen eine Zweckbindung.

Mit dem Klima- und Energiepaket will die EU bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen 2009 in Kopenhagen eine Vorreiterrolle einnehmen. [mv]

- ▶ Umweltausschuss: www.kurzlink.de/ets-es-ccs
- ▶ Position der Umweltverbände: Climate Action Network (CAN), www.climnet.org/081007~1.pdf
- ▶ Aktuelle Ergänzungen zu dieser Meldung: www.eu-koordination.de (EU-News)

CO₂-Grenzwerte für Pkw

Stoppschild für die Autolobby

■ Im Streit über CO₂-Grenzwerte für Pkw hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments Ende September überraschend für den Gesetzesvorschlag der EU-Kommission gestimmt. Die Richtlinie soll Autohersteller verpflichten, die CO₂-Emissionen ihrer Neuwagen von derzeit durchschnittlich 158 Gramm pro Kilometer auf 130 Gramm im Jahr 2012 zu senken. Darüber hinaus forderten die Abgeordneten, ein Langzeitziel von 95 Gramm je Kilometer ab 2020 schon jetzt gesetzlich zu verankern.

Damit lehnte der Ausschuss trotz massiven Drucks der Automobilindustrie den deutsch-französischen Kompromissvorschlag ab. Die beiden Regierungen hatten im Juni gefordert, den Grenzwert ab 2012 nur schrittweise einzuführen. Anfang September hatte sich auch der Industrieausschuss des EU-Parlaments auf die Seite der Autohersteller gestellt. Er verlangte, dass 2012 zunächst nur 60 Prozent der Neuwagenflotte den Grenzwert einhalten müssten. Erst ab 2015 sollten Neuwagen durchschnittlich nicht mehr als 130 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen. Umweltverbände hatten dem Industrieausschuss vorgeworfen, nur die Interessen der Autoindustrie

zu vertreten. In der Praxis bedeute das stufenweise Vorgehen, dass die Autohersteller die Grenzwerte nur auf die ohnehin effizienten Modelle anwenden müssten und drei weitere Jahre Schonfrist bekämen.

Im Anschluss an die Sitzung des Industrieausschusses hatte sich auch Parlamentsberichtersteller Guido Sacconi (Sozialdemokraten, Italien) dessen Forderungen angeschlossen. Sacconi legte im Umweltausschuss entsprechende Änderungsvorschläge vor. Dennoch hielten die Ausschussmitglieder an den Kommissionsplänen fest. Der Parlamentarier Chris Davies (Liberales, Großbritannien) sprach von einem „guten Tag für die Demokratie“. Der Kompromissvorschlag sei auf höchster politischer Ebene im Parlament entstanden. Trotzdem hätten einfache Mitglieder des Umweltausschusses standgehalten und den Deal abgelehnt.

Auch entschärften Strafzahlungen für eine Überschreitung der Grenzwerte erteilten die Parlamentarier eine Absage. Tony Bosworth, Verkehrsexperte der Umweltschutzorganisation Friends of the Earth, sagte: „Der Ausschuss hat auf die EU-Bürger gehört, die mehrheitlich strenge Maßnahmen fordern, um CO₂-Emissionen zu reduzieren“.

Am 20./21. Oktober (nach Redaktionsschluss) wollte der EU-Umweltministerrat abstimmen. Bundesminister Sigmar Gabriel hatte sich bereits zuvor auf die Seite der Industrie geschlagen. Es sei für das Weltklima nicht entscheidend, wenn die strengeren Vorgaben erst 2015 kämen. Gabriels Äußerung stieß bei den deutschen Grünen auf scharfe Kritik.

Derweil kursierte ein neuer Vorschlag der französischen EU-Ratspräsidentschaft, der jedoch die Forderungen des deutsch-französischen Kompromisses und des Industrieausschusses lediglich wiederholt. Umweltkommissar Stavros Dimas warf Frankreich und Deutschland eine Verwässerung der Klimaschutzpläne vor. [mv]

- ▶ EU-Parlament: www.kurzlink.de/pkw-co2-grenzwert
- ▶ Aktuelle Ergänzungen zu dieser Meldung: www.eu-koordination.de (EU-News)
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Liberalisierung der Energiemärkte

EU-Energieminister gegen Zwangsverkauf der Netze

■ Die 27 EU-Energieminister haben sich Mitte Oktober auf eine Linie beim Energie-Binnenmarktpaket geeinigt, um die Machtkonzentration im europäischen Energiesektor abzubauen und für mehr Wettbewerb auf Europas Strom- und Gasmärkten zu sorgen. Langfristig sollen die Energiepreise dadurch gedämpft werden.

Die von der EU-Kommission dazu vorgeschlagene eigentumsrechtliche Entflechtung von Produktion und Netzbetrieb der Energieunternehmen lehnten die Minister aber weiter ab. Stattdessen folgten sie dem deutsch-französischen Kompromissvorschlag für einen „dritten Weg“: Die Mitgliedstaaten sollen sowohl im Strom- als auch im Gassektor die Wahl zwischen beiden Systemen haben. Entscheidet sich ein Staat gegen eine weitgehende eigentumsrechtliche Entflechtung, muss er eine unabhängige Übertragungsgesellschaft (Independent Transmission Operator, ITO) einrichten. Die Energieunternehmen blieben Eigentümer der ITO, müssten aber Auflagen einhalten, um deren Unabhängigkeit im Tagesgeschäft zu garantieren. Vor allem müssten die ITO anderen Strom- und Gaslieferanten einen „fairen und nicht diskriminierenden Netzzugang“ gewähren.

Auf Druck einiger Mitgliedstaaten will der Ministerrat allerdings verbieten, dass Energieproduzenten Fernleitungsgeschäfte aus EU-Ländern mit vollständiger eigentumsrechtlicher Entflechtung aufkaufen.

EU-Parlament, Rat und Kommission suchen nun einen Kompromiss, damit das Paket noch im Frühjahr 2009 verabschiedet werden kann. Im Juni hatte das Parlament zumindest für den Stromsektor auf einer vollständigen eigentumsrechtlichen Entflechtung bestanden. Es forderte zudem einen bevorzugten Netzzugang für erneuerbare Energien und die Möglichkeit, Unternehmen Investitionen in Effizienzmaßnahmen vorzuschreiben. [mv]

- ▶ Europäische Kommission: www.kurzlink.de/eu-binnenmarktpaket

EU-Klimapolitik

Klimaausschuss bilanziert

■ Der für die Dauer eines Jahres eingesetzte Klimaausschuss im Europäischen Parlament soll bis Ende April 2009 seinen Abschlussbericht über die Europäische Klimapolitik vorlegen. Berichterstatter Karl-Heinz Florenz (Deutschland, CDU) legte einen ersten Entwurf vor. Danach seien die klima- und energiepolitischen Vorschläge der EU-Kommission ein „guter erster Schritt“, die EU könne aber mehr tun. Florenz fordert, dass das Ziel, bis 2020 die Energieeffizienz um 20 Prozent zu steigern, rechtlich verbindlich wird. Stand-by soll in neuen Elektrogeräten verboten sein. Automatische Ausschalter und Energiesparmodi sollen auch für Industrieausstattungen vorgeschrieben werden. Luftverkehrsindustrie, Airlines und Flughäfen sollen zusammen ein Emissionsreduktionsziel für 2020 vereinbaren. Die Internationale

Seeschiffahrtsorganisation soll ein globales Emissionsreduktionsziel vorlegen.

Einige Punkte in dem Report dürften aber zum Streit führen. So weist Florenz die „Fundamentalforderung nach 100 Prozent Versteigerung“ der Zertifikate im EU-Emissionshandel zurück und schlägt genau wie die energieintensiven Industrien eine Gratisverteilung bis zur Grenze des bestmöglichen Standards vor.

Der rechtlich nicht bindende Bericht fordert ausdrücklich die Einbeziehung der Landwirtschaft in die EU-Klimapolitik – mit bindenden Emissionszielen. Die Abfallbranche müsse ebenfalls in den Emissionshandel einbezogen werden. Ferner sei der EU-Haushalt daraufhin zu überprüfen, ob er die EU-Klimaschutzgesetze befördert. Im Februar soll über den fertigen Bericht im Plenum des Parlaments abgestimmt werden. [jg]

► Bericht: www.kurzlink.de/klimaausschuss-2

EU-Ökodesignrichtlinie

Effizienzstandards für Beleuchtung und Fernseher

■ Ein Sonderausschuss von Experten der EU-Mitgliedstaaten hat nach den Ökodesign-Standards für Stand-by-Geräte Ende September neue Verordnungsvorschläge der EU-Kommission für Straßenbeleuchtung, die Beleuchtung von Büro- und Industriegebäuden und für Geräte zur Konvertierung digitaler Fernsehgeräte in analoge Signale angenommen. Sofern auch das Europäische Parlament den Maßnahmen zustimmt, verspricht sich die Kommission bedeutende Energieeinsparungen. EU-Energiekommissar Andris Piebalgs sagte, das Vorhaben sei ein konkreter Beitrag, um die europäischen Energieeffizienzziele zu erreichen. Bei der Beleuchtung könne der Stromverbrauch um 15 Prozent reduziert werden, was EU-weiten Einsparungen in

**Rechtliche Konzepte für eine effizientere Energienutzung**

Von Prof. Dr. Dr. h.c. (GTU Tiflis) Thomas Schomerus und apl. Prof. Dr. iur. Joachim Sanden. Unter Mitarbeit von Ass. iur. Steffen Benz, LL.M., und Dipl.-Umweltwiss. Andreas Heck M.S.E.L. Professur Öffentliches Recht, insbesondere Energie- und Umweltrecht, Leuphana Universität Lüneburg
2008, 353 Seiten, Euro (D) 56,80. ISBN 978 3 503 11235 7
Berichte des Umweltbundesamtes, Band 1/08

Das Werk bietet Ihnen eine Bestandsaufnahme der geltenden, diskutierten und möglichen neuen Instrumente zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Energieeinsparung – auf nationaler und europäischer Ebene.

Ausgewählte Instrumente werden durch Gestaltungsoptionen zu rechtlichen Konzepten zur Steuerung des Energieverbrauchs entwickelt. Die Instrumente werden im Hinblick auf die Umsetzung konkretisiert und operationalisiert.

Mit wertvollen Hinweisen zur Weiterentwicklung und rechtlichen Gestaltung von Instrumenten wie z.B: Effizienzwettbewerb (Top-Runner), innovative Stromzähler und -rechnungen (smart-metering), weiße Zertifikate und mehr.

Bestellmöglichkeit online unter [www.ESV.info/978 3 503 11235 7](http://www.ESV.info/978_3_503_11235_7)

Berichte

1
08

ESV

ERICH SCHMIDT VERLAG
Postfach 304240 • 10724 Berlin
Fax 030/25 00 85 275
E-Mail: ESV@ESVmedien.de
www.ESV.info
www.UMWELTdigital.de

Ermittlungen in Sachen Klimawandel

Zwei Jahre lang reiste der Journalist Bernhard Pötter um die Erde, um Spuren im globalen Kriminalfall Klimawandel zu sichern. Er beschreibt Menschen und Länder, Unternehmen und Institutionen, die für den Klimawandel verantwortlich sind, an ihm kräftig verdienen oder eine Lösung anzubieten haben, und andere, die schuld- und machtlos unter ihm leiden. Ein politisches Buch – spannender als jeder Krimi.

B. Pötter

Tatort Klimawandel

Täter, Opfer und Profiteure einer globalen Revolution

264 Seiten, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-121-9



Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/97 000-405



Atomkraftwerk im Erdbebengebiet? FingeRWEg!

Als ob das Imageproblem von RWE in Deutschland nicht schon groß genug wäre. Nun will der Energiekonzern auch noch in ein Erdbebengebiet, „voRWEg gehen“ – um ein Atomkraftwerk zu bauen. Eine überaus schlechte Idee, sagt der gesunde Menschenverstand. Der jedoch scheint bei dem Essener Konzern zu versagen.

Zu den Fakten: Anfang Oktober wurde RWE in Bulgarien als bevorzugter Investor für eine 49-prozentige Beteiligung am AKW Belene ausgewählt. Das Kraftwerk steht nahe der gleichnamigen Kleinstadt an der rumänischen Grenze. Gegen das Projekt gibt es enorme Sicherheitsbedenken, denn Belene liegt in einem Erdbebengebiet. RWE brüstet sich damit, Konkurrenten wie Eon und die italienische Enel aus dem Feld geschlagen zu haben. Liest man die Berichte bulgarischer Medien, ist der Sieg im Bieterverfahren jedoch kein Grund stolz zu sein: Erstens war RWE bereit, sich mit weniger Kontrolle als die Konkurrenz zufriedenzugeben. Das bedeutet auch weniger Kontrolle über die Sicherheitsparameter – beim Bau und beim Betrieb. Zweitens hat RWE angeboten, gleich nach Vertragsunterzeichnung dem bulgarischen Betreiber NEK einen Kredit über 280 Millionen Euro zu gewähren. RWE selbst will knapp 1,3 Milliarden in die Projektgesellschaft investieren.

Der Plan für Belene stammt aus den frühen 1980er-Jahren. Das Projekt traf von Anfang an auf Widerstand. Schon 1983 empfahlen sowjetische Wissenschaftler, den Standort aufzugeben. Schließlich waren erst 1977 bei einem Erdbeben zahlreiche Gebäude zerstört und 120 Menschen getötet worden – wenige Kilometer vom geplanten AKW-Standort entfernt. Nach der politischen Wende 1990 warnten Experten der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften in einer umfassenden Studie vor der Fertigstellung des Reaktors. Die erste demokratisch gewählte Regierung in Sofia nahm die Warnungen ernst und stoppte das Projekt als „technisch unsicher und ökonomisch untragbar“. Eine neue bulgarische Regierung grub jedoch im Jahr 2003 die Belene-Pläne wieder aus und beauftragte 2006 den russischen Konzern Atomstroyexport, zwei Reaktoren zu bauen. Für deren technische Auslegung gibt es bisher weder Sicherheitsanalysen noch Betriebserfahrung. „Ich staune, dass unsere Regierung mehr als sieben Milliarden Euro dafür zahlen will, dass

unser Land ein Testgebiet der russischen Nuklearindustrie wird“, kommentierte Albena Simeonowa, Sprecherin des bulgarischen Bündnisses BeleNE! (Nein zu Belene), den Vorgang.

Vor einem Jahr meldete auch der ehemalige Leiter der bulgarischen Atomaufsicht schwere Bedenken gegen das geplante Kraftwerk an. Georgi Kastschiew hat 34 Jahre Erfahrung im Atomsektor. Er hält Belene für ein nicht tolerierbares Sicherheits- und Umwelttrisiko. „Die fehlende Betriebserfahrung mit dem geplanten Reaktortyp, der Mangel an qualifiziertem Personal und effektiven Kontrollen wird zweifellos zu schlecht ausgeführten Bauarbeiten führen“, so der Experte. „Nimmt man das hohe seismische Risiko und die schwache Atomaufsicht in Bulgarien zusammen, kann man nur zu einem Schluss kommen: Das Projekt darf nicht weitergeführt werden.“

Mit ähnlichen Begründungen verweigerten auch zwölf internationale Banken die Finanzierung des riskanten Vorhabens. Die Finanzen wurden zur Achillesferse des Projekts. Woher die mindestens sieben Milliarden Euro kommen sollen, die Belene kosten wird, ist unklar. Die bulgarischen Betreiber wollen Geld von öffentlichen Banken wie der Europäischen Investitionsbank und hoffen darüber hinaus auf den ausländischen Investor. Doch selbst wenn das gelingt, bleibt noch ein riesiges Finanzloch in Bulgarien. Und bei RWE muss der Vorstand die Investition noch gegen breite öffentliche Proteste und Widerstände im Aufsichtsrat durchboxen. Deutsche Nichtregierungsorganisationen haben deshalb die Öffentlichkeit aufgefordert, sich an ihrer Kampagne „FingeRWEg!“ zu beteiligen. Die Umweltorganisation Urgewald hat einen Brief an RWE-Chef Jürgen Großmann entworfen und sammelt Unterschriften. Der Deutsche Naturschutzring und 20 weitere Organisationen rufen die RWE-Kunden auf, zu einem unabhängigen Ökostromanbieter zu wechseln.

[Kommentar: Heffa Schücking, Regine Richter]

Heffa Schücking und Regine Richter arbeiten für die Organisation Urgewald im westfälischen Sassenberg und in Berlin.
Kontakt: Tel. +49 (0)2583 / 1031,
E-Mail: heffa@urgewald.de. Belene-Protest:
www.urgewald.de (Kampagnen – Atomkraft)

Höhe des jährlichen Stromverbrauchs von Rumänien entspreche.

Die Verordnungen sind Teil der Umsetzung der EU-Rahmenrichtlinie zur Einführung von Ökodesignstandards für energiebetriebene Produkte. Die nationalen technischen Experten beraten produktgruppenweise über den einzuhaltenden Effizienzstandard. Die EU-Kommission wird voraussichtlich in den kommenden Monaten Vorschläge zu weiteren Produktgruppen machen. Zuletzt haben die Energieminister der Mitgliedstaaten auf ihrer Ratssitzung im Oktober gefordert, den Verkauf der ineffizienten konventionellen Glühbirnen ab 2010 zu verbieten.

[mv]

- Europäische Kommission:
www.kurzlink.de/beleuchtung

Erneuerbare Energien

Lob der Einspeisevergütung

■ Damit das Ziel, die globalen CO₂-Emissionen bis 2050 zu halbieren, erreicht werden kann, müssen 50 Prozent des Stroms weltweit aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt werden. Das ist das Fazit einer Studie, die die Internationale Energieagentur (IEA) Ende September veröffentlicht hat. Laut der IEA müssen sich alle Länder der Welt deutlich mehr anstrengen, um die erneuerbaren Energien voranzubringen. Deutschland spiele dabei eine Führungsrolle, so die Agentur. Dort betrage der Anteil von Ökostrom inzwischen mehr als 14 Prozent. Weltweit sind es 18 Prozent.

In der Studie listet die IEA „signifikante Hürden“ für den Ausbau der Ökostromnutzung auf. Beispielsweise sei es in vielen Ländern immer noch schwierig, Ökostrom ins Netz einzuspeisen. Auch der bürokratische Aufwand für den Bau von Anlagen sei häufig zu hoch. Die Energieagentur hält feste Einspeisevergütungen für Ökostrom für ein geeigneteres Instrument, um den Ökostromanteil zu erhöhen, als Quotensysteme.

[mbu]

- www.iea.org

Neue Kohlekraftwerke

Gabriel gerät durch eigene Studie unter Druck

■ Der Ausbau von Kohlekraftwerken gefährdet die deutschen Klimaschutzziele. Zu diesem Ergebnis kommt die von Umweltminister Sigmar Gabriel in Auftrag gegebene „Leitstudie 2008“, erstellt vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR). Das DLR hält zwar die deutschen Klimaziele, bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 zu senken, grundsätzlich für erreichbar. Dies setze aber voraus, dass sich der Stromverbrauch pro Kopf um sechs bis neun Prozent verringere und dass man den Neubau von Kohlekraftwerken beschränke und stattdessen auf Gas setze.

Derzeit sind in Deutschland etwa 30 neue Großkraftwerke in Planung oder im Bau. Bis 2020 müssen Altkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 28 Gigawatt stillgelegt werden. Nur zehn Gigawatt davon dürfen nach der Studie durch neue Kohleanlagen erreicht werden. Nach einer vom BUND erstellten Übersicht sind aber bereits Neuanlagen für 10,4 Gigawatt im Bau oder genehmigt. Für 14 Gigawatt läuft das Genehmigungsverfahren und sechs Gigawatt sind angekündigt. Hält Deutschland also an den derzeitigen Ausbauplanungen fest, können die Klimaziele nicht erreicht werden. Bis 2020 wären dann Einsparungen von Treibhausgasemissionen von 25 Prozent gegenüber 1990 möglich.

[mv]

- Leitstudie 2008:
www.bmu.de/erneuerbare/energien/doc/42386
- BUND-Übersicht:
www.kurzlink.de/neue-kohlekraftwerke

Atomkraft und Leukämie

Keine Sofortmaßnahmen

■ Kinder unter fünf Jahren, die in einem Fünf-Kilometer-Radius um Atomkraftwerke wohnen, sind einem erhöhten Leukämierisiko ausgesetzt. Dieses Ergebnis

der Kinderkrebsstudie KiKK von 2007 hat die Strahlenschutzkommission (SSK) der Bundesregierung nach einer Überprüfung im Oktober bestätigt. Allerdings gebe es keine „wissenschaftlich nachvollziehbare Ursache“ für die erhöhten Leukämiefälle, so die SSK. Das Bundesumweltministerium teilte mit, nach dieser Stellungnahme keinen Anlass zu Sofortmaßnahmen zu sehen. „Insbesondere wird Eltern von Kleinkindern nicht empfohlen, aus dem Fünf-Kilometer-Bereich wegzuziehen.“ Auch strebe das Ministerium keine strengeren Strahlengrenzwerte an.

Die Organisation Mütter gegen Atomkraft kritisierte, nicht die Radioaktivität als Ursache sei anzuzweifeln, sondern das lückenhafte Wissen über die Auswirkungen radioaktiver Niedrigstrahlung auf die menschliche Gesundheit.

[mv]

- Hintergrundpapier der SSK:
www.kurzlink.de/ssk-papier
- Mütter gegen Atomkraft e.V., Gina Gillig, München, Tel. +49 (0)89 / 31772813, E-Mail: gina@gillig.de, www.muettergegenatomkraft.de

Castorprotest

„Gorleben vermASSEIn“

■ Atomkraftgegner rufen zur Auftaktdemonstration gegen den diesjährigen Castortransport am 8. November in Gorleben (Niedersachsen) auf. An den später stattfindenden Sitzblockaden und Protestaktionen wollen sich auch mehrere Spitzenpolitiker der Grünen beteiligen. Am 9. November rollen elf Behälter mit hochradioaktivem Atommüll voraussichtlich in Dannenberg, am 10. November in Gorleben an. „Ich halte den Salzstock Gorleben für völlig ungeeignet“, sagte die EU-Parlamentarierin Rebecca Harms der Agentur DDP. Nach den Pannen im Atommülllager Asse, ebenfalls ein Salzstock, müsse Gorleben aufgegeben und nach neuen Endlagern gesucht werden.

[mv]

- Anti-Atom-Demonstration: Tel. +49 (0)1805 / 252769, www.x-tausendmalquer.de
- www.rebecca-harms.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Verbraucherrechte

Weniger Schutz durch EU-weite Angleichung?

■ VerbraucherInnen sollen nach dem Willen von EU-Verbraucherkommissarin Meglena Kuneva künftig in allen EU-Ländern die gleichen Rechte haben. Von dem Gesetzesvorschlag erhofft sich Kuneva mehr grenzüberschreitende Einkäufe und mehr Wettbewerb. In dem geplanten Gesetz sollen vier EU-Richtlinien zusammengefasst werden, die bisher das europäische Verbraucherrecht regeln.

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries forderte eine Nachbesserung der Vorschläge. So müssten die EU-Staaten ergänzende Vorschriften behalten oder einführen können. Für deutsche VerbraucherInnen könnte die neue Richtlinie Nachteile bringen, argumentierte Zypries. Auch die Verbraucherzentralen befürchten eine Aufweichung des nationalen Verbraucherschutzes. So könnten hierzulande die Pläne für einen besseren Schutz vor unerlaubter Telefonwerbung kippen, hieß es beim Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV) in Berlin. Auch das Widerrufsrecht bei Auktionen im Internet und die kostenlose Rücksendung von Waren im Versandhandel könnten gestoppt werden. Eine komplette EU-weite Angleichung könnte nach Einschätzung der Verbraucherschützer auch das Widerrufsrecht bei Strom- und Gasverträgen kippen.

Positiv könnte sich eine neue Regelung auf sogenannte Kostenfallen im Internet auswirken, wie bereits gesetzte Häkchen, auf das Widerrufsrecht für Haustürgeschäfte und Kaffeefahrten sowie auf die Gewährleistung für Mängel. Das Europaparlament und die Mitgliedstaaten müssen dem Vorschlag noch zustimmen. [mbu]

- ▶ EU-Kommission, Verbraucherpolitik, Brüssel, www.ec.europa.eu/consumers/index_de.htm
- ▶ VZBV, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 25800-0, Fax -518, E-Mail: info@vzbv.de, www.vzbv.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform I

Milchfonds als Ausgleich für Subventionskürzungen

■ Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer hat im September der EU-Agrarkommissarin einen Deal vorgeschlagen: Nur wenn Mariann Fischer Boel einen Milchfonds schafft, der die deutschen Milchbauern finanziell stützt, will er den geplanten Kürzungen der EU-Agrarsubventionen zustimmen.

In die Landwirtschaft der Europäischen Union fließen allein in diesem Jahr gut 55 Milliarden Euro, und zwar aus den Portmonees der SteuerzahlerInnen. Die EU-Agrarkommissarin möchte einen großen Anteil davon in die Entwicklung neuer Wirtschaftszweige in ländlichen Regionen umverteilen. Außerdem sollen mit dem Geld der Erhalt von Kulturlandschaften oder Naturschutzprojekte finanziert werden.

Fischer Boel zeigte sich kompromissbereit beim Milchfonds, machte aber klar, dass es keine zusätzlichen Mittel für ein Schutzprogramm deutscher Milchproduzenten geben werde. Nach ihrem Willen soll das Geld aus der geplanten Umschichtung der Direktbeihilfen für Landwirte in den Fördertopf für Projekte zur ländlichen Entwicklung kommen. Seehofer hingegen besteht auf einer zusätzlichen Finanzspritze. Die Milchquote, die die Menge der in der EU erzeugten Milch reguliert, soll 2015 auslaufen.

Die Subventionskürzungen würden in Deutschland vor allem große Landwirtschaftsbetriebe und Lebensmittelkonzerne treffen. Umwelt- und Entwicklungsverbände kritisieren seit Langem, dass die Beihilfen weniger kleinen Bauernhöfen, sondern hauptsächlich Großbetrieben zugutekommen. [mbu]

- ▶ Bundeslandwirtschaftsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, www.bmelv.de

EU-Agrarreform II

EU-Parlament will nicht so viele Beihilfen streichen

■ Der Agrarausschuss des Europaparlaments hat sich dafür ausgesprochen, die EU-Agrarbeihilfen weniger stark zu kürzen als von der EU-Kommission geplant. In einer Empfehlung an die Mitgliedstaaten und die Kommission forderten die Abgeordneten, nur sieben Prozent der Direktbeihilfen in den Topf für die Förderung des ländlichen Raums umzuschichten. Vorgeesehen sind 13 Prozent. Die Parlamentarier begründen ihr Votum mit der Krise der Rohstoffpreise.

Die Umschichtung der Direktbeihilfen ist Grundlage des geplanten Korrekturprogramms („Health Check“) der EU-Agrarreform von 2003. Die Maßnahmen zur Änderung der künftigen europäischen Agrarpolitik sollen beim Agrarministertreffen im November in Brüssel beschlossen werden. Die 27 Mitgliedstaaten und die Kommission müssen sich einigen, das Parlament wird aber angehört.

Nach dem Kommissionsvorschlag sollen umso mehr Direktbeihilfen umgeschichtet werden, je größer ein Betrieb ist. Die Bundesregierung ist gegen diese sogenannte progressive Modulation. Der Agrarausschuss sprach sich grundsätzlich dafür aus, allerdings in weit geringerem Umfang als von der Kommission vorgesehen. Die Abgeordneten forderten zudem, die Milchquote um nur ein Prozent während der nächsten zwei Jahre zu erhöhen. Die Kommission hatte eine sofortige Erhöhung um zwei Prozent vorgeschlagen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB), Dachverband der europäischen Umweltorganisationen, veröffentlichte zur Agrarreform ein Zukunftspapier, in dem es seine Visionen für die Zeit von 2008 bis 2020 vorstellt. Darin sind auch politische Maßnahmen formuliert, die den Agrarsektor dieser Vision näherbringen sollen. [mbu]

- ▶ Agrarausschuss: www.kurzlink.de/agrarbeihilfe
- ▶ EU-Kommission: www.ec.europa.eu/agriculture/healthcheck/index_de.htm
- ▶ www.eeb.org

Nahrungsmittelsicherheit**Erst der Teller, dann der Tank**

■ Die Produktion von Agrotreibstoff birgt nach Auffassung der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) erhebliche Risiken, aber auch Chancen. Es sei deshalb notwendig, diesen Zweig der Energieerzeugung und seine Bezuschussung zu überprüfen. Das schreibt die FAO in ihrem Jahresbericht zu Nahrung und Landwirtschaft, der im Oktober veröffentlicht wurde. Es gehe darum, am Ziel weltweiter Ernährungssicherheit festzuhalten, arme Bauern zu schützen sowie eine Entwicklung ländlicher Regionen und ökologische Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Die Produktion von Agrotreibstoffen hat sich seit dem Jahr 2000 fast verdreifacht. [mbu]

► www.fao.org

Bienenzucht**Gentechnikgegner wird Imkerpräsident**

■ Der Deutsche Imkerbund (DIB) hat im Oktober Peter Maske zum neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt. Der Beauftragte für Gentechnik des Landesverbandes Bayerischer Imker (LVBI) gilt als deutlicher Kritiker der Agrogentechnik. Insider hoffen nun auf einen Kurswechsel in der Verbandspolitik. Nach eigenen Angaben hatten die DIB-Imker in der Vergangenheit öfter klare Signale aus dem Vorstand vermisst, wenn es um Probleme ging – zum Beispiel um die Gentechnik oder um das Bienensterben am Oberrhein.

Im Südwesten Deutschlands war es im Frühjahr 2008 zu einem Massensterben von Bienen gekommen, verursacht durch das Bayer-Pestizid Chlothianidin (umwelt aktuell 07.08, S. 18). Davon waren rund 11.500 Bienenvölker und mehr als 700 Imkereien betroffen. [mbu]

► Deutscher Imkerbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 9329218, E-Mail: dib.presse@t-online.de, www.deutscherimkerbund.de

Agrarpolitik und Artenschutz**Dünger lässt Arten sterben**

■ Der WWF hat die EU-Landwirtschaftsminister aufgefordert, eine Steuer auf mineralischen Stickstoffdünger einzuführen. Damit könne die Wasserbelastung am besten reduziert werden. Zudem müssten die bestehenden Gesetze effizienter kontrolliert werden, sagte Tanja Dräger de Teran vom WWF im September in Berlin.

Gülle und Mineraldünger belasten laut der Umweltstiftung die Gewässer, versauern die Böden und verursachen maßgeblich das Artensterben. Mit der derzeitigen Agrarpolitik sei eine Lösung des Problems nicht in Sicht. Übermäßige Düngung führe zudem zu erhöhten Emissionen von äußerst klimaschädlichem Lachgas.

2007 stieg der Absatz von Stickstoffdünger um 13 Prozent, so der WWF. Dabei werde lediglich die Hälfte des Düngers von den Pflanzen aufgenommen, der Rest belastete Böden, Atmosphäre und Gewässer.

An die Agrarminister der Bundesländer appellierte der WWF, sich für eine stärkere Kopplung der EU-Agrarsubventionen an Umwelanforderungen einzusetzen. Es dürfe nicht sein, dass Bauern Geld für umweltbelastende Produktionsweisen erhielten und der Staat dann Mittel bereitstellen müsse, um die entstandenen Schäden zu reduzieren. [mbu]

► WWF, Tanja Dräger, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 30874213, E-Mail: draeger@wwf.de, www.wwf.de

Gensoja**EU lässt Monsanto vor der Tür**

■ Die gentechnisch veränderte Sojabohne MON 89788, auch bekannt als Roundup Ready 2 Yield, darf vorerst nicht in die EU importiert werden. Die Erlaubnis zur Einfuhr als Futter- und Nahrungsmittel auf den europäischen Markt erzielte nicht die notwendige qualifizierte Mehrheit. Im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette stimmten im Oktober in Brüssel unter anderem Dänemark, die Niederlande und Großbritannien für die Zulassung.

Sechs EU-Staaten lehnten den Marktzugang ab, darunter Österreich, Ungarn und Polen. Deutschland, Frankreich und Italien enthielten sich. Der Vorschlag der EU-Kommission geht jetzt zunächst an den Agrarministerrat, wo innerhalb von drei Monaten abgestimmt werden muss. Sollte es dort zu einem Patt kommen, wird Gesundheitskommissarin Androula Vassiliou die Entscheidung fällen. [mbu]

► www.kurzlink.de/gensoja-stopp
► EU-Gesetzgebungsverfahren:
www.kurzlink.de/mitentscheidung

Lebensmittelkennzeichnung**Landliebe „ohne Gentechnik“**

■ Als erster Molkereikonzern in Deutschland kennzeichnet Campina seit Oktober seine Milch der Marke „Landliebe“ mit dem Stempel „Ohne Gentechnik“. Die Kühe der Landliebe-Vertragsbauern bekämen ausschließlich gentechnikfreies Futter aus Deutschland und der EU, sagte eine Campina-Sprecherin im September in Heilbronn. Das Unternehmen will künftig auch andere Produkte wie Butter, Joghurt oder Käse mit dem Siegel versehen. Die Landliebe-Bauern verzichteten auf das Füttern mit Importsoja, das gentechnisch verändert sein könnte, teilte Campina mit. Stattdessen erhielten die Tiere Pflanzen wie Raps, Erbsen oder Ackerbohnen, die „schon seit jeher in Deutschland kultiviert“ werden. In den Molkereien werde die gentechnikfreie Milch separat gelagert und verarbeitet.

Bundesverbraucherschutzminister Horst Seehofer nannte die Kennzeichnung einen „Gewinn für alle“. Er hoffe, dass auch große Firmen dem Beispiel folgen. Davon würden Wirtschaft und Verbraucher profitieren, so der Minister. Laut Umfragen lehnen 80 Prozent der deutschen VerbraucherInnen die Agrogentechnik ab. [mbu]

► Bundesverbraucherministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, www.bmelv.de
► Campina, Heilbronn, Tel. +49 (0)7131 / 4890, www.campina.de

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Natura 2000 I

EU-Schutzgebiete schwächeln

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat auf dem Weltnaturschutzkongress in Barcelona vor dem unzureichenden Schutz bedrohter Arten und Habitate in den Naturschutzgebieten der EU gewarnt. Mehr als die Hälfte der nach europäischem oder einzelstaatlichem Recht geschützten Arten und Habitate seien gefährdet. Dies geht laut EEA aus der Analyse der Berichte der EU-Staaten zur Fauna-Flora-Habitat-(FFH-)Richtlinie von 2007 hervor. Besonders betroffen sind danach Feuchtgebiete, Grünland und Dünen. Das Problem sei nicht mit noch mehr Schutzgebieten zu lösen, so die EEA. Die Agentur will mehr Augenmerk auf das Gebietsmanagement legen und nächstes Jahr hierzu Vorschläge unterbreiten. [bv]

- ▶ EEA, Kopenhagen, Tel. +45 (0)33 / 367100, www.eea.eu/highlights (07.10.2008)

Natura 2000 II

Anstoß für Managementpläne

■ Für den effektiven Schutz der Schutzgebiete des europaweiten Netzes Natura 2000 sind mit Nutzern und Entscheidungsträgern abgestimmte Managementpläne entscheidend. Wie solch ein Management aussehen soll, beschreibt ein von NABU und BUND im September veröffentlichter Leitfaden. Die Verbände fordern außerdem die Länder auf, ihre Kapazitäten zu erhöhen und alle Managementpläne bis 2010 fertigzustellen, damit der weitere Verlust der biologischen Vielfalt wirklich gestoppt werden kann. Die Ausweisung der Natura-2000-Gebiete gilt in Deutschland mit über 4.600 FFH- und 660 Vogelschutzgebieten, die 14 Prozent der Landesfläche ausmachen, als nahezu abgeschlossen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/natura2000-leitfaden

Holzzertifikate

FSC verliert Unterstützer

■ Als erste große internationale Nichtregierungsorganisation hat der britische Umweltverband Friends of the Earth (FoE) Ende September dem Zertifikat des Forest Stewardship Council (FSC) seine Unterstützung entzogen. Grund seien die Kontroversen um die Zertifizierung von Holz aus Primärwald und alten Wäldern sowie von Plantagenholz, hieß es bei FoE. FSC setze zwar die stärkeren Standards für neues Holz, und für die meisten FSC-zertifizierten Gebiete gelte auch die Nachhaltigkeitsgarantie. Doch immer mehr Berichte über die Missachtung ökologischer und sozialer Standards aus vielen FSC-Gebieten gäben Anlass dazu, den Kauf von FSC-Holz nicht mehr zu empfehlen.

Friends of the Earth fordern, das FSC-Label zu überprüfen und zu überarbeiten. Ziel müsse eine stärkere Garantie von durchweg höchsten Umwelt- und Sozialstandards sein. VerbraucherInnen sollten, bis dies geschehen sei, besser gebrauchte Holzprodukte kaufen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/foe-uk-fsc
- ▶ www.fsc-watch.org

Rote Listen

Artenrückgang weltweit

■ Auf der Weltnaturschutzkonferenz im Oktober in Barcelona (siehe S. 19) hat die Weltnaturschutzorganisation IUCN die neue Rote Liste vorgestellt. Ein Fünftel der bekannten knapp 5.500 Säugetierarten ist danach gefährdet oder vom Aussterben bedroht, einige gelten als ausgestorben. 188 Säugetierarten wie der Iberische Luchs erreichten die höchste Gefährdungsstufe „vom Aussterben bedroht“. Insgesamt wurden 44.800 Tier- und Pflanzenarten bewertet. Über 16.900 davon (38 Prozent) sind in Gefahr, 1.300 mehr als vor einem Jahr. Mehr als 19.000 Tierarten in Europa zeigen deutliche Rückgänge oder konstant niedrige Bestandszahlen. In Deutschland ist jede zehnte Tierart gefährdet.

Die Naturschutzorganisation BirdLife International veröffentlichte Ende September einen alarmierenden Bericht über den Zustand und die Entwicklung von Vogelarten und ihrer Lebensräume. Daraus geht hervor, dass die Zahlen vieler bislang häufiger Arten aufgrund der Zerstörung natürlicher Ressourcen quer über den Globus zurückgehen. Betroffen sind nicht nur gefährdete Regionen wie die tropischen Regenwälder. Auch in Europa werden ehemals häufige Vogelarten wie der Kuckuck immer seltener. 56 von 124 weitverbreiteten europäischen Vogelarten zeigen in zwanzig Ländern Europas deutliche Rückgänge ihrer Bestandszahlen. Am stärksten sind die Verluste bei den Vögeln der Agrarlandschaft wie Rebhuhn oder Grauammer. Zunehmend gefährdet sind auch Zugvögel, die über das Mittelmeer oder den Nahen Osten nach Afrika ziehen. Ihre Bestände sind während der letzten drei Jahrzehnte um 40 Prozent geschrumpft. [jg, bv]

- ▶ Rote Liste: www.iucnredlist.org
- ▶ NABU, Dr. Markus Nipkow, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1620, E-Mail: markus.nipkow@nabu.de, www.nabu.de

Invasive Pflanzenarten

Dreimal so viele gebietsfremde Arten

■ Die Anzahl eingeschleppter Pflanzenarten hat sich in den vergangenen 25 Jahren mehr als verdreifacht, berichtet das Fachblatt Preslia. In einer Studie werteten Forscher vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig Daten aus 48 europäischen Ländern und Regionen aus. Danach sind 5.789 Pflanzenarten in Europa gebietsfremd, davon gut 2.800 aus außereuropäischen Regionen. Im Jahr 1980 konnten die Wissenschaftler nur etwa 1.500 gebietsfremde Arten registrieren, davon 580 außereuropäischen Ursprungs.

Unter den gebietsfremden Arten gibt es invasive, die die einheimische Flora und Fauna beeinträchtigen und der Natur

und der Wirtschaft erheblichen Schaden zufügen können. Diese Invasionen gehören mittlerweile zu den größten ökologischen und ökonomischen Bedrohungen weltweit. Schätzungen zufolge können in Deutschland allein durch drei der insgesamt 470 sich am stärksten ausbreitenden eingeschleppten Pflanzen Kosten von etwa 70 Millionen Euro pro Jahr entstehen.

Die Inventarisierung von Informationen über gebietsfremde Arten durch das UFZ soll helfen, europaweite Managementstrategien zu entwickeln und so die biologische Vielfalt zu schützen. Neue Arten, die Ökosysteme nachhaltig verändern, indem sie einheimische Arten verdrängen, gelten als eine der größten Gefährdungen für die Biodiversität. [bv]

► Studie: www.ufz.de/?de=17176

Biodiversität und Landwirtschaft

Wertvolle Bestäuber

■ Deutsche und französische Wissenschaftler haben erstmals den Wert von Bestäuberinsekten berechnet, der jährlich durch die Bestäubung von Agrarpflanzen entsteht. Die Mitte September veröffentlichte Studie ergab für das Jahr 2005 einen ökonomischen Nutzen von etwa 150 Milliarden Euro, was knapp einem Zehntel der Weltnahrungsproduktion entspricht. Auf etwa 200 bis 300 Milliarden Euro pro Jahr bezifferten die Wissenschaftler des Internationalen Instituts für Agrarforschung INRA, des Zentrums für Wissenschaftliche Forschung CNRS in Frankreich und des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung UFZ die Einbußen, die ein Fehlen der Bestäuber verursachen würde. Ein komplettes Verschwinden der Bestäuberinsekten werde die Weltagrarpromotion stark verändern. Ein Kompletterverlust der Bestäuber, vor allem der Honigbiene, führe zwar nicht zu einem Zusammenbruch der Weltagrarpromotion, bedeute jedoch erhebliche Einbußen. [kj]

► UFZ, Dr. Josef Settele, Halle, Tel. +49 (0)345 / 5585-320, E-Mail: josef.settele@ufz.de, www.ufz.de

Die größte Naturschutzkonferenz aller Zeiten

Mit fast 8.000 Teilnehmern aus 179 Ländern fand vom 5. bis 14. Oktober in Barcelona der Weltnaturschutzkongress statt. Die Generalversammlung der International Union for Conservation of Nature (IUCN) war mit Sicherheit die größte Naturschutzkonferenz aller Zeiten. Man fragte sicher eher: „Welches Land ist denn hier nicht vertreten?“ als „Wer ist denn alles da?“.

Dabei hatten die Veranstalter alles unternommen, um den ökologischen Fußabdruck des Kongresses möglichst kleinzuhalten. Dazu gehörte eine Klimaabgabe zur CO₂-Kompensation ebenso wie die weitestgehende Vermeidung von Papier: Ein „paper free congress“ sollte es sein. Mit einer Segelbootparade „Sailing to Barcelona“, an der zahlreiche private Segelboote sowie auch Segelschulschiffe aus Italien und Montenegro teilnahmen, sollte ein malerisches Zeichen für die Windkraft gesetzt werden.

Der Weltnaturschutzkongress bestand wie schon vor vier Jahren in Bangkok aus zwei klar getrennten Teilen. Bis zum 9. Oktober fand der für alle Interessierten offene Teil, das sogenannte Forum, statt. Bei der inhaltlichen Breite der mehr als 1.000 Seminare, Workshops, Rundtischgespräche und Postersitzungen wurde wohl kein Fachthema ausgelassen, das in der aktuellen Naturschutz- und Entwicklungsdiskussion eine Rolle spielt.

Dem Forum schloss sich am 10. Oktober die Generalversammlung der IUCN-Mitglieder an, die am 14. Oktober endete. Neben rund 180 Resolutionen, die die Mitglieder eingebracht hatten und deren Verhandlung wie üblich den zeitlich breitesten Raum einnahm, waren die herausragenden Ereignisse sicher die Diskussion und Verabschiedung des Vierjahresprogramms für 2009 bis 2012 mit dem Motto „Shaping a sustainable future“ sowie die Neuwahlen der Mitglieder des Council, des Schatzmeisters und des Präsidenten sowie der Vorsitzenden der Kommissionen.

Besonders bemerkenswert ist an dem neuen Programm, dass die IUCN, die auf dem Kongress auch ihren 60. Geburtstag feierte, zwar weiterhin ihre traditionellen Schwerpunktthemen Schutzgebiete und biologische Vielfalt in den Mittelpunkt stellt, sich aber ab sofort noch sehr viel intensiver als bisher

mit den für sie relativ neuen Schwerpunkten Klima und Energie befassen wird.

Weitestgehende Einigkeit bestand darüber, dass die gerade stattfindende Finanzkrise nicht die erste in den letzten hundert Jahren und vergleichsweise leicht zu beheben ist, während die Biodiversitätskrise schon sehr viel mehr irreversible oder irreparable Schäden hinterlassen hat und noch größere anzurichten droht. In diesem Zusammenhang wies Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus in seiner beeindruckenden Rede darauf hin, dass unsere Finanzsysteme eben nicht darauf angelegt sind, möglichst vielen Menschen ein vernünftiges Auskommen zu ermöglichen, sondern vor allem die Gewinne von Einzelnen zu maximieren. Das von Yunus entwickelte Mikrokreditsystem, das in Bangladesch seit über 30 Jahren sehr erfolgreich ist, zeigt, dass es auch anders geht.

Aus den Präsidentschaftswahlen ging der Inder Ashok Khosla als eindeutiger Sieger hervor. Für Westeuropa gibt es im Council, dem höchsten IUCN-Gremium zwischen den Generalversammlungen, eine große Veränderung: Alle drei westeuropäischen Councillors konnten nach acht Jahren Amtszeit nicht mehr wiedergewählt werden, sodass nun drei neue einziehen. Alle Resolutionen, Wahlergebnisse und Berichte zu den Forumsveranstaltungen sind im Internet dokumentiert.

Über den Ort des nächsten Weltnaturschutzkongresses in vier Jahren entscheidet der neue Council. Zur Debatte stehen unter anderem Mexiko, Südkorea, China und Südafrika, wobei Mexiko intern besonders große Chancen eingeräumt werden.

[Bericht aus Barcelona: Manfred Niekisch]

Prof. Dr. Manfred Niekisch ist Vizepräsident des Deutschen Naturschutzrings. Er beendete auf diesem Kongress seine zweite Amtszeit als Regional Councillor der IUCN.

Kontakt: Tel. +49 (0)69 / 212-33727,
E-Mail: manfred.niekisch@stadt-frankfurt.de

Kongressdokumente:
www.iucn.org/resources/documents

umwelt & bildung



Alles unter einem Hut!

Überall Bildung?

Was auf den ersten Blick irritiert und den zweiten interessiert, lässt sich oft über originelle Zusammenhänge aufklären. Das ist unsere Stärke. Denn Umweltbildung entwickelt sich weiter – zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung.

umwelt & bildung: Lesen für eine lebenswerte Zukunft! 4 x im Jahr.

Einzelheft: EUR 5,-, Jahresabo: [Ö] EUR 14,-/[D, CH] EUR 19,-, (inkl. Versand)

JETZT BESTELLEN: Gratis Probeheft oder gleich ein Abo!

Bei:
FORUM Umweltbildung,
Alserstraße 21, 1080 Wien
Tel.: 0043/1/402 47 01,
Fax: 0043/1/402 47 01-51,
E-Mail: forum@umweltbildung.at
Oder über das Internet:
www.umweltbildung.at



Höhlenschutz

EU soll ihre Höhlen schützen

■ Der Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher (VdHK) hat zusammen mit den europäischen Späleologenverbänden, dem weltweiten Verband sowie mithilfe von Europaabgeordneten eine Deklaration für den Höhlenschutz im Europäischen Parlament vorbereitet. Finden sich genügend ParlamentarierInnen, um die Deklaration WD66 zu unterstützen, so kann das Europäische Parlament die EU-Kommission auffordern, auch Karstgebiete und Höhlen als Naturstätten und kulturelle Stätten wirksam zu schützen. Bisher gibt es keine europäischen Gesetze oder Richtlinien zum Schutz von Höhlen und Höhleninhalten. Damit genügend Abgeordnete die Deklaration unterstützen, bat der VdHK um Mitwirkung, um die EU-ParlamentarierInnen zu überzeugen. [bv]

- ▶ Deklaration: www.cavedeclaration.eu
- ▶ VdHK, Geschäftsführerin Bärbel Vogel, Ramsau, Tel. +49 (0)8657 / 983787, www.vdhk.de

STADT & REGION

EU-Stadtpolitik

Lebensqualität im Vergleich

■ Im September hat das Europäische Amt für Statistik eine neue Erhebung zur Lebensqualität in europäischen Städten („Urban Audit“) veröffentlicht. Die Studie erhebt und vergleicht Daten von der Wohnsituation bis zu Klima und Abfallverwertung. Die neuen Daten und Statistiken beinhalten mehr als 300 Indikatoren, die die Lebensbedingungen in europäischen Städten beeinflussen.

Die EU-Kommission teilte dazu mit, dass 74 Prozent der Bevölkerung in Städten mit mehr als 5.000 Einwohnern leben und nur etwa ein Viertel in ländlichen Gebieten. Die Attraktivität von Städten und Regionen hänge von der gegebenen Lebensqualität ab. Auch im Umweltbe-

reich ergaben sich deutliche Unterschiede zwischen den Städten. Manche Städte wie Dresden oder Frankfurt am Main recyceln beispielsweise nahezu 80 Prozent ihres Abfalls, während Brüssel über 90 Prozent seiner Abfälle verbrennt und rund ein Drittel der Städte offene Mülldeponien für über 80 Prozent ihres Abfalls nutzt. Um hier die Situation zu verbessern, will die EU-Kommission Entsorgungs- und Recyclingprojekte unterstützen.

Weiteres Ergebnis erster Analysen der Daten ist, dass die Unterschiede etwa bei der Arbeitslosenquote zwischen einzelnen Bezirken einer Stadt oft viel größer sind als im Vergleich zwischen Städten. Die EU-Kommission erklärte dazu, sie wolle die Ghettoerbildung vermindern. Die erhobenen Daten sollten die Prioritätensetzung in der EU-Kohäsionspolitik beeinflussen, die dem Ausgleich zwischen reichen und ärmeren europäischen Regionen dient.

Eine detaillierte Analyse der Daten ist noch in Arbeit. Für Ende September 2009 wurde ein ausführlicher Bericht zum Zustand europäischer Städte angekündigt. [aka]

- ▶ www.urbandaudit.org

TIERSCHUTZ & ETHIK

Zirkustiere

Auch Zirkusse sollen Regeln für Tiertransporte einhalten

■ Die nationale Tiertransportverordnung soll auch Grundsätze für den Schutz von Zirkustieren festschreiben. Einen entsprechenden Appell richtete im Oktober der Deutsche Tierschutzbund an den Bundeslandwirtschaftsminister. In dem Ministerium wird das Gesetz derzeit überarbeitet.

Die EU-Kommission habe Zirkusbetrieben schriftlich bestätigt, dass die europäische Tiertransportverordnung auf sie nicht anwendbar sei, bemängelte der Tierschutzbund. Zirkusbetriebe, zu deren

täglichem Geschäft der Transport ihrer Tiere gehöre, könnten sich damit Kontrollen durch Amtstierärzte entziehen, solange nationale Regelungen diese nicht vorschrieben.

Seit dem Frühjahr gilt in Deutschland die Zirkusregisterverordnung, die eine bessere Kontrolle der Zirkusunternehmen über die Erfassung der Unternehmens- und Tierdaten ermöglichen soll. Sie sieht allerdings keine Verbote für die Haltung bestimmter Tierarten vor. Der Deutsche Tierschutzbund fordert deshalb eine Überarbeitung der Leitlinien. Tierarten wie Bären, Affen und Elefanten stellen zu hohe Ansprüche in der Haltung und Pflege, die in mobilen Betrieben oder Tierschauen nicht erfüllt werden könnten. Andere EU-Länder wie Österreich, Ungarn und Finnland haben bereits das Mitführen sämtlicher Wildtierarten in Zirkussen untersagt. [mb]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Nachhaltigkeitsstudie

Zukunftsfähig, Deutschland?

■ Der BUND, die evangelische Hilfsorganisationen Brot für die Welt und der Evangelische Entwicklungsdienst haben im Oktober eine Studie mit dem Titel „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ vorgestellt. Die vom Wuppertal Institut unter Leitung von Wolfgang Sachs erarbeitete Bestandsaufnahme der globalen Umweltpolitik bietet auch Lösungsmöglichkeiten für einen Umbau unserer Zivilisation an. Sie soll auch bilanzieren, inwieweit die oft betonte Vorreiterrolle Deutschlands in Ökologiefragen zwölf Jahre nach der ersten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ mit Zieldefinitionen für eine nachhaltige Entwicklung tatsächlich der Realität entspricht. Ein grundsätzliches Ergebnis der Studie: Deutschland ist nicht zukunftsfähig, wenn

es weiter am Wachstumsglauben festhält und zulässt, dass Wirtschaftsfragen den Umweltschutz aushebeln. Es müsse dringend Impulse von unten geben, gleichzeitig müsse die Politik einen Wandel einleiten. In vielen Bereichen liefen Verbesserungen nur schleppend, etwa bei der Umstellung auf Ökolandbau und naturnahe Landwirtschaft. Energie- und Materialverbrauch, Flächennutzung und Schadstoffausstoß seien weiterhin zu hoch.

Die Studie soll in der Umweltbewegung diskutiert werden, wünschen sich die Auftraggeber. Sie ist im Buchhandel erhältlich. [jg]

- BUND (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Fischer, Frankfurt/M. 2008, 480 S., 14,95 €, ISBN 978-3-5961-7892-6
- www.zukunftsfahiges-deutschland.de

EU-Gipfel 15. und 16. Oktober

Klima-Zeitplan unter Druck

■ Trotz der Androhung von Polen und Italien, beim Treffen des EU-Ministerrats Mitte Oktober ein Veto einzulegen, will die französische Präsidentschaft an den Zielen und dem Zeitplan der EU-Klimaschutzpolitik festhalten. Wie geplant sollen im Dezember beim nächsten Treffen der EU-Regierungschefs Entscheidungen über die vier Gesetzesvorschläge der EU-Kommission im Bereich Energie- und Klimapolitik fallen.

Polen drohte mit einem Veto, da in dem von Kohlestrom abhängigen Land große Ängste vor Verteuerung des eigenen Stroms und vor der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen bestehen. Italien schloss sich an – die EU solle abwarten, wie andere globale Player sich zu verpflichtenden Zielen stellen. Auch die baltischen Staaten, Ungarn, die Slowakei und Bulgarien wünschten Änderungen am EU-Energie- und -Klimapaket. Dies führte dazu, dass das Thema Klimaschutz nur als Unterpunkt Erwähnung in den Schlussfolgerungen des Rates – dem Abschlussdokument – fand. Während Bundesumweltminister Sigmar Gabriel davor warnte, die

Finanzkrise als Ausrede zu missbrauchen, um auf wichtige Zukunftsentscheidungen im Klimaschutz zu verzichten, nutzte sein Amtskollege Michael Glos vom Wirtschaftsressort die Situation, um die „überzogenen“ CO₂-Grenzwerte für Pkw zu kritisieren. Angesichts der wirtschaftlichen Lage dürfe die deutsche Automobilindustrie nicht „überfordert“ werden. Eine Versteigerung von Emissionszertifikaten lehnte Glos ab.

Einstimmig beschlossen die 27 Staatschefs einen gemeinsamen Rettungsplan für die Banken. Ein neu eingerichteter Krisenstab soll zukünftig möglichst schnell auf Finanzkrisen reagieren können. Laut dem Plan können alle EU-Mitgliedstaaten milliardenschwere Garantien übernehmen, außerdem soll die Teilverstaatlichung von Banken möglich sein. Der EU-Ministerrat folgte damit im Großen und Ganzen den von den 15 Ländern der Eurozone in Paris beschlossenen gemeinsamen Grundsätzen zur Stabilisierung der Finanzwirtschaft.

Die EU-Regierungschefs einigten sich außerdem auf ein gemeinsames Vorgehen in Einwanderungs- und Asylfragen. So sollen in Zukunft Flüchtlinge von einem EU-Land an ein anderes übergeben werden können. Außerdem soll 2009 ein EU-Büro eingerichtet werden, das die Behörden der Mitgliedstaaten bei Asylentscheidungen unterstützen soll. Flüchtlingsverbände äußerten scharfe Kritik an dem Vorschlag, bei dem es nur um Sicherheitspolitik, nicht aber um Menschenrechte gehe.

Die Debatten über den EU-Vertrag, der durch das ablehnende Referendum in Irland seit Sommer auf Eis liegt, sollen erst im Dezember weitergeführt werden. Als neues Gremium wurde eine „Reflexionsgruppe“ eingerichtet, die bis 2010 Vorschläge für die Zukunft der EU vorlegen soll. Zwölf Personen wurden dafür ernannt, darunter Wolfgang Schuster (CDU), Oberbürgermeister von Stuttgart. Der ehemalige spanische Regierungschef Felipe González soll die Gruppe leiten. [jg]

- Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes: www.kurzlink.de/concl-14368-08
- Live-Übertragung der Pressekonferenzen des EU-Ministerrats: <http://ceuweb.belbone.be>

EU-Kommission

Briten lösen Kommissar ab

■ Überraschend ist EU-Handelskommissar Peter Mandelson Anfang Oktober nach London zurückgerufen worden, um dort die Regierung unter Gordon Brown zu unterstützen. Ihm nachfolgen soll „sobald wie möglich“ Catherine Margaret Ashton, zurzeit Spitzenrepräsentantin der Regierung im britischen Oberhaus. Wie im EU-Vertrag vorgeschrieben, muss sich die Baroness Ashton of Upholland aber noch vor dem EU-Parlament Fragen stellen.

Einen „Klimakommissar“ soll es bei der Neubesetzung der EU-Kommission im nächsten Jahr nun doch nicht geben. Nach dem Vorschlag, das Querschnittsthema neu zusammenzufassen (umwelt aktuell 10.08, S. 12), hätten die betroffenen Generaldirektionen Machtverlust befürchtet und vehement Widerstand geleistet, berichtete die Zeitung European Voice. [jg]

- www.europa.eu/rapid (Search – Reference IP/08/1459)

Umwelt und Wirtschaft

Nichtstun wird immer teurer

■ Eine neue Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat die Kosten hochgerechnet, die entstehen, wenn in den entscheidenden Schlüsselbereichen nichts für den Umweltschutz getan wird. Der Preis der Untätigkeit in den Bereichen Klimaveränderungen, Luft- und Wasserverschmutzung, im Umgang mit Naturreserven, Naturkatastrophen und Umweltgefahren sei hoch. In manchen Fällen könne das Nichtstun die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes erheblich beeinträchtigen. Der Bericht „Costs of Inaction on Key Environmental Challenges“ soll dabei helfen, Bereiche zu ermitteln, in denen politische Maßnahmen erforderlich sind. [jg]

- OECD Centre Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2888353, www.oecd.org/de/environmentalchallenges

Öffentliche Beschaffung

Grün soll 50 Prozent erreichen

■ Der EU-Ministerrat für Wettbewerb hat Ende September beschlossen, dass bis 2010 die Hälfte aller öffentlichen Vergabeverfahren in der Europäischen Union auf Umweltkriterien basieren soll. Die Minister stützen damit den von der EU-Kommission vorgelegten Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion. Begrüßt wurden auch die Kommissionsvorschläge für Umweltkriterien auf freiwilliger Basis in den Bereichen Bauwesen, Nahrungsmittel und Catering, Verkehr, Energie, Büroeinrichtung, Textilien, Druck und Papier, Möbel, Reinigung sowie Ausrüstung im Gesundheitsbereich. [jg]

- www.consilium.eu/de (Rat – Ratsformationen – Wettbewerbsfähigkeit)

EU-Umweltrecht

Für schärfere Inspektionen in den EU-Ländern

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments (ENVI) hat einen rechtlich nicht bindenden Initiativbericht verabschiedet, in dem mehr Rechte für Umweltinspektionen gefordert werden. Umweltinspektionen in den Mitgliedsstaaten sollen dazu dienen zu prüfen, ob EU-Umweltvorschriften auch tatsächlich eingehalten werden. Nach Meinung des ENVI fehlen auch rechtlich verbindliche Minimal Kriterien für Umweltinspektionen, damit die Ergebnisse vergleichbar sind. Die EU-Kommission soll den Vorschlag analysieren und sich am Ende des nächsten Jahres dazu äußern.

Umweltverbände beklagen seit Jahren, dass die vorhandenen Gesetze in den einzelnen Ländern gar nicht oder nur ungenügend umgesetzt werden. Schärfere Kontrollen könnten den Druck auf die Regierungen erhöhen. [jg]

- www.europarl.europa.eu/comparl/envi/default_en.htm

VERKEHR & TOURISMUS

Lkw-Maut

Laster werden 2009 teurer

■ Die deutschen Bundesländer haben den Weg geebnet, damit die Lkw-Maut ab Januar 2009 erhöht werden kann. Bei der Verkehrsministerkonferenz im Oktober im anhaltischen Dessau einigten sich die Minister mit dem Bund auf Übergangsregelungen. Damit sollen vor allem mittelständische Spediteure entlastet werden und mehr Zeit für die Umstellung auf schadstoffarme Modelle bekommen. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee versprach im Gegenzug, die Mittel zum Ausbau und Erhalt der Straßeninfrastruktur mindestens auf dem jetzigen Stand von 6,6 Milliarden Euro jährlich fortzuschreiben.

Damit konnte eine Gebührenerhöhung verhindert werden. Im September hatten zahlreiche Länder angekündigt, die höhere Maut zu kippen, wenn die Einnahmen nicht nach ihrem Willen eingesetzt werden (umwelt aktuell 10.08, S. 26).

Der Kompromiss sieht vor, dass Lastwagen der Schadstoffklasse Euro 3 vorübergehend weniger an der Mautanhebung beteiligt werden als geplant. Bis Ende 2010 werden diesen Lastern zwei Cent pro gefahrenem Autobahnkilometer erlassen. Das soll den Fuhrunternehmern ermöglichen, die erst vor wenigen Jahren angeschafften Euro-3-Lastwagen abzuschreiben, bevor sie dann für die volle Mautsteigerung zur Kasse gebeten werden. Zum Ausgleich steigt die Maut für alle anderen Schadstoffklassen zusätzlich um 0,1 Cent pro Kilometer. Der Bundesrat muss der Neuregelung im November zustimmen.

Die Allianz pro Schiene lobte die Einigung. Das sei ein wichtiger Schritt zu mehr Wegekostengerechtigkeit im Verkehr, sagte Geschäftsführer Dirk Flege. [mbu]

- Bundesverkehrsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2008-2040, www.bmvbs.bund.de
- Allianz pro Schiene, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, www.allianz-pro-schiene.de

„Das Fahrrad muss raus aus der Sonntagsgarage und zum Verkehrsmittel des Alltags werden“

Das Fahrrad hat das Zeug zum Verkehrsmittel der Zukunft. Null Treibhausgase und weniger Staus durch das Velo können die Städte grüner machen. Würde der Nationale Radverkehrsplan aus dem Jahr 2002 umgesetzt, könnten viel mehr Fahrräder über Deutschlands Straßen rollen. Um dies voranzubringen, fordert die SPD-Bundestagsabgeordnete und Vizevorsitzende des ADFC Heidi Wright Geld aus dem Emissionshandel für den Radverkehr.

Umwelt aktuell: Was muss passieren, damit die Vision von der Fahrradnation Deutschland Wirklichkeit wird?

Heidi Wright: In den Anfangsjahren des Nationalen Radverkehrsplans für 2002 bis 2012 waren wir sicherlich zu säumig. Es ist nicht viel passiert. Wir, die wir uns für den Radverkehr einsetzen, haben viel Papier bewegt, die Erkenntnisse zusammengeschrieben – aber das hat niemanden wirklich aufs Fahrrad getrieben. Das Rad war etwas für den Tourismus, für den Sport. Aber wir wollen mit dem Nationalen Radverkehrsplan das Fahrrad als Instrument der Alltagsmobilität etablieren, insbesondere in den Städten.

Wie wollen Sie das erreichen in einem Land, in dem der Anteil des Alltagsradverkehrs im Schnitt nur neun Prozent beträgt?

Die Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans hat jetzt eine besondere Dynamik bekommen. Er wird vonseiten der Politik viel offensiver gefahren, sowohl auf Bundesebene als auch in den Ländern. Mit dem Plan können wir Druck ausüben auf das Ministerium und dieser Druck fruchtet jetzt. Vor allem die Städte, die Gemeinden nehmen den Radverkehr im touristischen Sektor sehr offensiv wahr. Und die Verkehrspolitik hat die Bedeutung des Fahrrads als Verkehrsmittel erkannt, weil in den Städten ohne Radverkehr wirklich nichts mehr geht. Das können wir hier in Berlin jeden Tag feststellen. Aber wenn ich die Situation mit Holland oder Skandinavien vergleiche oder auch mit Münster oder Freiburg, wo der Anteil des Fahrrads im Straßenverkehr bei 27 Prozent liegt, merke ich: Auch in Deutschland geht sehr viel mehr als derzeit zum Beispiel in Berlin. Das heißt, die Potenziale des Fahrrads sind noch nicht annähernd ausgereizt.

Vergangenes Jahr wurde der „Zweite Fahrradbericht der Bundesregierung“ veröffentlicht – eine Zwischenbilanz des Nationalen Radverkehrsplans. Ist die Bilanz aus Ihrer Sicht immer noch eine Mängelliste?

Das Bundesverkehrsministerium leistet einen großen Beitrag für die Radverkehrsförderung. Seit Langem

stellt es jedes Jahr fast 100 Millionen Euro zur Verfügung, der Großteil davon ist für die Schaffung von Radwegen an Bundesstraßen und Bundeswasserstraßen vorgesehen. Drei Millionen fließen in die Öffentlichkeitsarbeit und in Projekte. Aber auch die Länder und Gemeinden sind in der Pflicht. Sie sind die Partner, die für die Umsetzung des Radverkehrsplans verantwortlich sind. Hier muss der integrierte Verkehr vorangebracht werden, also die Verknüpfung von öffentlichem Nahverkehr mit dem Fahrrad. Da geht es zum Beispiel um die Mitnahme von Rädern in Zügen oder um Fahrradstellplätze in den Innenstädten.

Sie haben die Zahl genannt: 100 Millionen steckt das Bundesverkehrsministerium pro Jahr in den Radverkehr. Das sind 0,5 Prozent seines 20-Milliarden-Etats. Wie viel halten Sie für nötig?

Wir fordern, dass künftig Gelder aus dem Emissionshandel in die Förderung des Radverkehrs gesteckt werden.

Von diesem Kuchen wollen viele etwas abhaben, die Begehrlichkeiten sind groß...

Hier werden wir massiv Druck machen. Der Bundesverkehrsminister hat sich neulich in einem Interview für eine stärkere Bedeutung von Radfahrern im Straßenverkehr ausgesprochen. Zusätzliche Mittel aus dem Emissionshandel wollen wir dann beispielsweise für die Entwicklung von Fahrradverleihsystemen verwenden, die weniger kompliziert sind als das der Deutschen Bahn.

Etwa ein Fünftel der klimaschädlichen Treibhausgase verursacht der Straßenverkehr. Das Fahrrad erzeugt null Emissionen. Wie hoch müsste der Anteil von Rädern an städtischen Verkehrsmitteln sein, damit es einen positiven Klimaeffekt gibt?

Es ist bekannt, dass 40 Prozent der täglichen Wege in großen Städten weniger als fünf Kilometer lang sind. Gleichzeitig ist die Hälfte aller Pkw-Fahrten kürzer als sechs Kilometer. Hier ist das Fahrrad eindeutig im Vorteil. Unser Ziel ist, dass in Ballungsräumen diese Distanzen mit dem Rad gefahren werden. In Deutsch-

land gibt es einen Bestand von mehr als 70 Millionen Fahrrädern, die Händler melden steigende Umsätze. Hier liegt also ein riesiges Potenzial. Wenn nur 30 Prozent aller Autofahrten bis sechs Kilometer mit dem Rad zurückgelegt würden, könnten 7,5 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr eingespart werden. Ökoverhalten ist hier erste Bürgerpflicht. (Zum Vergleich: Die Bundesregierung will 30 Millionen Tonnen CO₂ bis zum Jahr 2020 einsparen, die Red.)

Wie können der Status und die Sicherheit von RadfahrerInnen gestärkt werden?

Ich denke an das Shared-Space-Konzept, das auf gegenseitiger Rücksichtnahme beruht. Radfahrer sollen in die Mitte des Verkehrsgeschehens, auch in die Mitte der Fahrbahn, sie müssen als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer anerkannt werden. Die Mobilitätsziehung, die schon bei Kindern anfängt, muss ein Leben lang erfolgen.

Was ist erforderlich, damit Radfahren im Trend bleibt?

Das Rad muss aus der Sonntagsgarage raus, es muss zum Verkehrsmittel des Alltags werden. Eine wichtige Aufgabe ist es, die Bewusstseinsbildung bei den Planern und Politikern zu fördern. Das leistet zum Beispiel die Fahrradakademie unter Federführung des Deutschen Instituts für Urbanistik. Die Akademie, von der Bundesregierung finanziert, organisiert Beratung und ermöglicht den Erfahrungsaustausch unter den Akteuren der Radverkehrspolitik.

[Interview: Marion Busch]

Die Bundestagsabgeordnete Heidi Wright ist Berichterstatterin für Radverkehr der SPD-Fraktion und Vizepräsidentin des Fahrrad-Clubs ADFC.

Kontakt: Tel. +49
(0)30 / 227-71127,
E-Mail: heidi.wright@
bundestag.de,
www.heidiwright.de



Anzeige

Verkehrssicherheit**Deutsche Hauptstadt hat die wenigsten Verkehrstoten**

■ Die Berlinerinnen und Berliner bewegen sich auf den sichersten Straßen europäischer Hauptstädte. Das ergab eine Untersuchung des Europäischen Verkehrssicherheitsrates (ETSC), die im Oktober veröffentlicht wurde. Die Statistiker verglichen die Anzahl der Verkehrstoten je 100.000 Einwohner in allen großen Hauptstädten der EU.

Demnach starben auf Berlins Straßen 1,6 Menschen pro 100.000 Einwohner, in Paris lag die Quote bei 1,7 und in Helsinki bei 1,9. Im Durchschnitt kamen die Hauptstädte auf einen Wert von 3,95.

Am gefährlichsten waren laut der Liste des ETSC die Straßen der slowenischen Hauptstadt Ljubljana, wo im vergangenen Jahr 13 Menschen pro 100.000 Einwohner tödlich verunglückten. Schlecht schnitten auch das lettische Riga (9,7), das slowakische Bratislava (6,6) und Polens Hauptstadt Warschau (6,5) ab. Die meisten Unfallopfer, 43 Prozent von allen, waren Fußgänger.

In Irlands Hauptstadt Dublin gelang es, seit 1997 die Zahl der Verkehrstoten pro Jahr um mehr als zwölf Prozent zu senken. So starben dort vor elf Jahren noch elf Menschen pro 100.000 Einwohner, 2007 waren es noch 2,2. Der Grund für den deutlichen Rückgang der Verkehrstoten: Unter anderem habe Dublin Tempo-30-Zonen eingerichtet und den Lkw-Verkehr stark zurückgeschraubt, sagte der dortige Verkehrssicherheitsbeauftragte Michael Byrne. Außerdem gebe es eine Reihe von Verbesserungen für Fußgänger wie sichere Wege quer durch die Innenstadt.

Bis 2010 will die EU die Zahl der Verkehrstoten im Vergleich zu 2001 halbieren. Dafür müssten laut ETSC aber viel mehr Städte dem Beispiel Dublins folgen, wo jahrelang kontinuierlich gezielte Maßnahmen gegen Unfallgefahren umgesetzt würden. [mbu]

► ETSC, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 330-4106, Fax -4215, www.etsc.be

Bahnprivatisierung**Die Börse muss warten**

■ Der für Ende Oktober geplante Börsengang der Deutschen Bahn ist wegen der weltweiten Finanzkrise verschoben worden. Um einen „fairen Preis“ zu gewährleisten, will die Bahntochter DB Mobility Logistics erst „bei einem besseren Marktumfeld“ an die Börse gehen. Die Bahn will nach eigenen Angaben aber mit potenziellen Investoren weiter verhandeln. Ein genauer Zeitpunkt für einen neuen Vorstoß wurde nicht genannt. Das Bündnis Bahn für Alle begrüßte die Verschiebung als Möglichkeit, den Börsengang grundsätzlich zu überdenken. Nicht nur die zuletzt geschätzten drei bis fünf Milliarden Euro, auch die ursprünglich genannten acht Milliarden für die Bahn-Anteile seien eine „Verschleuderung öffentlichen Eigentums“. 78 Prozent der BundesbürgerInnen wollten eine Bahn in öffentlicher Hand, zitierte das Bahn-Bündnis eine Emnid-Umfrage vom Oktober. [mbu, mb]

- Deutsche Bahn AG, Berlin, www.db.de
- Bahn für Alle, Frankfurt, www.bahn-fuer-alle.de

Verkehrsordnung**Kein EU-weites „Knöllchen“**

■ Die EU-Verkehrsminister konnten sich im Oktober nicht darauf einigen, die Verfolgung grenzüberschreitender Verkehrsdelikte zu regeln. Damit werden Verstöße im EU-Ausland weiter nicht geahndet. Viele Mitgliedstaaten lehnen eine EU-weite Regelung ab. Unter anderem Deutschland, Dänemark, Großbritannien, Polen und Tschechien begründeten ihre Haltung mit rechtlichen Problemen. Sie fordern einen Beschluss der Justizminister, der eine andere rechtliche Wirkung hätte. Im Dezember steht das Thema wieder auf der Tagesordnung des Ministerrats. EU-Verkehrskommissar Antoni Tajani fordert bis dahin „ein konkretes Ergebnis“. [mbu]

► EU-Kommission, Verkehr, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2981500, Fax 2999, www.ec.europa.eu/transport

WASSER & MEERE

Meeresschutz**Nationale Meeresstrategie**

■ Das Bundeskabinett hat Anfang Oktober eine Nationale Strategie für die nachhaltige Nutzung und den Schutz der Meere verabschiedet. Mit der Meeresstrategie will Deutschland einen besseren Ausgleich von Nutzungs- und Schutzinteressen erreichen und der vorhandenen Zersplitterung von Verantwortungen und Kompetenzen entgegenwirken. Die geschädigte Natur in Nord- und Ostsee soll bis 2020 saniert, Richtlinien für den Ausgleich von Wirtschafts- und Umweltinteressen sollen festgelegt werden. Mit der Strategie setzt Deutschland die EU-Vorgaben zum Meeresschutz um. Das Papier aus dem Umweltministerium geht nach Angaben des WWF sogar über die Brüsseler Vorlage hinaus, da die Ziele verbindlicher und der Ansatz umfassender seien. Der WWF lobte unter anderem die klare Festlegung, bis 2020 einen „guten Umweltzustand“ in Nord- und Ostsee zu erreichen.

Auch andere Naturschutzverbände begrüßten die Meeresstrategie als dringend notwendiges Zeichen gegen den fortschreitenden Raubbau der Meere. Der Naturschutzbund (NABU) kritisierte jedoch das Fehlen von konkreten Zeitvorgaben für die Umsetzung und von notwendigen Sofortmaßnahmen, die bedrohten Lebensräumen und Arten bereits jetzt zugutekämen. Aussagen zu Rüstungsaltslasten im Meer suche man ebenfalls vergeblich. Der Absichtserklärung müssten nun konkrete Schritte folgen. Die Verbände fordern ein Verbot der Sand- und Kiesgewinnung sowie der Fischerei in Schutzgebieten wie dem Sylter Außenriff. Nur so könnten sich die Fischbestände und die Natur erholen. [bv]

- WWF, Stephan Lutter, Tel. +49 (0)40 / 530200122, E-Mail: lutter@wwf.de, www.wwf.de
- NABU, Magnus Herrmann, Tel. +49 (0)30 / 284984618, E-Mail: magnus.herrmann@nabu.de, www.nabu.de/m06/m06_01/08472.html

Versauerung**Saure Meere sind auch lauter**

■ Laut einer in den Geophysical Research Letters veröffentlichten Studie des Monterey Bay Aquarium in Kalifornien führt die Versauerung der Meere zusätzlich zu einer stärkeren Lärmbelastung. Wie die Forscher herausfanden, verschieben sich mit dem pH-Wert auch die chemischen Gleichgewichte von Verbindungen, die die Schallabsorption des Meerwassers beeinflussen. Mit sinkendem pH-Wert nimmt die Reichweite von Geräuschen zu. Eine Reduzierung des pH-Werts um 0,3, wie sie der Weltklimarat IPCC für das Jahr 2100 prognostiziert, würde die Schallabsorption um 40 bis 50 Prozent verringern. Die Reichweite von Geräuschen würde sich dadurch um etwa 70 Prozent vergrößern und der effektive Lärmpegel im Meer entsprechend steigen. Vor allem Meeressäuger reagieren empfindlich auf Lärm. [bv]

► www.agu.org/journals/gl

Nachhaltigkeitszertifikate**MSC für deutsche Fischer**

■ Als erster deutscher Fischfangbetrieb hat die Cuxhavener Kutterfisch-Zentrale Anfang Oktober das Umweltsiegel der Organisation Marine Stewardship Council (MSC) erhalten. Das Siegel soll den Verbrauchern signalisieren, dass das Unternehmen die Fischbestände und die Meeresumwelt schont. Die Cuxhavener Genossenschaft erhielt das Siegel, weil sie ausschließlich mit großmaschigen Netzen arbeitet, nur 0,1 Prozent des Beifangs über Bord wirft und für den Seelachsfang vergleichsweise bodenschonende, leichte Grundschleppnetze aus Kunststoff nutzt. Dennoch rät Greenpeace in seinem neuesten Einkaufsführer, auf den Verzehr von Seelachs grundsätzlich zu verzichten, da auch mit leichten Bodenschleppnetzen der Meeresboden zerstört werde. [bv]

► www.msc.org

► www.greenpeace.de/fischerei

Überfischung**Fischfang ohne Fische unwirtschaftlich**

■ Nach einer Anfang Oktober von der Weltbank und der UN-Welternährungsorganisation FAO auf dem World Conservation Congress in Barcelona vorgestellten Studie gehen der globalen Fischerei wegen schwindender Fischbestände jährlich mindestens 50 Milliarden US-Dollar (37 Milliarden Euro) verloren. Der WWF schätzt den gesamtwirtschaftlichen Schaden rund um den Globus sogar noch höher ein, denn die Kosten für die Zerstörung von Korallenriffen durch Schleppnetzfisherei, Beifänge oder illegale Fischerei seien bei der Studie nicht eingerechnet.

Die Erträge sind in den vergangenen Jahren massiv zurückgegangen, da fast ein Drittel der weltweiten Fischgründe schwer angeschlagen ist. Sollte die Fischerei in den kommenden Jahren mit der gleichen Intensität weitergehen, sind die Meere in 50 Jahren leer gefischt. [bv]

► Weltbank-FAO-Report „The Sunken Billions“:
www.kurzlink.de/sunken-billions

Meeres-Raumordnung**Schutz von Nord- und Ostsee soll weiter warten**

■ Der Plan zur Raumordnung in Nord- und Ostsee, den das Bundesamt für Seeschifffahrt (BSH) Ende September vorgelegt hat, ist vom WWF als unzureichend kritisiert worden. Statt zwischen Naturschutz- und Wirtschaftsinteressen zu vermitteln und wirtschaftliche Eingriffe und Umweltschutz besser zu koordinieren, räume die Behörde der Schifffahrt und anderen Nutzungen absoluten Vorrang ein, so die Kritik der Umweltstiftung. Einziger Pluspunkt sei, dass neue Windparks nur noch in verbindlich ausgewiesenen Eingangsgebieten genehmigt werden sollen.

Mit dem Raumordnungsplan will Deutschland als eines der ersten Länder in

Europa einen Rahmen für die Meeresnutzung jenseits der Zwölf-Seemeilen-Zone, der sogenannten Ausschließlichen Wirtschaftszone, schaffen. Derzeit verlaufen mehrere der vom BSH festgelegten Schifffahrtsrouten mitten durch ein Schutzgebiet. Nach dem vorliegenden Entwurf dürfe die Industrie aber auch weiterhin ungehindert in Schutzgebieten agieren, bemängelte der WWF. Besonders sei zu kritisieren, dass der BSH-Plan dem Sand- und Kiesabbau im Schutzgebiet Sylter Außenriff keinen Riegel vorschleibe. Greenpeace hatte dort im vergangenen Sommer Jahres Steine versenkt, um die Fischerei und den Sand- und Kiesabbau zu verhindern.

Gerade mit Blick auf die Glaubwürdigkeit der Nationalen Meeresstrategie (siehe Beitrag oben) müsse der Raumordnungsplan noch einmal umfassend verändert werden, forderte der WWF. [bv]

► WWF, Uwe Johannsen, Tel. +49 (0)162 / 2914476, www.wwf.de/meere

► www.greenpeace.de/meere

Regionalförderung**EU plant Ostseeraumstrategie**

■ Die Europäische Kommission will eine Strategie für den Ostseeraum entwickeln und plant dafür eine Anhörungsphase mit mehreren Konferenzen. EU-Regionalkommissarin Danuta Hübner und der schwedische Premierminister Fredrik Reinfeldt eröffneten Ende September die erste dieser Konferenzen in Stockholm. Bis Juni 2009 soll die Strategie in Form einer Mitteilung und eines Aktionsplans mit Finanzinstrumenten und Zeitplan vorliegen.

Die Strategie soll vier Hauptziele verfolgen:

- Verbesserung des Zustandes der Umwelt im Ostseeraum,
- Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung,
- Förderung der Infrastruktur (Verkehr und Energie),
- Verbesserung der Sicherheitspolitik.

Des Weiteren sollen die Ostseeanrainer eine „klarere Identität“ entwickeln. Da bis auf

Russland alle Anrainerstaaten inzwischen Mitglied der Europäischen Union sind, ist die Ostsee aus Sicht der EU-Kommission „beinahe zu einem Binnenmeer der EU geworden“. Die Strategie soll aber auch die praktische Zusammenarbeit mit Russland umfassen. Die nächsten Ostseeraumkonferenzen und -diskussionen finden in Gdańsk (Danzig) am 13. November sowie in Kopenhagen (1. und 2. Dezember), Helsinki (9. Dezember) und Rostock (5. und 6. Februar 2009) statt. [jg]

► www.kurzlink.de/ostseeraum-strategie

EU-Fischereipolitik I

Minister geloben Besserung

■ Die für Fischerei zuständigen Minister der EU haben auf ihrer Ratsitzung Ende September in Brüssel angekündigt, die in Europas Gewässern noch vorhandenen Fische besser schützen zu wollen. Der Teufelskreis aus einer zu großen Fischereiflotte und schwindenden Beständen müsse durchbrochen werden, sagte EU-Fischereikommissar Joe Borg. 80 Prozent der europäischen Fischbestände seien überfischt, weltweit sei es durchschnittlich ein Viertel. „Das größte Problem sind die mangelhaften Kontrollen“, mahnte Borg.

Nach dem Zeitplan der Minister sollen die 27 Mitgliedstaaten und das EU-Parlament das Reformpaket 2011 verabschieden. 2012 könnte es dann in Kraft treten. Vorgesehen ist, die Fangquoten für mehrere Jahre festzulegen statt wie bisher jährlich im Dezember. Zudem sollen die Industrie stärker in die Pflicht genommen, der Beifang verringert und modernere, spritsparende Schiffe eingesetzt werden.

Dem französischen Agrarminister Michel Barnier zufolge wollen die Mitgliedstaaten trotz der Reform einige Prinzipien der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) bewahren. Dazu zählten der gleichberechtigte Zugang zu den EU-Gewässern und das System der Sechs- oder Zwölf-Meilen-Zonen für die Küstenfischerei. [mbu]

► www.kurzlink.de/fischereirat-09-2008

EU-Fischereipolitik II

Reform stark reformbedürftig

■ Die EU-Kommission hat im September eine Zwischenbilanz der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) der Europäischen Union gezogen. Trotz etlicher Fortschritte zeichnet demnach „kurzfristiges Denken und verantwortungsloses Handeln“ Teile des Fischereisektors aus. Dies habe zu einem Teufelskreis geführt. Sowohl das ökologische Gleichgewicht der Ozeane als auch die Wirtschaftlichkeit des Fischereisektors seien in Gefahr geraten.

Die Kommission schlägt deshalb vor, die GFP „unverzüglich gründlich zu überprüfen, um eine umfassende Reform des institutionellen Rahmens des europäischen Fischereimanagements vorzubereiten“. Sie will eine Analyse- und Konsultationsphase starten, die die Grundlage für den künftigen Reformprozess bilden soll. Falls der nächste EU-Gipfel im Dezember die Kommission auffordert, die Arbeiten zur Reform der GFP aufzunehmen, will sie Anfang 2009 ein umfassendes Diskussionspapier als Grundlage für weitreichende Konsultationen mit den Mitgliedstaaten und Interessenvertretern vorlegen.

Die Gemeinsame Fischereipolitik besteht seit 1983 und ist seitdem alle zehn Jahre überarbeitet worden. Die jüngste Reform wurde 2002 verabschiedet und soll bis spätestens 2012 überprüft werden. [bv]

► www.kurzlink.de/zwischenbilanz-gfp

Seeverkehrssicherheit

Drittes Seeverkehrspaket

■ Das Europäische Parlament hat Ende September in zweiter Lesung Stellung zum sogenannten dritten Seeverkehrspaket genommen. Das Paket enthält eine Reihe von Richtlinien und Verordnungen, die den Seeverkehr in den EU-Gewässern sicherer machen sollen. Darunter sind Vorschriften zu Flaggenstaatspflichten, Schiffskontrollen in Häfen des EU-Gebiets, Standards zum Schutz von Passagieren und Versicherungspflichten sowie zu zivilrechtlichen

Haftungsfragen. Derzeit blockiert der EU-Ministerrat noch immer zwei Elemente des Seeverkehrspaketes. Das Paket kann aber nur insgesamt angenommen werden, da das Parlament die Herauslösung von Teilen nicht akzeptiert. Das Parlament forderte die Verkehrsminister und die französische EU-Ratspräsidentschaft auf, das gesamte Paket voranzubringen, und so bald wie möglich mit informellen Verhandlungen zu beginnen. [bv]

► www.kurzlink.de/pm-euparl-24-09-2008

Ilisu-Staudamm

Europa dreht Geldhahn zu

■ Deutschland, Österreich und die Schweiz haben der Türkei Mitte Oktober gedroht, die Finanzsicherheiten für den umstrittenen Bau des Ilisu-Staudamms im Südosten des Landes zu streichen. Staatliche Kreditagenturen gewährleisten die Bauvorhaben bislang mit Bürgschaften von etwa 450 Millionen Euro, haben aber Umwelt- und Sozialauflagen zur Bedingung gemacht. Falls die Türkei nun innerhalb von 60 Tagen keine deutlichen Fortschritte bei der Erfüllung der vertraglich vereinbarten Auflagen für den Bau macht, stornieren die Kreditagenturen die Verträge.

Die Umweltverbände NABU, WEED und weitere Organisationen begrüßten den angekündigten Ausstieg der Geberländer aus dem Zwei-Milliarden-Projekt wegen seiner drastischen Auswirkungen auf Mensch und Natur. Der Staudambau am Tigris würde rund 400 Quadratkilometer Flusstal und benachbarte Gebiete zerstören sowie die 12.000 Jahre alte Stadt Hasankeyf überfluten. 60.000 Menschen verlören ihr Zuhause. Zudem drohen Spannungen mit den Nachbarländern Syrien und Irak, weil der Staudamm den Wasserzufluss stark beeinträchtigen würde. Ein Ausstieg durch die Aktivierung einer Vertragsklausel könnte am 6. Dezember vollzogen werden. [kj]

► NABU, Anke Gaude, Tel. +49 (0)30 / 284984-1712, E-Mail: anke.gaude@nabu.de

► www.weed-online.org/ilisu

THEMA

Zehn Jahre DNR-Kurs Zukunftspiloten

1998 startete der Deutsche Naturschutzring sein Nachwuchsförderungsprogramm „Kurs Zukunftspiloten“. Seitdem haben 117 junge Umweltengagierte praxisnah die strategischen, methodischen und persönlichen Kompetenzen trainiert, die für erfolgreiche umweltpolitische Arbeit notwendig sind. Viele von ihnen sind heute an einflussreicher Stelle für den Umweltschutz tätig. Jetzt wird der Kurs erneut ausgeschrieben.

■ Vor zehn Jahren schrieb der Deutsche Naturschutzring (DNR) erstmals das Nachwuchsförderungsprogramm „Kurs Zukunftspiloten“ aus, mit dem junge Engagierte auf ein längerfristiges Engagement in der Umweltbewegung vorbereitet werden sollten. Seitdem wurden 117 „ZukunftspilotInnen“ im Rahmen des Programms ausgebildet. Viele von ihnen arbeiten mittlerweile an einflussreicher Stelle in Umweltverbänden oder anderen Einrichtungen.

Im Oktober feierte der achte Kurs Zukunftspiloten seinen Kursabschluss in Berlin. Bereits im Januar 2009 soll der nächste Jahrgang starten. Organisiert wird der Kurs seit 2005 von der Bewegungsakademie in Kooperation mit dem DNR.

Persönlichkeit, Strategie, Methodik

Viele TeilnehmerInnen am Kurs Zukunftspiloten sind bereits in Projekten oder Verbänden engagiert und haben dabei auch ohne Kurse viel gelernt. Der

Kurs Zukunftspiloten versucht auf diesem Engagement aufzubauen und die TeilnehmerInnen in ihren Kompetenzen zu stärken. Das betrifft vor allem drei Bereiche:

- ▶ **Persönliche Kompetenz:** Viele ZukunftspilotInnen sagen, der Kurs habe sie persönlich weitergebracht und ihnen Selbstvertrauen gegeben. In dem geschützten Lernraum des Kurses ist es möglich Neues auszuprobieren, dabei auch eigene Grenzen zu übertreten und aus Feedback und Reflexion zu lernen.
- ▶ **Strategische Kompetenz:** Ein Schwerpunkt des Kurses ist das strategische Herangehen an Umweltprobleme – zielorientiert, nach einer guten Analyse und unter Berücksichtigung der Ressourcen. Es geht also nicht nur darum, sich zu engagieren, es soll auch etwas verändert werden.
- ▶ **Methodische Kompetenz:** Methoden helfen dabei, strukturiert an Aufgaben heranzugehen und sie zu meistern. Einige davon zu kennen und auch in der

Praxis zu beherrschen – ob bei der Moderation oder im Projektmanagement – ist ein wesentliches Lernziel im Kurs.

Was aus Zukunftspiloten wird

Das Netzwerk der Zukunftspiloten wird immer interessanter, je mehr ZukunftspilotInnen ehrenamtlich oder hauptamtlich in den verschiedensten Organisationen arbeiten – in Landes- und Bundesgeschäftsstellen von DNR, BUND, NABU oder den Grünen, bei der Schutzstation Wattenmeer, beim WWF, bei der GTZ, in ökologischen Forschungsinstituten oder Universitäten. In vielen Fällen hat der Kurs direkt oder indirekt einen Beitrag bei der Jobfindung geleistet.

Neuer Kurs ab Januar – bis 17. November bewerben

Noch bis zum 17. November können sich Interessierte für den nächsten Kurs Zukunftspiloten bewerben, der im Januar 2009 beginnt. Aus den eingehenden Be-

Nachhaltigkeit

A-Z



C. Deilmann, K. Gruhler, R. Böhm
Stadtumbau und Leerstandsentwicklung aus ökologischer Sicht

S wie Stadtentwicklung

Das kompakte Wissen zum ökologischen Stadtumbau – eine Pflichtlektüre für Kommunalpolitiker(-innen) und Wohnungswirtschaftler(-innen), Stadtplaner(-innen) und Architekten(-innen).

C. Deilmann, K. Gruhler, R. Böhm
Stadtumbau und Leerstandsentwicklung aus ökologischer Sicht
 oekom verlag, München 2005, 103 Seiten,
 19,90 EUR, ISBN 978-3-936581-71-3

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

werbungen wird im Dezember eine Gruppe mit 16 TeilnehmerInnen gebildet. Zu den wichtigsten Auswahlkriterien gehört neben schon gezeigter Aktivität in ökologischen oder auch sozialen Projekten oder Organisationen die Bereitschaft, sich längerfristig in der Umweltbewegung zu engagieren. Der Altersrahmen von 21 bis 27 Jahren verweist dagegen auf die Lebensphase, in der sich die TeilnehmerInnen des Programms idealerweise während des Kurses befinden: in der Mitte oder am Ende des Stu-

diams oder der Ausbildung und auf dem Sprung in die Berufstätigkeit. Aber auch junge Berufstätige können sich bewerben.

DNR startet Spendenkampagne

Der Kurs ZukunftsPiloten begann 1997 als Projekt. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt machte es möglich, die ersten Jahrgänge dieses einmaligen Qualifizierungsprogramms zu entwickeln, zu erproben und durchzuführen. Doch Nachwuchsförderung ist eine langfristige Aufgabe. Der

Kurs ZukunftsPiloten hat sich bewährt und soll daher ein dauerhaftes Programm werden, das ständig weiterentwickelt wird. Der DNR baut deshalb einen Unterstützernetzwerk auf. Gesucht werden Spender und Spenderinnen, die den Kurs einmalig oder regelmäßig unterstützen. Benötigt werden mindestens 10.000 Euro Spendengelder jährlich, um den Kurs auf dauerhafte Füße zu stellen.

[Rasmus Grobe]

- ▶ Koordinationsstelle Kurs ZukunftsPiloten, c/o Bewegungsakademie e.V., Kursleiter Rasmus Grobe, Verden/Aller, Tel. +49 (0)4231 / 957595, E-Mail: info@zukunfts piloten.de, www.zukunfts piloten.de
- ▶ Spendenkonto: Deutscher Naturschutzring, Nr. 26005462, Sparkasse Köln-Bonn, BLZ: 37050198, Verwendungszweck: Spende Zukunfts piloten

Das Kurskonzept der ZukunftsPiloten

Ziel: Der Kurs ZukunftsPiloten qualifiziert die Teilnehmenden, sich kritisch mit gesellschaftlichen Verhältnissen auseinanderzusetzen und die eigenen Kompetenzen für ein erfolgreiches und dauerhaftes Engagement in der Umweltbewegung weiterzuentwickeln.

Zielgruppe: Zielgruppe des Kurses sind junge Menschen zwischen 21 und 27 Jahren, die sich bereits jetzt in der Umweltbewegung engagieren. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Motivation sich dauerhaft an verantwortlicher Stelle in der Umweltbewegung zu engagieren, sowie die Bereitschaft zu ganzheitlichem Lernen und zur persönlichen Entwicklung.

Kursdauer: Der Kurs ist studien- und berufs begleitend angelegt und dauert zehn Monate. Der nächste Kurs startet mit 16 TeilnehmerInnen im Januar 2009.

Der Kurs besteht aus den vier sich ergänzenden Bausteinen Seminare, Teamarbeit, Praxisprojekt und Netzwerk:

Seminare: Die sechs Seminare des Kurs ZukunftsPiloten finden an verlängerten Wochenenden und einmal als Wochenseminar in Verden/Aller und Berlin statt. Praxisnah werden hier die analytisch-strategischen, sozialen, methodischen und persönlichen Kompetenzen trainiert, die für erfolgreiche umweltpolitische Arbeit notwendig sind. Die Seminare werden vom Kursleiter begleitet und von kompetenten TrainerInnen und ReferentInnen gestaltet.

Teamarbeit: Nach einer Analyse aktueller (umwelt-)politischer Themen und Debatten wählen die TeilnehmerInnen zu Beginn des Kurses drei oder vier Themen aus, die in der folgenden Zeit in „Kampagnenteams“ bearbeitet werden. In den Kampagnenteams wird das gewählte Thema in mehreren Schritten bearbeitet: inhaltliche Recherche, politische Analyse, Kampagnenentwicklung, Verfassen eines Förderantrags und Entwicklung eines Fundraisingkonzepts. Dabei werden verschiedene Methoden praktisch ausprobiert und angewandt.

Praxisprojekt: Möglichst zum Abschluss des Kurses absolvieren die ZukunftsPilotInnen ein dreimonatiges Praxisprojekt in einer nationalen oder internationalen Umweltorganisation. Dabei bearbeiten sie möglichst eigenständig ein Projekt, an dessen Ende konkrete Ergebnisse stehen. Beispiele für Projekte waren in den letzten Jahren die Erstellung von Broschüren, die Organisation von Kongressen, die Begleitung von Kampagnen oder das Entwickeln von Konzepten für Webseiten.

Das ZukunftsPiloten-Netzwerk: TeilnehmerInnen und AbsolventInnen bleiben während und nach dem Kurs miteinander in Kontakt. Ein jährliches Treffen und Internetkommunikation aller ZukunftsPilotInnen bieten die Möglichkeit für persönlichen Austausch und gegenseitiges Kennenlernen sowie Unterstützung für Projekte, Jobsuche oder Praktikumsvermittlung.

- ▶ www.zukunfts piloten.de
- ▶ www.bewegungsakademie.de

DNR INTERN

DNR-Präsidiumssitzung

Umweltminister spricht auf Mitgliederversammlung

■ Auf seiner dritten Präsidiumssitzung in diesem Jahr am 15. September in Karlsruhe hat sich das Präsidium des Deutschen Naturschutzrings mit der Vorbereitung des nächsten Verbändeforums am 13. Oktober und vor allem mit der DNR-Mitgliederversammlung am 29. November in Berlin befasst. Als Gastredner für die Mitgliederversammlung hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zugesagt. Die Wahl eines neuen DNR-Präsidiums und die vorgesehene Verabschiedung zukunftsweisender Dokumente zur Stärkung der Natur- und Umweltbewegung versprechen spannungsvolle Diskussionen und wichtige Ergebnisse. Als Arbeitsschwerpunkt für 2009 will das Präsidium das Thema Nachhaltigkeit und die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vorschlagen. [hih]

- ▶ DNR, stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

DNR-Studienfahrt

Durchblick im Brüsseler Lobbydschungel

■ Obwohl Umweltpolitik heute zu 80 Prozent in Brüssel gemacht wird, haben viele deutsche Naturschutz- und Umweltverbände bisher nur wenig Kontakt zur europäischen Ebene. Um das zu ändern, veranstaltete die EU-Koordination des DNR Anfang Oktober eine dreitägige Studien- und Lobbyfahrt nach Brüssel. 20 VertreterInnen deutscher Umweltverbände besuchten die EU-Institutionen und sprachen mit Europaabgeordneten und KollegInnen aus den in Brüssel tätigen Umweltverbänden. Mit den ExpertInnen vom Europäischen Umweltbüro, Friends of the Earth Europe, Greenpeace und Transport and Environment (T&E) diskutierten sie über die aktuelle europäische Umweltpolitik, begannen Netzwerke zu knüpfen und lernten die Brüsseler Lobbykultur kennen.

Die Gruppe reiste auf Einladung des Grünen-Abgeordneten Michael Cramer. Bei Treffen mit ihm und weiteren EU-Abgeordneten wie Rebecca Harms (Grüne), einem Abendessen auf Einladung von Peter Liese (CDU) und zwei Empfängen im Europäischen Parlament nutzten die TeilnehmerInnen die Möglichkeit zu anregenden Diskussionen. Durch eine intensive Vorbereitung auf den Besuch des Umweltausschusses am „Super Tuesday“ (siehe S. 11) konnte die Gruppe die Entscheidungsprozesse hautnah mitverfolgen. Als besonders interessant stufte die Gruppe die Gespräche mit dem Lobbyexperten Frank Schwalba-Hoth über die Nutzung des EU-Parlaments als Resonanzboden für Verbände und mit Kerstin Meyer von T&E über das Zusammenspiel von Lobbying in Berlin und in Brüssel ein.

In der Praxis wird sich zeigen, ob die Brüsselfahrt ihr Ziel erreicht hat, die deutschen Umweltverbände zu zielgenaueren Lobbybemühungen auf der europäischen Ebene zu motivieren. **[Bjela Vossen]**

- DNR EU-Koordination, Bjela Vossen, Berlin, Tel. +49 (0)30 6781775-85, E-Mail: bjela.vossen@dnr.de, www.eu-koordination.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Umweltverbände und Migranten

Interkulturelle Öffnung

■ „Vielversprechende Impulse für eine interkulturelle Öffnung der Umweltverbände“ hat nach einer Mitteilung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) ein erstes bundesweites Treffen deutscher und türkischer Umweltorganisationen gegeben, das im Oktober in Wiesenfelden im Bayerischen Wald stattfand.

Die deutschen Naturschutzverbände wollen die 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland als neue Bündnispartner gewinnen. Dies war das zentrale Ergebnis der Tagung im Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden, an der namhafte Vertreter türkischer Organisationen und des DNR teilnahmen. Die Organisationen, darunter die Stiftung Zentrum für Türkeistudien in Essen und die türkische Naturschutzstiftung TEMA, wollen nun zusammen mit dem DNR eine Erklärung zur interkulturellen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik erstellen.

DNR-Präsident Hubert Weinzierl forderte, bei der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans müssten ab sofort Umweltschutz und Nachhaltigkeit auf die Tagesordnung kommen. „Das vorbildliche Projekt der interkulturellen Gärten sollte bundesweit eine rasche Verbreitung finden“, so Weinzierl.

Die TeilnehmerInnen in Wiesenfelden waren sich einig, dass neue Formen der zielgruppenspezifischen Kommunikation und Umweltbildung gefunden werden müssten. „Vorurteile abbauen, sich einfüllen in ein anderes Naturverständnis, Gemeinsamkeiten finden, kulturangepasste Handlungsmöglichkeiten zur Erhaltung der biologischen Vielfalt erarbeiten“ – dies soll nun das Ziel von weiteren Begegnungen und Bildungsmaßnahmen sein, wobei man einen „beiderseitigen Lernprozess“ anstrebt. Außerdem will der DNR zusammen mit den großen Migrationsorganisationen in Deutschland ein umfassendes Forschungsvorhaben über die Bedeutung

von Migranten bei einer nachhaltigen Entwicklung anstoßen. Angeregt wurde auch eine Kampagne zur Teilnahme von Migranten bei der Umsetzung der Nationalen Nachhaltigkeits- und Biodiversitätsstrategie sowie beim Klimaschutz. **[mb]**

- Beate Seitz-Weinzierl, Umweltzentrum Wiesenfelden, Tel. +49 (0)9966 / 1077, E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de
- DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, www.dnr.de

Lobbyismus

Bürgerinitiativen geangelt

■ Nach US-amerikanischem Vorbild entstehen auch in Deutschland immer mehr industriegelenkte Organisationen und Initiativen. Darauf wies der BUND hin. Es gebe Energiekonzerne, Aluminiumhersteller und Industrievereinigungen, die „Umweltverbände“ und „Bürgerinitiativen“ für Atomenergie, gegen Windkraft oder für Gentechnik unterstützten oder selbst gründeten, sagte Lobbyismusexperte Axel Mayer. Ein Beispiel sei der Verein Bürger für Technik (BfT). „Getarnt als unabhängige Bürgerinitiative, verbreitet der Lobbyverein der Energiewirtschaft Lobeshymnen über die Kernkraft“, schrieb Die Zeit über BfT. Ein weiteres Beispiel ist die Straßenbauwirtschaft, die offenbar versucht, über die Gesellschaft zur Förderung umweltgerechter Straßen- und Verkehrsplanung (GSV) Bürgerinitiativen für den Bau von Straßen zu organisieren. Die Taz berichtete, der Lobbyverein habe selbst BI-Gründungen initiiert. Es sei jedoch schwer nachzuweisen, „wo die Herren und Damen überall ihre Finger im Spiel haben“, wird Lutz Dressler vom Verkehrsclub VCD zitiert. Der Erfolg des Vereins sei jedoch sichtbar, berichtet der BUND. Ein Beispiel sei die A44 bei Hessisch Lichtenau. Die zwei Milliarden Euro teure Autobahn führt durch ein Naturschutzgebiet. **[sb, mb]**

- BUND, Axel Mayer, Freiburg/Br., Tel. +49 (0)761 / 30383, Fax 23582, www.bund-freiburg.de (Themen – Greenwash)

EHRENAMT

Ehrenamtsstunden 2007

DNR-Fragebogenaktion geht weiter

■ Vor zwölf Jahren wandte sich die Bundesregierung an die Dachverbände des Dritten Sektors mit der Bitte um Unterstützung bei der Beantwortung einer Großen Anfrage der Regierungsfractionen im Bundestag. Es ging um die gesamtgesellschaftliche Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit. Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums engagieren sich in Deutschland 23 Millionen Menschen freiwillig. Der DNR konnte damals nur auf grobe Schätzungen einiger Mitgliedsverbände zurückgreifen. Bei den meisten Verbänden gab es keine Zahlen über den

Umfang des ehrenamtlichen Engagements. Deshalb startete der DNR-Arbeitskreis Ehrenamt Ende 2005 eine Fragebogenaktion unter den Mitgliedsverbänden. Sie stieß allerdings bisher noch nicht auf die erhoffte breite Resonanz (siehe Kasten). Für das Anliegen des Natur- und Umweltschutzes ist dies ungünstig, denn nach wie vor können die Naturschutzverbände nicht wie die anderen gemeinnützigen Bereiche mit einer beeindruckenden Leistungsbilanz ihrer zahlreichen Ehrenamtlichen auftreten. Dies ist eine der Ursachen für die unzureichende Gewichtung des Natur- und Umweltschutzes innerhalb des Dritten Sektors. Hier dominieren häufig die Anliegen von Sport, Sozialem und Kultur.

Deshalb appelliert der Arbeitskreis Ehrenamt erneut an alle Verantwortlichen in den Mitgliedsverbänden, den Fragebogen zur Ermittlung der ehrenamtlichen Aktivitäten im Jahr 2007 einzusetzen und die Ergebnisse dem DNR mitzuteilen, um die geleistete Arbeit auch sichtbar werden zu lassen.

[Helmut Röscheisen]

- ▶ DNR, Arbeitskreis Ehrenamt, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ Aktueller Fragebogen beim DNR oder im Internet (PDF, 80 kB): www.dnr.de/fragebogen

Unfallversicherung

Mehr Schutz für Engagierte

■ Ehrenamtlich Engagierte haben zwei Risiken zu tragen: Sie können einen Unfall erleiden und sie können Schäden bei anderen Personen verursachen. Für letzteres Risiko gibt es Gruppenhaftpflichtversicherungen. Für das erstere Risiko wird demnächst der Unfallversicherungsschutz verbessert: durch das reformierte Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz (UVMG). Der Versicherungsschutz gilt danach nicht mehr nur für die „gewählten“ Ehrenamtlichen in gemeinnützigen Organisationen, sondern auch für die „beauftragten Ehrenamtsträger“. Der Auftrag muss allerdings über die üblichen Pflichten hinausgehen und der Einsatz muss unentgeltlich sein.

Zudem ist diese Versicherung nachrangig gegenüber bestehenden Pflichtversicherungen. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) gibt im Internet einen Überblick zum Versicherungsschutz für Engagierte. Ein weiterer Beitrag erläutert die Folgen der Gesetzesänderung. [mb]

- ▶ Versicherungsschutz im Ehrenamt – Einführung: www.b-b-e.de/uploads/media/nl20_stiehr.pdf
- ▶ Unfallversicherung für beauftragte Ehrenamtliche: www.b-b-e.de/uploads/media/nl20_molkentin.pdf

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Umweltpreis

Forscher ausgezeichnet

■ Im Oktober hat Bundespräsident Horst Köhler in Rostock den Klimaforscher und SPD-Politiker Ernst Ulrich von Weizsäcker und den hessischen Biotechnologie-Unternehmer Holger Zinke mit dem Deutschen Umweltpreis ausgezeichnet. Der Preis wird seit 1993 jährlich von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) verliehen. Mit 500.000 Euro ist dies die höchstdotierte Auszeichnung ihrer Art in Europa.

Weizsäcker erhielt die Auszeichnung für sein Lebenswerk. Vor allem habe er Forschungs- und Handelsdefizite aufgedeckt und wissenschaftliche Themen für die breite Öffentlichkeit verständlich dargestellt, hieß es in der Laudatio. Das Wuppertal Institut entwickelte sich unter seiner Leitung zu einem der wichtigsten Impulsgeber für die Umweltpolitik.

Der Biochemiker und Firmengründer Zinke entwickelte zusammen mit der Henkel AG ein neuartiges Waschmittelenzym, durch das der CO₂-Ausstoß sinkt. Er gilt als Wegbereiter der auf industrielle Anwendungen zielenden „weißen Gentechnik“. Hessische Gentechnikgegner protestierten deshalb gegen die Verleihung. [aka]

- ▶ DBU, Osnabrück, Tel. +49 (0)541 / 96330, www.deutsche-bundesstiftung-umwelt.de

Ehrenamtsstunden 2006

Bei der Ermittlung der ehrenamtlich geleisteten Arbeit im Natur- und Umweltschutz haben sich diesmal mehr DNR-Verbände beteiligt als beim Start der Fragebogenaktion im Jahr 2005, aber viele, auch mitgliedsstarke Organisationen fehlen noch. Bei der Zahl der Arbeitsstunden liegen wie im Vorjahr der Deutsche Wanderverband und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) vorn:

▶ Bundesverband für Umweltberatung bfub	3.900
▶ Deutscher Wanderverband ⁽¹⁾	2.270.000
▶ Europarc Deutschland	40.000
▶ NABU ⁽²⁾	2.210.000
▶ Oro Verde	2.800
▶ Schutzgemeinschaft Deutscher Wald – Landesverband Hessen	12.000
▶ Schutzgemeinschaft Deutsches Wild	600
▶ Verkehrsclub Deutschland VCD	50.000

(1) für Naturschutz, Markierung von Wanderwegen und Wanderführungen

(2) für Naturschutz

REZENSIONEN

Prima Klima in Deutschland?

Rechenspiele über die voraussichtliche Höhe des Meeresspiegelanstiegs werden uns nicht auf den durch Klimawandel veränderten Alltag vorbereiten. Die Gesellschaft muss sich anpassen – und das erfordert aufseiten der Entscheidungsträger Mut zur Wahrheit.



„Palmen am Rhein, Tropenstrände an der Nordsee, Beachclubs auf der Alm“ – sind das die Szenarien für unser Land? Dass es so weit kommt, ist für die nähere Zu-

kunft sicher ausgeschlossen. Doch der Klimawandel ist im Gange und er nimmt weiter Fahrt auf. Schuld ist der Mensch und dessen Hunger nach fossiler Energie. Kohlendioxid, Treibhauseffekt – die Zusammenhänge sind längst bekannt, die Folgen ebenso. Gletscher schmelzen, die Meere steigen an, Südseeparadiese versinken in den Fluten der Ozeane. Wozu also ein weiteres Buch zum Klimawandel? Und noch dazu eines, welches der ganzen Katastrophe auch noch Positives abgewinnt – zumindest wenn man dem Titel Glauben schenken mag.

Nun, den beiden Wissenschaftsjournalisten Marita Vollborn und Vlad Georgescu ist es in der Tat gelungen, mit ihrer aktuellen Publikation „Prima Klima“ eine Art Nische im mittlerweile mehr als üppig bestückten Bücherdschungel zum Thema Klimawandel zu finden. Dabei ist das Buch alles andere als eine Beschönigung der Verhältnisse. Die Fakten werden beziffert, die sich daraus ergebenden Gefahren offengelegt. Was die Autoren allerdings auch nicht verheimlichen ist, dass der Klimawandel (zumindest) für Deutschland auch Chancen birgt beziehungsweise tatsächlich auch so manche positive Entwicklung anstoßen könnte. „Lebwohl für einen Nadelbaum oder das Comeback der Naturwälder“ ist ein Unterkapitel betitelt, in dem das Ende naturferner Fichtenforstmonokulturen prophezeit wird. Der „nordischen“ Fichte werde es schlichtweg zu warm und zu tro-

cken in deutschen Landen. Die Chance für die in Mitteleuropa heimischen Laubgehölze, den Zögling aus der Phase der „Kleinen Eiszeit“ wieder zu verdrängen! Eine schöne Aussicht für all diejenigen, die der dunklen „Fichtenhöllen“ überdrüssig sind. Während diese „natürliche“ Entwicklung von den Forstleuten lediglich begleitet werden muss, sind in anderen Bereichen allerdings weit größere Anstrengungen vonnöten.

Ein Paradebeispiel ist der Küstenschutz. Noch streiten sich die Gelehrten über das Ausmaß des Meeresspiegelanstiegs. Werden es bis zur Jahrhundertwende nun 81 Zentimeter oder doch 1,40 Meter sein? Doch sind das letztlich nur Rechenspiele. Das Problem ist, so die Autoren, dass die alten Konzepte nicht mehr greifen. Höhere Deiche können das flache Land gegen die „wilde“ See nicht mehr verteidigen. Es muss umgedacht werden, sowohl bei den Entscheidungsträgern als auch in der Bevölkerung. Und das heißt in diesem Falle: dem Meer geben, was des Meeres ist! Doch das erfordert Mut zur Wahrheit, Verzicht auf Besitz und Entschlossenheit zu handeln. Stattdessen, so die Autoren, wird bis heute lediglich über eine mögliche Abschwächung des Klimawandels debattiert, nicht aber über die Anpassung der Gesellschaft an die zu erwartenden Auswirkungen.

Die Menschheit steht am Scheideweg, der Klimawandel bietet beides – Gefahr und Chance. Wer wissen will, wie sich unser Alltag ändern wird, welche Anpassungen nötig sind und wie man Deutschland zukunftsfähig machen kann, dem sei die Lektüre wärmstens empfohlen.

[Christoph Hirsch]

► Vollborn, M.; Georgescu, V. D.: Prima Klima. Wie sich das Leben in Deutschland ändert. Lübbe, Bergisch Gladbach 2008, 316 S., 19,95 €, ISBN 978-3-7857-2319-7

Menschwerdung

Um die Geschichte der Menschheit und die sich verändernden Weltbilder geht es in einem Fachbuch über Mensch-Umwelt-Beziehungen von Eckart Ehlers.



„Der Mensch erscheint im Holozän“ nannte Max Frisch 1979 eine seiner Parabeln. Ob gestandenen Stratiographen – so wird der Menschen-schlag genannt, der sich von Berufs-

wegen mit der Einteilung der Erdgeschichte beschäftigt – seinerzeit das Blut in den Adern gefror, ist nicht überliefert. Gemeint war jedenfalls schon damals, dass der Mensch bereits Jahrmillionen zuvor begonnen hatte, sich die Erde untertan zu machen. Besonders bunt wurde sein Treiben mit Beginn der Industrialisierung, weswegen kein Geringerer als der Chemie-Nobelpreisträger Paul Crutzen schon seit längerem fordert, diesen Abschnitt „Anthropozän“ zu nennen.

Soweit zur Erklärung des Haupttitels der hier vorliegenden Publikation, für die der Geograf Eckart Ehlers verantwortlich zeichnet. Bereits im Vorwort macht der Bonner Emeritus deutlich, dass er den Titel so eigentlich nicht wollte. Großzügig, aber in der Sache konsequent, verlegt er den Betrachtungszeitraum nach hinten, will heißen: an den Beginn der Menschwerdung. Etikettenschwindel? Gelungener Schachzug? „Schriftstellerische“ Freiheit à la Frisch? Rhetorische Fragen angesichts eines optisch ansprechenden, lesenswerten (Fach-)Buches, nach dessen Lektüre man spätestens weiß, dass der Mensch korrekterweise im ausgehenden Miozän die Bühne der Welt betritt. Von da an geht es rasant voran: Gemeinsinn wurde entwickelt, die Wiege Afrika verlassen, um „wenig später“ sesshaft zu werden und die ersten Hochkulturen zu begründen. Währenddessen änderte sich das Weltbild mehrmals, nicht immer war es so dunkel

wie im als finster verschrienen Mittelalter. Und dann, vor circa 200 Jahren, begann das Anthropozän und mit ihm die „große Transformation“. Eine aufregende, wenn auch sachlich geschriebene Zeitreise, eine gelungene Wanderung zwischen Kultur- und Naturgeschichte, im Mittelpunkt immer die „Natur-Mensch-Umwelt-Beziehung“. In der Summe ein schönes und äußerst faktenreiches Buch. Und so sei abschließend auch noch der nicht unbedingt titelkonforme Exkurs in die geographische Disziplingeschichte verziehen.

[Christoph Hirsch]

- Ehlers, E.: Das Anthropozän. Die Erde im Zeitalter des Menschen. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2008, 284 S., 39,90 €, ISBN 978-3-534-20585-1

Wilde Tiere und ihr Schutz



Die Zoologische Gesellschaft Frankfurt (ZGF) feierte in diesem Jahr ihren 150. Geburtstag. Zu diesem Jubiläum im März hat sie ein reich illustriertes Buch veröffentlicht, in dem die Probleme des weltweiten Naturschutzes ebenso ihren Platz haben wie die Erfolge im Kampf für den Artenschutz und der Reichtum der Biodiversität. „Ein Platz für wilde Tiere“ zeigt die faszinierende Vielfalt des Lebens und die tägliche Arbeit von NaturschützerInnen in Afrika, Europa, Asien und Südamerika. Die ZGF betreut 80 Naturschutzprojekte in über 30 Ländern.

Wunderschöne Fotografien von Orang-Utans, Geparden, dem äthiopischen Wolf, vietnamesischen Kleideraffen, peruanischen Riesenottern, aber auch vom einheimischen Wiedehopf auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Lieberose in Brandenburg zeugen vom Reichtum der Natur und von der Mühe, sie zu schützen. „Naturschutz auf Grzimeks Spuren“ lautet der Untertitel des Buches, das nicht nur eine Hommage an die Wunder der Schöpfung,

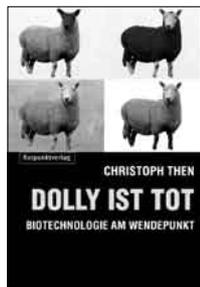
sondern auch an die „Erben Grzimeks“ ist, die seine Arbeit in den unterschiedlichen Ländern fortsetzen, die Bevölkerung vom Nutzen des Naturschutzes überzeugen, schwierige Verhandlungen mit den Regierungen führen und zu nachtschlafenden Zeiten Tierarten beobachten.

Die gut verständlichen Reportagen über die Projekte sind mit Zitaten von Bernhard Grzimek (1909–1987) überschrieben. Der ehemalige Direktor des Frankfurter Zoos und „moralische Instanz in Sachen Tier“, wie Erika und Christian Grzimek im Vorwort schreiben, wäre sicher froh über diese Erfolge und würde weiter mahnen, dass noch viel getan werden muss, um das Artensterben aufzuhalten. Insgesamt ein interessantes Kompendium über die Arbeit der ZGF und eine visuell ansprechende Reise zu den natürlichen Schätzen der Welt.

[Juliane Grüning]

- Andres-Brümmer, D.; Schenck, C./Zoologische Gesellschaft Frankfurt (Hrsg.): Ein Platz für wilde Tiere. Naturschutz auf Grzimeks Spuren. Frederick & Thaler, München 2008, 240 S., 39,90 €, ISBN 978-3-89405-676-6

Biotech außer Kontrolle?



Falls Ihre letzte Biologiestunde oder -vorlesung mehr als fünf Jahre zurückliegt, werden Sie in diesem Buch die Entdeckung machen, dass in den Lebenswissenschaften der Wissensstand geradezu explodiert ist. Lebensprozesse vollziehen sich völlig anders als bisher angenommen und folgen komplexen, nicht linearen Gesetzen. Selbst bei Forschern und Institutionen, die bisher einem stark reduktionistischen und mechanistischen Modell der Reproduktion des Lebens gefolgt waren und für die die Machbarkeit im Vordergrund stand, bahnt sich inzwischen ein entsprechender Paradigmenwechsel an. In „Dolly ist tot“ zeigt Christoph Then nicht nur die neuesten Entwicklungen in

der Biotechnologie, sondern auch ihre gesellschaftliche Auswirkungen. Die Entwicklung ist so rasant, die Ergebnisse so neuartig, dass staatliche Instanzen eine Bewertung und Kontrolle mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht mehr ausreichend wahrnehmen können. Umso wichtiger ist die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen und aller kritisch eingestellten Menschen, die Forschung und Wirtschaft zwingen ihre Tätigkeit offenzulegen und zu rechtfertigen. Das Buch liefert den nötigen Hintergrund und gute Argumente. Als Einziges weniger gelungen: der wissenschaftshistorische Teil am Anfang, der lieblos zusammengeschrieben und angeschustert wirkt. Tipp: überblättern und auf Seite 89 einsteigen.

[Ursula Nicklas]

- Then, C.: Dolly ist tot. Biotechnologie am Wendepunkt. Rotpunktverlag, Zürich 2008, 288 S., 22,- €, ISBN 978-3-85869-368-6

Mythos Wolf entzaubert



Immer mehr Wölfe finden in Europa wieder Raum zum Leben. Wie Menschen und Wölfe sich in den Verbreitungsgebieten in Deutschland, der Schweiz, Österreich, Italien, Frankreich, Skandinavien und Polen miteinander arrangieren, beschreiben die AutorInnen in ihrem Buch „Der Wolf“. Etwa 160 Farbfotos und Grafiken untermalen auf gut 200 Seiten den kulturgeschichtlichen Überblick über die Darstellung und die Bedeutung des Wolfes in verschiedenen Epochen von der Steinzeit bis heute.

Der Wolf gilt seit 1979 in Europa als streng geschützt nach der Berner Konvention. Warum die Überlebenschancen von *Canis lupus* in weiten Teilen West- und Zentraleuropas drastisch gesunken sind, ist ebenso Thema des eindrucksvollen Bildbandes wie das Verhalten des Wolfes unter seinesgleichen.

Die Biologen Hansjakob Baumgartner, Sandra Gloor und Jean-Marc Weber räumen mit der Mär vom bösen Wolf auf und zeichnen ein differenziertes Bild des Raubtieres, das den Menschen eher scheut als ihn anzufallen. Das bestätigt auch der Fotograf Peter Dettling, der lange brauchte, bis er einen Wolf in freier Wildbahn vor der Linse hatte.

Auch über das „Rotkäppchen-Syndrom“ und über den Mythos vom Werwolf klären die AutorInnen auf. Zwar sind aus der Vergangenheit Angriffe von Wölfen auf Menschen belegt, aber aus den Überlieferungen geht hervor, dass diese Tiere tollwütig waren. Nicht degenerierte, wirklich frei lebende Wölfe jagen bereits angeschlagenes, schwaches Wild. Den direkten Kontakt zu Menschen vermeiden sie, wenn sie diese wittern.

Immerhin gibt es in der Literatur auch positive Schilderungen des Wolfes. Man denke nur an Romulus und Remus oder an Rudyard Kiplings Dschungelbuch. Das Buch klärt auf, baut Vorurteile und Ängste ab. Es spricht Jäger und Schafzüchter ebenso an wie Kinder und deren Großeltern, die vielleicht noch in Hungerzeiten den Wolf als ihren Feind ansahen.

[Marion Busch]

- ▶ Baumgartner, H., Gloor, S., Weber, J., Dettling, P. A.: Der Wolf. Ein Raubtier in unserer Nähe. Haupt, Bern 2008, 216 S., 29,90 €, ISBN 978-3-258-07274-6

Wilde Verfolgungsjagd



Der Schwarze Seehecht wurde innerhalb der letzten Jahre zum begehrtesten Speisefisch der Welt. G. Bruce Knecht schildert nicht nur die Geschichte der wochenlangen wilden

Verfolgungsjagd eines Fischdampfers, der unter dringendem Verdacht steht, illegal Schwarzen Seehecht zu fangen, sondern auch den Aufstieg des Fisches zum Gour-

metliebling. In einer Kombination aus Sachbuch und Thriller erfahren die LeserInnen vom Alltag auf hoher See auf Patrouillenschiffen und Fischdampfern und lernen anschaulich Fangmethoden, Fallstricke des internationalen Seerechts und die Machenschaften von Piratenfischern und Trendscouts kennen. Eindrucksvoll macht der Autor deutlich, dass der Raubzug auf den Meeren erst dann zu Ende ist, wenn der Schwarze Seehecht nicht mehr auf den Speisekarten steht. [Bjela Vossen]

- ▶ Knecht, G.B.: Raubzug. Der teuerste Fisch der Welt und die Jagd nach seinen Jägern. Fischer, Frankfurt am Main 2008, 400 S., 9,95 €, ISBN 978-3-596-17597-0

Verändern wir Europa!

„Eine lebendige Kultur braucht Vielfalt und Widerspruch, Tasten und Irrtum, Provokation und Widerruf“, schreibt der österreichische Europarechtsprofessor Johannes W. Pichler in seinem Buch über europäische Bürgerbegehren. Das ehemals als „Verfassung“ und nun als EU-Reform- oder Lissabon-Vertrag bezeichnete Dokument enthält den Vorschlag einer „Europäischen Initiative“ (Artikel 11). Erwähnte Initiative soll ein europäisches Bürgerbegehren möglich machen. Herausgeber Pichler plädiert für ein Europa der BürgerInnen, einen „Aufstand der Sterne“, und betrachtet das Europäische Bürgerbegehren aus grundlegender und vergleichender Perspektive, lässt auch Kontraargumente nicht aus. „Verändern wir Europa“ verknüpft die Theorie von mehr Demokratie gleich mit der Praxis. Neben einer Zusammenstellung von Instrumenten direkter Demokratie in den EU-Mitgliedstaaten gibt es auch Kapitel über Campaigning und E-Voting sowie Vergleiche mit der Demokratiepoltikkultur in Kalifornien.

[Juliane Grüning]

- ▶ Pichler, J. W. (Hrsg.): Verändern wir Europa! Die Europäische Initiative – Art 11 (4) EUV (n.F.). Schriften zur Rechtspolitik 27, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2008, 510 S., 38,80 €, ISBN 978-3-7083-0507-3

INTERNET

Öko-Cartoons

Die Webseite „The animals save the planet“ zeigt elf kleine Video-Clips mit jeweils einem wichtigen ökologischen Hintergrund.

So ist zu erfahren, wozu Energiesparlampen gut sind, warum Haushaltsmüll getrennt werden sollte und warum eine vegetarische Ernährung nicht nur gesund, sondern auch der wirksamste Klimaschutz ist. Die Darstellungen veranschaulichen auf amüsante Art, wie eine umweltbewusste Lebensweise auch für die „menschlichen“ Verbraucher möglich ist. Die Tiere machen es vor. [aka]

- ▶ www.animalssavetheplanet.com

Umweltzonen sind „in“

Um die Luftqualität in europäischen Städten zu verbessern, richten mehr und mehr Städte Umweltzonen ein, in denen für Fahrzeuge aber jeweils unterschiedliche Vorschriften gelten. Die englischsprachige Internetplattform „Low Emission Zones“ bietet Interessierten hilfreiche Informationen über Umweltzonen, die geplant werden oder bereits eingerichtet wurden. Neben den rechtlichen Bedingungen werden auch Fragen nach Umweltstandards von Fahrzeugen beantwortet. [sb]

- ▶ www.lowemissionzones.eu

Fische und Wassergetier im Überblick

Wer sich mit den 269 Fischen und etlichen anderen einheimischen Wassertieren nicht gut auskennt, kann jetzt Informationen im Netz bekommen. Die Onlinedatenbank Aquatische Genetische Ressourcen Deutschland gibt einen Überblick über die Artenvielfalt im Lebensraum Wasser. Artbeschreibungen, biologische Systematik sowie Verbreitung lassen sich in der Datenbank ablesen. Für den Süßwasserbereich gibt es auch Informationen über die Gefährdung der jeweiligen Art. [jg]

- ▶ www.genres.de/agrdeu

NEU ERSCHEINEN

- ▶ Auf dem Hövel, J.: **Pillen für den besseren Menschen. Wie Psychopharmaka, Drogen und Biotechnologie den Menschen der Zukunft formen.** Heinz Heise, Hannover 2008, 180 S., 18,- €, ISBN 978-3-936931-44-0
- ▶ Buba, H.; Globisch, S.: **Ökologische Sozialcharaktere. Von Weltveränderern, Egoisten und Resignierten. Persönlichkeitstyp und Lebenswelt als Basis von Umweltverhalten.** oekom, München 2008, 136 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-062-5
- ▶ Craig, W.; Parkins, G.: **Slow Living. Langsamkeit im globalen Alltag.** Rotpunkt, Zürich 2008, 300 S., 22,- €, ISBN 978-3-85869-378-5
- ▶ Critical Art Ensemble: **Die molekulare Invasion. Strategien gegen die Biotechnologie im globalisierten Kapitalismus.** Unrast, Münster 2008, 109 S., 14,- €, ISBN 978-3-89771-445-8
- ▶ Dahm, D. J.; Scherhorn, G.: **Urbane Subsistenz. Die zweite Quelle des Wohlstands.** oekom, München 2008, 19,95 €, ISBN 978-3-86581-109-7
- ▶ Dietrich, J. u. a.: **Konkrete Diskurse zur ethischen Urteilsbildung. Ein Leitfaden für Schule und Hochschule am Beispiel moderner Biotechnologien.** oekom, München 2008, 174 S., 29,90 €, ISBN 978-3-86581-094-6
- ▶ Di Giulio, M., Holderegger, R. u. a.: **Zerschneidung der Landschaft in dicht besiedelten Gebieten: Eine Literaturstudie zu den Wirkungen auf Natur und Mensch und Lösungsansätze für die Praxis.** Haupt, Bern 2008, 90 S., 23,- €, ISBN 978-3-258-07381-1
- ▶ Gabbert, K. u. a. (Hrsg.): **Jahrbuch Lateinamerika 31. Rohstoffboom mit Risiken: Analysen und Berichte.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 222 S., 24,90 €, ISBN 978-3-89691-670-9
- ▶ Gruss, P.; Schüth, F. (Hrsg.): **Die Zukunft der Energie. Die Antwort der Wissenschaft.** C. H. Beck, München 2008, 333 S., 16,90 €, ISBN 978-3-406-57639-3
- ▶ Hänggi, M.: **Wir Schwätzer im Treibhaus. Warum die Klimapolitik versagt.** Rotpunkt, Zürich 2008, 280 S., 21,30 €, ISBN 978-3-85869-380-8
- ▶ Kieß, C.: **Die Sanierung von Biodiversitätsschäden nach der europäischen Umwelthaftungsrichtlinie.** Springer, Heidelberg 2008, 79,95 €, ISBN 978-3-540-75919-5
- ▶ Koechlin, F.: **PflanzenPalaver. Belauschte Geheimnisse der botanischen Welt.** Lenos, Basel 2008, 256 S., 19,90 €, ISBN 978-3-85787-399-7
- ▶ Krämer, K.: **Die soziale Konstitution der Umwelt.** VS, Wiesbaden 2008, 292 S., 34,90 €, ISBN 978-3-531-15830-3
- ▶ Kraker, J. de et al.: **Crossing Boundaries. Innovative Learning for Sustainable Development in Higher Education.** VAS, 2008, 16,50 €, ISBN 978-3-88864-439-9
- ▶ Markham, W. T.: **Environmental Organizations in Modern Germany. Hardy Survivors in the Twentieth Century and Beyond.** Berghahn Books, Oxford 2008, 416 S., 95,- \$, ISBN 978-1-84545-447-0
- ▶ OECD (Hrsg.): **Die OECD in Zahlen und Fakten 2008. Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft.** UNO, 2008, 285 S., 35,- €, ISBN 978-92-64-04372-5
- ▶ Schlegl, T.: **Zu spät? So zukunftsfähig sind wir jungen Deutschen.** Rowohlt, Reinbek 2008, 224 S., 8,95 €, ISBN 978-3-49962-390-5
- ▶ Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.): **Wahlrecht ohne Altersgrenze? Verfassungsrechtliche, demokratietheoretische und entwicklungspsychologische Aspekte.** oekom, München 2008, 397 S., 39,90 €, ISBN 978-3-86581-098-4
- ▶ Weidenfeld, W.: **Europa leicht gemacht. Antworten für junge Europäer.** Carl Hanser, München 2008; 156 S., 14,90 €, ISBN 978-3-446-20988-6
- ▶ Wiggerthale, M.: **Endstation Ladentheke. Einzelhandel, Macht, Einkauf.** Oxfam, Berlin 2008, 56 S., kostenlos. Download (PDF, 1,5 MB): www.oxfam.de/download/endstation_ladentheke.pdf

Impressum

umwelt aktuell November 2008
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Koblenzer Straße 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstraße 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 544184-0, Fax -49, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de
Gesellschafter und Anteile: Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %
Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantw.), Kontakt siehe Redaktion
Redaktion: Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl], Bjela Vossen [bv], Maïke Vygen [mv]
Kontakt: umwelt aktuell, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, Fax -80, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu
Redaktionelle Mitarbeit: Katja Jüngling [kj], Anna-Katharina Alboldt [aka], Sally Busse [sb]
Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Grafik/DTP: Matthias Bauer, Juliane Grüning
Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Gritsch, Tel. +49 (0)89 / 544184-25, E-Mail: anzeigen@oekom.de
Druck: Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats
Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de
Titelfoto: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

NOVEMBER

03.11., Berlin (D)
Europa als Medium – Medien in und für Europa. Seminar
 ▶ Deutscher Naturschutzring,

EU Koordination/Aktion Europa, Juliane Grüning, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-81, E-Mail: juliane.gruening@dnr.de, www.eu-koordination.de

04.11., Bonn (D)

Klimaschutz, Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit. Tagung

▶ Womnet, Sonja Mohr, Tel. +49 (0)228 / 389297-7, -8, Fax -9, E-Mail: sonja.mohr@womnet.de, www.womnet.de/content/veranstaltungen

05.–07.11., Bonn (D)

ClimAdapt. Innovative Responses in Sustainable Agriculture. Open Space

▶ Agrecol e.V., Johannes Kotschi, Marburg, Tel. +49 (0)6420 / 8228-70, Fax -71, E-Mail: climadapt@agrecol.de, www.agrecol.de

06.–07.11., Offenburg (D)

Biogas-Expo und Kongress. Internationale Fachmesse

▶ IBBK und die Messe Offenburg, Sandra Kircher, Tel. +49 (0)781 / 9226-32, E-Mail: kircher@messeoffenburg.de, www.messeoffenburg.de

07.–08.11., Hamburg (D)

8. Hamburger Tage des Stiftungs- und Non-Profit-Rechts

▶ Bucerius Law School, Anmeldung und Information Carl Heymanns Verlag, Antje Müller, Köln, Tel. +49 (0)221 / 94373-7078, Fax -7192, E-Mail: antje.mueller@wolterskluwer.de, www.wolterskluwer.de/akademie.de, www.hamburger-tage.de

08.11., Husum (D)

Umwelt und Gesundheit. Symposium

▶ Verein für Umwelterkrankte, Tel. +49 (0)700 / 24122412, E-Mail: kontakt@umwelterkrankte.de, www.umwelterkrankte.de

08.11., Gorleben/Wendland (D)

Atomkraft? Nein Danke! Bundesweite Großdemonstration

▶ BI Lüchow-Dannenberg, Tel. +49 (0)5841 / 4684, www.castor.de/nix12/demo.html

10.–12.11., Berlin (D)

Bioenergie. Fluch oder Segen für Nationale Naturlandschaften? Workshop

▶ Europarc, Tel. +49 (0)30 / 2887882-0, Fax -16, E-Mail: info@europarc-deutschland.de, www.nationale-naturlandschaften.de

11.–15.11., Valencia (ES)

World Conference on Marine Biodiversity

▶ Marine Biodiversity and Ecosystem Functioning EU Network of Excellence (MarBEF), NIOO-CEME, Yerseke (NL), Tel. +31 (0)113 / 57-7300, Fax -3616, E-Mail: worldconference@marbef.org, www.marbef.org/worldconference

11.11., Berlin (D)

Die soziale Dimension von Umwelt und Gesundheit. Konferenz

▶ DGB, Bundesumweltministerium, Heike Gudra, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 305 3264, E-Mail: heike.gudra@bmu.bund.de, www.dbb-forum-berlin.de

12.11., Laufen (Salzach)/Oberbayern (D)

Wasserkraft: Strom ist nicht gleich Strom. Rückbau oder Ausbau? Fachtagung

▶ Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, Tel. +49 (0)8682 / 89630, E-Mail: anmeldung@anl.bayern.de, www.anl.bayern.de/veranstaltungen

12.11., Schneverdingen (D)

Strategische Umweltprüfung (SUP). Ein Erfahrungsaustausch

▶ Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA), Margrit Nalezinski, Tel. +49 (0)5198 / 9890-71, Fax -95, E-Mail: nna@nna.niedersachsen.de, www.nna.niedersachsen.de/master/C41582607_N5917408_L20_D0_I5661252

17.11., Berlin (D)

Zukunft verantworten! 8. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung

▶ Rat für Nachhaltige Entwicklung, Tel. +49 (0)228 / 2498110, E-Mail: rne-jahreskonferenz-2008@lab-concepts.de, www.nachhaltigkeitsrat.de/konferenz

20.–21.11., Freiburg/Breisgau (D)

und ein weiterer Termin nach Absprache Moderation und Konsens. Fortbildung

▶ Gewaltfrei Leben Lernen e.V., Christoph Besemer, Tel. +49 (0)761 / 43284, Fax 4004226, E-Mail: buero.freiburg@wfga.de, www.wfga.de

21.–23.11., Ronneburg/Thüringen (D)

Folgen des Uranbergbaus der DDR. Fachkolloquium

▶ Kirchlicher Umweltkreis, H. D. Barth, Reust, Tel. +49 (0)172 / 3652452

26.–28.11., Venedig (I)

Littoral – a changing coast. Challenges for the environmental policies

▶ Eurocoast, Congress Secretariat, San Marco, Tel. +39 (0)41 / 24025-11, Fax -12, E-Mail: littoral@corila.it, www.littoral.corila.it

27.11., Gelsenkirchen (D)

Sind unsere Städte für den Klimawandel gerüstet? Kongress

▶ Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW, Bernd Stracke, Tel. +49 (0)2361 / 305-3246, E-Mail: bernd.stracke@nua.nrw.de, www.nua.nrw.de/nua/content/de/doc/pages/1196840996.xml

28.–29.11., Aulendorf/Baden-Württemberg (D)

Dezentrale Pflanzenölnutzung. 10. Aulendorfer Tagung

▶ Bundschuh-Biogas-Gruppe, Dieter Spielberg, Backnang, Tel. +49 (0)7191 / 970756, Tel./Fax +49 (0)341 / 9615174, E-Mail: dieter.spielberg@t-online.de, www.lvvg-kurs.de

29.11., Berlin (D)

Deutscher Naturschutzring Mitgliederversammlung

▶ Helga Inden-Heinrich, Tel. +49 (0)228 / 359005, Fax -359096, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

DEZEMBER

01.–12.12., Poznań (PL)

United Nations Climate Change Conference COP 14, CMP 4

▶ Climate Change Secretariat, Bonn, Fax +49 (0)228 / 815 1999, E-Mail: secretariat@unfccc.int, www.unfccc.int

06.12., Dresden (D)

Klimaschutz rechnet sich! 2. bündnisgrüner Klimakongress

▶ Bündnis 90/Die Grünen, Jan Schubert, Tel. +49 (0)351 / 4934832, E-Mail: kongress@wir-sind-klima.de, www.wir-sind-klima.de (Klimakongress)

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Erlebnisorientierung

Nachhaltig(er)leben

Wie kann man Erlebnisorientierung in der Bildung für nachhaltige Entwicklung nutzen? Das war der Ausgangspunkt für ein Konzept, Events und Nachhaltigkeit zu verknüpfen. Wichtigstes Beispiel ist die Veranstaltungsreihe „Aalen nachhaltig(er)leben“ zum zehnten Jubiläum der Lokalen Agenda 21 in Aalen.

□ In der Bildung ist Erlebnisorientierung als Erfolgsfaktor längst bekannt. In der westfälischen Stadt Aalen hatte man nun die Idee, Events in die Bildung für Nachhaltigkeit zu holen. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) – so die Grundidee – kann nicht durch Fakten und Ermahnungen allein funktionieren, die Bildungsziele können nur durch die Ansprache von „Herz, Hirn und Hand“ erreicht werden.

Die Lokale Agenda 21 der Stadt Aalen hat in zehn Jahren in über 60 Projekten und vielen Veranstaltungen die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung umgesetzt. Wie man Veranstaltungen interessant und effizient macht, zeigen etwa die jährlich stattfindenden Energietage mit Vorträgen oder die halbjährlichen Sitzungen des Agendates, in denen durch ein Impulsreferat zu einem aktuellen Thema neue Interessenten und neue Impulse für die Lokale Agenda gewonnen werden.

Das zehnjährige Bestehen dient nun als Anlass, in einer breit angelegten Veranstaltungsreihe die Ziele und Ergebnisse der nachhaltigen Entwicklung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das gesamte Jahr 2008 steht unter dem Motto „Aalen nachhaltig(er)leben“. Die Aktion wurde von der Unesco als Projekt der Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung gewürdigt.

Stabile Planung und Zusatznutzen

Erlebniskonzeption bedeutet, dass man den Zuhörer nicht nur durch Fakten, sondern auch durch emotionale Faktoren anspricht. Der Eventerfolg basiert auf zwei Säulen: einer stabilen Planung und einem Zusatznutzen für den Besucher. Zu dem kreativen Anspruch – der Schaffung eines einzigartigen Erlebnisses – kommt also die

handwerkliche Basisarbeit des Veranstaltungsmanagements dazu. Auch hier gilt Edisons „Ein Prozent Inspiration, 99 Prozent Transpiration“.

Dazu kommt noch die Kommunikation des Ereignisses: „Stell dir vor, es gibt ein Event und keiner weiß es“ oder noch schlimmer: „...keiner kommt“ – das wäre schlichtweg eine Katastrophe. Dies lässt sich allerdings durch genaue Beachtung und Information der Zielgruppe weitgehend vermeiden.

Der Titel „Aalen nachhaltig(er)leben“ zeigt die Erlebnisorientierung und den Anspruch der Verbesserung. Die Veranstaltungsreihe wurde von Studenten der Lehrveranstaltung „Qualität und Nachhaltigkeit“ im Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen erarbeitet und von Agendarat und Agendabüro der Stadt Aalen umgesetzt. Als Format wurden Veranstaltungen mit einer Quartalsgliederung entwickelt. Faltblätter und die Internetseite der Stadt weisen auf das jeweilige Quartalsprogramm hin. Einzelveranstaltungen werden in der Presse und über zielgruppenspezifische Kanäle wie E-Mail-Aktionen, Marktstände oder Plakate angekündigt. Beispiele für die Veranstaltungen sind Exkursionen, Projekttag und Diskussionen.

Viele Teile zu einem Ganzen

Die Lokale Agenda beteiligte sich im Rahmen von „Aalen nachhaltig(er)leben“ mit fünf Beiträgen an den Unesco-Aktionstagen zur BNE:

- ▷ Diskussionsreihe über Nachhaltigkeit in beruflicher Verantwortung in der Stadtbücherei;
- ▷ Waldführungen zur Nachhaltigkeit;
- ▷ Aalener Energietour als Informationsfahrt zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz;

- ▷ Das „Aalener Jugenddreieck“ in Aktion: Nachhaltigkeit – Technik – Sport;
- ▷ Umweltfest an einer Schule mit Verleihung des Umweltzertifikats „Grüner Aal“.

Jede dieser Veranstaltungen war auf eine bestimmte Zielgruppe ausgerichtet. Die Veranstaltungsreihe wurde als Gesamtkonzept auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Das ist ein wichtiges Prinzip bei der Kommunikation: Das über ein Jahr gehende Gesamtevent soll als Ganzes wirken, jede einzelne Veranstaltung ist dabei ein Mosaikstein, der auch für sich wirkt.

Nachhaltigkeit, Technik, Sport

Um das Interesse der Jugendlichen für Technik und Nachhaltigkeit zu wecken und sie auch für sportliche Aktivitäten zu begeistern, wurde ein Ansatz entwickelt und umgesetzt, der auf Effekten der Synergie und Erlebnisorientierung beruht. Im sogenannten Aalener Jugenddreieck sollen Jugendliche durch ihr Interesse an Sport, Technik oder Nachhaltigkeit aktiviert und in einem gemeinsamen erlebnisorientierten Programm auch für die jeweils anderen Bereiche gewonnen werden.

Das erste dieser Events fand im Rahmen der Aktionswoche BNE an der Hochschule Aalen statt. In drei Gruppen erlebten 40 SchülerInnen die Faszination von Technik, diskutierten über Nachhaltigkeit und lernten die Grundzüge des Hockeyspiels kennen. Was war nun das Beste? „ALLES war geil“. Wie beabsichtigt haben sich die Aktivitäten an der Hochschule und in der Sporthalle zu einem Gesamterlebnis ergänzt.

Nachhaltigkeit lernen in Projekten

Auch in der Lehre wird das Konzept des direkten Erlebens umgesetzt: Durch studentische Projekte mit verschiedenen Partnern werden nachhaltigkeitsbezogene Kompetenzen vermittelt und Ergebnisse im Sinne der nachhaltigen Entwicklung erreicht. Das Lernen in Projekten wird dabei als Methode eingesetzt, um Studierenden das Thema Nachhaltigkeit nahezubringen, konkrete Verbesserungen zu erreichen und die Öffentlichkeit zu informieren. Das im Modul „Qualität und Nachhaltig-

keit“ umgesetzte Lehrkonzept wurde als Unesco-Dekadeprojekt ausgezeichnet. Die Evaluierung und weitere Umsetzung dieser „Prepared Project Method“ werden durch die baden-württembergische Studienkommission für Hochschuldidaktik gefördert.

Die Einzelprojekte umfassen jeweils eines oder mehrere Semester und befassten sich in Kooperation mit Partnern mit einer Aufgabe, die der Information oder Situationsverbesserung im Bereich der nachhaltigen Entwicklung dient. Der Bildungseffekt wirkt zunächst bei den im Projekt engagierten Teilnehmern und den Partnern. Durch Präsentation und Publikation wird das Thema nachhaltige Entwicklung in den Semestern, an der Hochschule, bei den Partnerorganisationen und in der Öffentlichkeit publik gemacht.

[Ulrich Holzbaur]

- ▷ Prof. Dr. Ulrich Holzbaur, Hochschule Aalen, Wirtschaftsingenieurwesen, Tel. +49 (0)7361 / 576-2461, E-Mail: ulrich.holzbaur@htw-aalen.de, www.htw-aalen.de/personal/ulrich.holzbaur
- ▷ Holzbaur, U.: Nachhaltig(keit) lernen in Projekten. In: Studienkommission für Hochschuldidaktik (Hrsg.): Beiträge zum 7. Tag der Lehre, Biberach 2007, S. 91–95
- ▷ Berichte zu den Projektbeispielen: www.aalen.de, www.htw-aalen.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU im neuen Aktionsplan der UN-Dekade gut vertreten

□ Die im September von der Deutschen Unesco-Kommission im Rahmen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) organisierten Aktionstage fanden eine große Resonanz. Bundesweit gab es mehr als 350 Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und vielfältige Initiativen. Zeitgleich legte das Nationalkomitee die Neufassung des 2005 erstmals erschienenen Aktionsplans für Deutschland vor. Hieran wirkte auch Annette Dieckmann, die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU), als Mitglied des Nationalkomitees mit. Im Maßnah-

menkatalog des Aktionsplans sind 66 weitreichende bildungspolitische Vorhaben enthalten, die dazu beitragen sollen, Bildung langfristig auf Nachhaltigkeit hin zu orientieren. Bundesministerien, Länder, Nichtregierungsorganisationen und die Privatwirtschaft sind Träger der Maßnahmen. Die ANU ist mit fünf Vorhaben gut vertreten.

Zum Teilziel 1 des Aktionsplans „Weiterentwicklung und Bündelung der Aktivitäten sowie Transfer guter Praxis in die Breite“ vermittelt die ANU Brandenburg BNE in Ganztagschulen des Landes. Die ANU Hessen führt im Elementarbereich das Projekt „Kita21“ durch. Zum Teilziel 2 „Vernetzung der Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erarbeitet die ANU Bayern einen Bildungsbereich übergreifenden Aktionsplan für Bayern aus. Die Redaktion der ökopädNEWS baut zur „Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von BNE“ (Teilziel 3) ein Mediennetzwerk für das informelle Lernen auf. Ein weiteres Projekt führen die ANU-Landesverbände Bayern und Hessen zusammen mit dem Bundesverband durch: „Qualifizierung und Fortbildung außerschulischer Träger der Umweltbildung im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung – Schwerpunktthemen: Wasser und Biodiversität“. Nur zum Teilziel 4 „Verstärkung internationaler Kooperationen“ gibt es innerhalb der ANU bislang noch kein geeignetes Projekt.

- ▷ www.bne-portal.de

BNE im Kindergarten: ANU-Projekt im Aufbau

□ Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband e.V. (ANU) bereitet derzeit ein bundesweites und von dem Unternehmen Eon gesponserteres Weiterbildungsprogramm vor. Rund 4.000 ErzieherInnen sollen im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Kindergärten fortgebildet werden. Hierzu wird eine gemeinnützige Tochtergesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main gegründet, die das Projekt koordiniert und die Arbeit der geplanten Regionalstellen betreut. Für den Aufbau sind die ersten vier

Leitungsstellen ausgeschrieben worden. Im Internet stehen weitere Informationen zu Stellenprofilen und Anforderungen. Das Bewerbungsverfahren wird in Zusammenarbeit mit der Personalagentur Worrach Personalmanagement durchgeführt.

- ▷ www.umweltbildung.de/416.html

Klimafreundliches Schullandheim Mentrup-Hagen

□ Das rund 50 Jahre alte Schullandheim Mentrup-Hagen in der Nähe von Osnabrück (Niedersachsen) wird mithilfe der Deutschen Bundesstiftung Umwelt modernisiert. Der Trägerverein entwickelte dafür ein Konzept mit dem Ziel, etwa 60 Prozent weniger Energie zu verbrauchen und durch den nachwachsenden Rohstoff Holz Ressourcen zu schonen. Es ist angedacht, dass die Schüler im Haus selbstständig Messungen durchführen, um Energieeffizienz und erneuerbare Energien in der Praxis erleben zu können. Außerdem soll das 2,5 Hektar große Gelände mit seinen Streuobstwiesen, Feuchtbiotopen und Wäldchen für Kinder erleb- und nutzbar gemacht werden.

- ▷ www.mentrup-hagen.de

Neues Haus der Wilden Weiden in Hamburg

□ Das 550 Hektar große Naturschutzgebiet Hölftigbaum liegt im Hamburger Osten und reicht weit hinein nach Schleswig-Holstein. Ende September wurde das neue Informationszentrum eingeweiht. Die Hamburger Umweltsenatorin Anja Hajduk betonte dabei, dass Umweltbildung gerade am Rand einer Großstadt eine sehr wichtige Sache sei. Das 200 Quadratmeter große Haus kostete rund 700.000 Euro und konnte dank vieler Stiftungen und Bürgerspenden realisiert werden. Spezialität sind die wilden Weideflächen mit ihren vierbeinigem Landschaftspflegern, den Galloway- und Highlandrindern und den Heidschnucken. Eine weitere Attraktion der neuen Ausstellung im Haus ist der seltene Kammmolch.

- ▷ www.sn-sh.de, www.weidelandschaften.de

THEMA: BILDUNG FÜR NACHHALTIGKEIT**Nürnberg ist Regional Centre of Expertise**

□ Die Stadt Nürnberg wurde im März als eines von zur Zeit weltweit 55 Regional Centres of Expertise (RCE) nach den Standards der Vereinten Nationen anerkannt. Als Geschäftsstelle des Nürnberger Kompetenzzentrums wird die Zukunftsagentur für Schulen im Haus Hummelstein tätig werden. Schwerpunkte der Arbeit sollen die Verbesserung von Bildungsgerechtigkeit und die Optimierung von Bildungsbiografien sein. Im Juli fand eine Auftaktveranstaltung statt. Nun geht es darum, das Netzwerk zu erweitern und in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Vorgesehen ist bereits eine Kooperation mit anderen RCE-Regionen in Bayern zur Stärkung gemeinsamer Anliegen.

▷ www.zukunfts-agentur.de

▷ www.kurzlink.de/rce

Belohnung für gute Taten

□ Mit einer neuen Idee will das Deutsche Jugendherbergswerk Jugendliche von zehn bis 19 Jahren dazu veranlassen, ihren Alltag zukunftsfähig zu gestalten. Das im Oktober gestartete Projekt „Future Friends“ ist ein Paybacksystem, das die jungen Menschen mit Sachpreisen lockt. Die Grundidee: „Nachhaltigkeit im Alltag durch gute Taten“. Die Jugendlichen bekommen Punkte gutgeschrieben, wenn sie etwa statt Auto oder Bus das Fahrrad zur Schule nehmen oder Strom sparen, indem sie einen Tag ohne Fernsehen verbringen. Einzelne können ebenso teilnehmen wie Gruppen oder ganze Schulklassen. Voraussetzung ist die Registrierung auf der Webseite.

▷ www.future-friends.de

Modellprojekt KITA21 gestartet

□ Kinder werden die Welt von morgen gestalten – sie heute darauf vorzubereiten ist Aufgabe von pädagogischen Fachkräften und Eltern. Zur Unterstützung startet die Umweltstiftung Save Our Future

(S.O.F.) das Modellprojekt „KITA21 – Die Zukunftsgestalter“. Es soll lebendige Bildungsprojekte in Einrichtungen des Elementarbereichs fördern und auszeichnen, die den Nachhaltigkeitsaspekt berücksichtigen und die Gestaltungskompetenzen von Kindern fördern. Die Pilotphase des bundesweiten Modellprojekts beschränkt sich auf den Raum Hamburg. Alle Kitas und Vorschulen der Hansestadt können mitmachen, ob sie Bildungsprojekte zur nachhaltigen Entwicklung bereits durchgeführt haben oder nicht.

▷ www.kita21.de

Bildungseinrichtungen entwickeln nachhaltige Konsumkultur

□ Wie können Bildungsinstitutionen Orte werden, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Chance zur Reflexion des eigenen Konsumverhaltens und zum Ausprobieren nachhaltiger Verhaltensweisen bieten? Im Projekt BINK (Bildungsinstitutionen und Nachhaltiger Konsum) wollen Gerd Michelsen, Professor an der Universität Lüneburg, und sein Team gemeinsam mit Bildungsstätten Antworten auf diese Fragen gewinnen. Über drei Jahre hinweg soll sich in den sechs beteiligten Bildungseinrichtungen eine veränderte Konsumkultur entwickeln können, die das Bewusstsein junger Menschen fördert und nachhaltiges Konsumverhalten ermöglicht. Besondere Berücksichtigung finden dabei Ernährung, Mobilität und Energieversorgung.

▷ www.konsumkultur.de

Informelles Lernen: Überall Bildung!?

□ Die aktuelle Ausgabe 3/2008 der Zeitschrift *umwelt&bildung* behandelt neben dem Titelthema „Jugend in der Konsum- und Leistungsgesellschaft“ besonders das informelle Lernen (iL). „Kreative Synergien“ könnten hier im Zusammenspiel mit der Bildung für nachhaltige Entwicklung freigesetzt werden, meint Bernd Overwien, Professor an der Universität Kassel und Leiter des Bundesarbeitskreises iL der

UN-Dekade BNE, in seinem gleichlautend betitelten Aufsatz. Auch Lars Wohlers aus Lüneburg sieht in seinem Beitrag über Baumkronenpfade die informelle Umweltbildung auf dem „aufsteigenden Ast“. Den Bezug zum Lebensalltag stellt Angela Franz-Balsen in einem interessanten Artikel her, in dem sie auf „Biographische Brüche als Chancen für Neuorientierung und Nachhaltigkeit“ hinweist.

▷ www.umweltbildung.at

Europa sucht „Öko-Agenten“

□ Die Europäische Umweltagentur in Kopenhagen lädt Neun- bis 14-Jährige ein, sich als „Öko-Agenten“ zu qualifizieren. Auf einer neuen Internetseite lernen sie spielerisch, ihre Umwelt zu schützen, indem sie sich in Missionen bewähren, die sich unter anderem mit Klimawandel und Wasserqualität befassen. LehrerInnen haben Zugang zu weiteren Unterrichtsmaterialien und zu Internetseiten in ihrem Land, auf denen sie ausführlichere Informationen zu Umweltthemen finden. Die Internetseite wird in 24 Sprachen angeboten.

▷ <http://ecoagents.eea.europa.eu>

Schulnetzwerke für Nachhaltigkeit

□ Eine neue Studie der Stiftung Umweltbildung Schweiz (SUB) stellt sieben nationale und internationale Schulnetzwerke vor, die sich am Konzept der nachhaltigen Entwicklung oder an einer vergleichbaren Leitidee orientieren. Die Netzwerke werden mittels ausgewählter Leitfragen analysiert und miteinander verglichen. Ziel ist eine Verbesserung der Bildungsqualität durch mehr BNE. Die beteiligten Einrichtungen profitieren von den Erfahrungen der anderen Schulen im Netzwerk. Die Studie gibt einen Einblick in Strukturen, Organisationsformen und Programme bestehender Netzwerke. Die Publikation ist nur digital als PDF-Datei (1 MB) erhältlich.

▷ www.umweltbildung.ch/llb/download/netzwerke_bne.pdf

ZukunftsPiloten gesucht

□ Der Deutsche Naturschutzring und die Bewegungsakademie schreiben zum siebten Mal das Qualifizierungsprogramm Kurs ZukunftsPiloten für junge Umweltbewegte im Alter von 21 bis 27 Jahren aus. Es werden 16 Engagierte gesucht, die zehn Monate lang bei ihrem umweltpolitischen Engagement begleitet und qualifiziert werden und bei einer Umweltorganisation mitarbeiten können oder ein eigenes Praxisprojekt durchführen wollen. Bewerbungsschluss ist der 17. November. Näheres siehe Seite 29.

▷ www.zukunftspiloten.de

Alltäglicher Konsumwahnsinn im Film

□ Die amerikanische Umweltaktivistin Annie Leonard ist die Hauptperson in dem 20-minütigen Film „Story of Stuff“. Sie erzählt die Geschichte unserer Konsumkultur und bietet Einblicke in Gewinnung, Herstellung, Verteilung, Verbrauch und Entsorgung unserer Alltagsprodukte. Der Film zeigt den ganz alltäglichen Konsumwahnsinn und spannt dabei den Bogen von der Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur US-amerikanischen und globalen Wirtschaft heute. Hauptaussage: Unsere enorm produktive Wirtschaft fordert, dass wir Konsumkultur als Lebensstil definieren und Waren in einem immer schnelleren Durchsatz verbrauchen, ersetzen und wegwerfen. Gut geeignet für den Englischunterricht in Schulen.

▷ „The Story of Stuff“, USA 2007, 20 min.
www.storyofstuff.com

Die Wahrheit hinter den Bluejeans

□ In Discountgeschäften findet man relativ hochwertige Kleidung zum kleinen Preis. Unter welch unglaublichen Arbeitsbedingungen unsere Bluejeans und andere Modeprodukte in China hergestellt werden, zeigt der Dokumentarfilm „China Blue“. Der atemberaubende Einblick hinter die Kulissen zeigt den Weg der 17-jährigen mittellosen Jasmin vom Land in die Großstadt. In der Jeansfabrik Lifeng findet

sie schließlich Arbeit – zu erschütternden Bedingungen. Regisseur und Kameramann Micha X. Peled stellt mit authentischen Bildern diese Welt vor und liefert damit nach, was uns von den großen Kleidungs- und Markenunternehmen vorenthalten wird.

▷ „China Blue“, USA 2005. DVD/DVD-ROM, 88+40 min, 7,- €. Bezug: Inkota, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 4289111, E-Mail: cccprojekt@inkota.de, www.inkota.de/aktuelles/dvd_china_blue

UMWELTBILDUNG-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

03.–14.11., Chemnitz (D)

4. Bildungsmarkt für Nachhaltigkeit

▷ www.lanu.de

04.11., Lippstadt/Westfalen (D)

Naturmotorische Förderung für Kinder und Geocaching für junge Erwachsene

▷ AK Umweltpädagogik Westfalen, Suse Stahlschmidt, Tel. +49 (0)234 / 9048562, E-Mail: suse@naturtraeume.net

05.11., Tönning/Schleswig-Holstein (D)

Nachhaltige Energienutzung im Multimar Wattforum. Seminar

▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

06.–09.11., Bonn (D)

Verhaltensstörungen und Umweltbildung.

Seminar mit praktischen Übungen
▷ www.crenatur.de

06.11., Osnabrück (D)

Die Marke Nachhaltigkeit. Ergebnisse einer empirisch-strategischen Marktforschung

▷ www.stratum-consult.de/die-marke-nachhaltigkeit.html

07. 11., Oberbuchsitzen (CH)

Wald und Gesundheit. Tagung

▷ www.silviva.ch/tagungen

11.–12.11., Muhr am See/Mittelfranken (D)

Evaluation und ihre nachhaltige Wirkung auf Qualität. Qualifizierungsworkshop

▷ Umweltstation Altmühlsee, E-Mail: altmuehsee@lbv.de, <http://altmuehsee.lbv.de>

12.11., Berlin (D)

Klimaschutz- und Umweltbildungsprojekte für Schulen. Workshop

▷ www.ufu.de

13.11., Schneverdingen (D)

Methodenbausteine für BNE. Fish Banks. Training für Multiplikatoren

▷ www.nna.de

18.–19.11., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Ökologie trifft Ökonomie. Jahrestagung des Plankstettener Kreises

▷ Bund Naturschutz, Beate Seitz-Weinzierl, Tel. +49 (0)9966 / 1270

21.–22.11., Lebus/Brandenburg (D)

Mensch – Konsument. Fortbildung

▷ www.anu-brandenburg.de

27.–29.11., Freising (D)

Veränderungsmoderation. Training

▷ www.tuwas.net

28.–30.11., Stadtsteinach/Oberfranken (D)

Mehr Geld für gute Bildungsarbeit zum Schutz der Erde. Fachtagung

▷ www.schuetzer-der-erde.de

04.12., Mitwitz/Oberfranken (D)

EU-Förderung und Umweltbildung. Seminar in Kooperation mit der ANU Bayern

▷ www.umweltbildung-in-bayern.de

▷ www.oekologische-bildungsstaette.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

jfs@oekopaednews.de;

Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,

Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,

Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,

www.umweltbildung.de